

**offensiv**

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**1/2013**

---

**Spendenempfehlung: 3,00 €**

**Ausgabe  
Januar-Februar  
2013**

**Schwerpunkt:  
Die aktuellen Strategien der  
imperialistischen Führungsmächte**

Redaktionsnotiz.....	3
LLL-Demo, Spalterumzug und Stalinbilder.....	5
<i>Kurt Gossweiler: Wieso denn nicht?</i> .....	5
US-Imperialismus / Geschichte der NATO.....	6
<i>Ludo de Brabander, Georges Spriet: Die NATO -</i> Historischer Rückblick und Analyse der Entwicklung der Nato von 1949 bis 2012.....	6
<i>Prof. Andrej Iljitsch Fursow: Schlag gegen Syrien –</i> Ziel: Russland.....	27
Der Imperialismus der EU/BRD.....	39
<i>Frank Flegel: Der Euro soll weltweite Leitwährung werden.</i> Thesen zur aktuellen Entwicklung der inner-imperialistischen Konkurrenz.....	39
<i>Gerald Oberansmayr: Orwell'scher Friedensnobelpreis</i>	47
Probleme der Friedensbewegung.....	54
<i>Anneliese Fikentscher/Andreas Neumann: Die Friedens-</i> bewegung darf nicht zur Kriegsbewegung werden.....	54
<i>Text der Anzeige in FR, ND und jW: Krieg ist keine Lösung</i> .....	60
<i>Frank Flegel: Pazifismus oder Anti-Imperialismus?</i> .....	60
<i>Bundesverband Arbeiterfotografie: Weihnachtsappell 2012 -</i> Imperialismus braucht Widerstand.....	64
Landtagswahl in Niedersachsen.....	66
<i>Redaktion offen-siv: Landtagswahl in Niedersachsen</i> am 20. Januar 2013.....	66
Die kommunistische Bewegung in der BRD.....	68
<i>Anna C. Heinrich / Frank Flegel: Die Agonie der</i> Kommunistischen Initiative und der Zustand der kommunistischen Kräfte in der BRD.....	68
offen-siv-Rechenschaftsbericht.....	77
<i>Redaktion offen-siv: Rechenschaftsbericht 2012</i> .....	77

### **Impressum**

#### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Internet: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonten:

Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80.

Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Freundeskreis offen-siv: über Redaktionsadresse

### **Redaktionsnotiz**

Die Themen, die wir in diesem Heft behandeln, sind leider durchweg negativ. Wir berichten von den Machenschaften und Vorhaben des Imperialismus, über Schwierigkeiten der Widerstandsbewegungen und über die Lage in Deutschland. Bei all dem gibt es wenig Positives, Aufbauendes oder Erfolgreiches, das wir vermelden könnten, stattdessen wachsende Bedrohungen bei gleichzeitiger Erosion der Gegenkräfte (jedenfalls in Deutschland). Aufbauend wirkt das Ganze nicht, aber wir sind leider zu schwach, um aktuell daran etwas ändern zu können. Trotzdem bleibt nur eins, wie wir schon aus Anlass der Neujahrswünsche in der Ausgabe Nov-Dez 2012 schrieben: weiter kämpfen, unbeugsam, klar und entschlossen.

Für die offen-siv haben wir uns einen inhaltlichen Schwerpunkt vorgenommen, der uns stetig begleiten soll: die Entwicklung der inner-imperialistischen Konkurrenz und die Entwicklung des Imperialismus der EU und der BRD. Wir beginnen im vorliegenden Heft mit diesem Themenbereich und haben dazu eine Arbeit von den belgischen Friedensaktivisten Ludo de Brabander und Georges Spriet zur Geschichte der NATO, ein Interview mit dem Leiter des Zentrums für Russland-Forschung an der Moskauer Geisteswissenschaftlichen Universität und Mitglied der Internationalen Akademie der Wissenschaften, Andrej Iljitsch Forsow, eine kritische „Würdigung“ der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union von Gerald Oberansmayr und einige Thesen zum Kampf um den Status der Weltleitwährung zwischen den USA und der EU von Frank Flegel.

Zu diesem Themenkomplex passt ein Blick auf die Friedensbewegung, der wir den zweiten großen Schwerpunkt dieses Heftes widmen. Dort gibt es nicht nur Gutes zu berichten, denn die Erosion der Positionen des Marxismus-Leninismus und der Kommunistischen Parteien hat selbstverständlich auch Einfluss auf die sozialen Bewegungen, so dass der kleinbürgerliche Pazifismus, der in der Friedensbewegung selbstverständlich schon immer vorhanden war, inzwischen die Hegemonie über den Anti-Imperialismus gewonnen hat. Damit geht der Kompass verloren. Es sind erste Schritte von der für den kleinbürgerlichen Pazifismus typischen Äquidistanz zur Unterstützung pro-imperialistischer Oppositionskräfte in Syrien und im Iran zu beobachten. Damit führt sich die Friedensbewegung ad absurdum und es ist zu befürchten, dass sie sich auf diesem Weg selbst erledigt. Wir analysieren in diesem Heft einen unserer Meinung nach besonders gefährlichen Aufruf der Friedensbewegung, der auf den ersten Blick Breite und Eintracht, Konsens und Stärke ausstrahlt, bei näherem Hinsehen aber genau die Probleme des kleinbürgerlichen Pazifismus in sich trägt: ideologische Entwaffnung und Fehlen einer Handlungsorientierung.

Und im Spektrum der kommunistischen Bewegung bzw. ihrer Reste sieht es auch nicht viel besser aus: auf der einen Seite schiebt sich so etwas wie ein zentristischer Block zusammen, auf der anderen Seite scheint die Kommunistische Initiative am Ende zu sein. Seit fast vier Monaten herrscht dort „Funkstille“. Auch hierzu im Heft weitere Analysen und Informationen.

Zeitungsmachen kostet Geld, und die offen-siv ist in einer schwierigen Lage – siehe Artikel und Rechenschaftsbericht am Ende des Heftes. Zwar hat unser Spendenaufruf im Nov-Dez-Heft 2012 in der Woche vor Weihnachten und „zwischen den Jahren“ etwas mehr als 1.300,- Euro an Spenden gebracht, was erstmal ein sehr gutes Ergebnis ist. Herzlichen Dank an alle, die uns unterstützt haben! Leider aber reicht es noch immer nicht aus, denn Anfang eines jeden Jahres müssen wir, nur um an der Versandart „Postvertriebsstück“ teilnehmen zu dürfen, 800,00 Euro an die Post überweisen. Wohlgedenkt: damit ist noch nicht ein einziges Heft verschickt, das ist allein die Grundgebühr. Und so haben wir die Lage, dass diese Gebühr plus Druck- und Vertriebskosten der vorliegenden Ausgabe die eigentlich sehr gute Spendensumme übertreffen und wir aktuell nochmal im Minus sind.

Für die Redaktion: Frank Flegel

**Spendenkonto Offensiv:**

**Inland: Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80, Kennwort: Offensiv**

**Ausland: Konto Frank Flegel,**

**Internat. Kontonummer (IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,**

**Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.**

## LLL-Demo, Spalterumzug und Stalinbilder

### ***Kurt Gossweiler: Wieso denn nicht?***

Die Forderung der Organisatoren der Spalter-Demo bekräftigt Dr. Hans Bomke mit den Worten: "*Beider Porträts*" - gemeint sind Stalin und Mao - "*haben in Friedrichsfelde nichts, aber wirklich nichts zu suchen.*" (ND, 31.12.2012)

Wieso denn nicht?

Offenbar haben er und alle Gleiches Fordernden<sup>1</sup> ganz vergessen, dass Karl und Rosa ermordet wurden, weil sie als Internationalisten gegen den Krieg des deutschen Imperialismus und für seinen Sturz und die Verbrüderung mit den Proletariern aller Länder und deren Kommunistischen Parteien zum gemeinsamen Kampf für den Sieg der proletarischen Revolution in allen Ländern eintraten.

Es entspricht daher ganz ihrem Sinne, wenn in der Demonstration zu ihrem Gedenken nicht nur ihre Bilder, sondern auch die der Führer der kommunistischen Bewegungen anderer Länder, und natürlich auch jener, die dem Imperialismus die größten Niederlagen beibrachten, wie Stalin und Mao Tse-tung, mitgeführt werden.

Kurt Gossweiler, Berlin, 1.1.2013

---

<sup>1</sup> (Fußnoteneinfügung durch die Redaktion offen-siv.) So erklärte z.B. Ellen Brombacher in der jW vom 11.12.2012 auf die Frage von Wera Richter: *Zum ersten Mal gibt es eine zweite Demonstration, die sich explizit gegen die des Bündnisses richtet. Zu ihr mobilisieren vor allem Jugendorganisationen, darunter Teile der Linksjugend, Jusos, Falken, Naturfreundejugend und auch die DGB-Jugend. Warum wollen sie sich nicht an der traditionellen Demonstration beteiligen?*

Ellen Brombacher: „Ob pauschal gesagt werden kann, die Jugendorganisationen wollen bei uns nicht mitlaufen, wird sich zeigen. Vermutlich gibt es in den genannten Organisationen verschiedene Auffassungen zu dieser Frage. Einig ist man sich in diesen Organisationen – soweit wir wissen – in dem Punkt, es zum Beispiel abzulehnen, daß in der Demonstration Stalinbilder mitgeführt werden. Was viele junge Genossinnen und Genossen wahrscheinlich nicht wissen, ist, daß unser Bündnis diese Stalinverehrung auch nicht will. Wir haben uns hierzu immer wieder eindeutig geäußert und alle Versuche zunichte gemacht – und derer hat es mehr als genug gegeben – daß Transparente mit dem Konterfei Stalins an die Spitze der Demo gelangen. Zu verhindern, daß einzelne solcher Transparente in der Demo mitgeführt werden, ist uns nicht möglich. Wir wissen auch nicht, wieviele V-Leute Stalin-Bilder herumtragen. Denn der Demo kann man nicht effektiver schaden, wie die aktuellen Ereignisse zeigen.“

## US-Imperialismus / Geschichte der NATO

### ***Ludo de Brabander, Georges Spriet: Die NATO - Historischer Rückblick und Analyse der Entwicklung der Nato von 1949 bis 2012***

#### **Die NATO, ein globales Instrument zur Weltoberung.**

Die North Atlantic Treaty Organisation/NATO wurde 1949 gegründet. Ihre Befürworter behaupten, dieser Militärallianz sei es gelungen, einen Damm gegen den aggressiven kommunistischen Expansionsdrang zu bauen, der Westeuropa mit einem Krieg bedroht habe. Das Gerücht von einem drohenden Krieg wurde in den Medien dauernd hochgespielt. Sie erinnerten immer wieder an die Berliner Blockade, an den Korea-Krieg, an die Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn oder an das Ende des Prager Frühlings. Historische Aussprüche wie der berühmte Satz „*Wir haben Angst!*“, den Paul-Henri Spaak, der damalige belgische Außenminister, in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung im September 1948 geäußert hatte, sollten ein starkes Bedrohungsgefühl hervorrufen. Damit wurde der Westen genötigt, sich zu bewaffnen und die NATO zu gründen, die den Feind abschrecken und nötigenfalls militärisch bekämpfen sollte.

Eine gründliche Recherche und Analyse der Fakten ergibt jedoch ein ganz anderes Bild – mit vielen unterschiedlichen Nuancen. Die Gründung der NATO hat viel weniger mit der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion als mit ideologischen, wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen zu tun. Sogar der Hardliner John Foster Dulles, der von 1953 bis 1959 US-Außenminister war, hat 1949 gesagt: „*Ich kenne keinen höheren militärischen oder zivilen Offiziellen in der Regierung der USA oder eines anderen (westlichen) Staates, der ernsthaft daran glaubt, dass die Sowjets jetzt Eroberungen durch eine offene militärische Aggression planen.*“

Außerdem hat Paul-Henri Spaak nur aus politischem Opportunismus seine berühmte Rede gehalten. Inzwischen ist erwiesen, dass weder er noch viele seiner Kollegen wirklich an eine konkrete militärische Bedrohung durch die Sowjetunion glaubten. Ursprünglich war Spaak sogar gegen den Atlantikpakt, weil er wusste, dass er zur Teilung Europas führen würde. Im Interesse Belgiens hielt er vor allem eine schnelle Erholung Deutschlands für geboten, und die war nur mit Hilfe der USA möglich.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Coolsaet, R., Belgien und seine auswärtige Politik 1830-2000. Uitgeverij van Halewijck, Leuven, 2001

Diese Hilfe kam mit dem Marshall-Plan, der nicht der Selbstlosigkeit der USA entsprang, sondern der Umsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Ziele diente. Den ersten Grund lieferte die schwierige Situation der US-Wirtschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg riskierten die USA eine Wirtschaftskrise, weil die europäische Kaufkraft fehlte. William Clayton, der im US-Außenministerium für Wirtschaftsangelegenheiten zuständig war, schrieb 1947 zur Begründung von Hilfeleistungen an das Ausland an seinen Chef George Marshall: „Lassen Sie uns nicht lange drum herum reden, wir brauchen Märkte – wirklich große Märkte – auf denen wir kaufen und verkaufen können.“<sup>3</sup> Die (mit dem Marshall-Plan verfolgte) Absicht bestand nicht darin, anderen Ländern zu helfen; es ging vor allem darum, den auch in Europa agierenden multinationalen US-Konzernen durch eine Ausweitung des Einflusses der US-Regierung neue Einnahmequellen zu verschaffen. Der Marshallplan war auch von Vorteil für US-Firmen in Deutschland (wie Opel und Ford), die während der Kriegsjahre weiter produziert hatten und jetzt neue Märkte brauchten. Mit einem groß angelegten Wiederaufbauplan mussten die Produktion und die Konsumtion wieder angekurbelt werden. Ein weiterer Grund war die Angst, wegen der wirtschaftlichen Probleme Europas könnte der Einfluss der kommunistischen Parteien und damit der Sowjetunion auch in den westlichen Staaten wachsen und zum Hindernis für die kapitalistischen Zielsetzungen der USA werden.

Deutschland spielte dabei eine entscheidende Rolle. Washington war davon überzeugt, dass der Wiederaufbau Europas nur möglich wäre, wenn die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft Teil des Aufbauplanes wurde. In anderen europäischen Hauptstädten war die Angst noch allgegenwärtig, dass ein wirtschaftlich erstarktes Deutschland auch wieder ein militärisch starkes Deutschland würde. Auf der Konferenz von Jalta hatten sich die führenden Politiker der Alliierten – Roosevelt, Churchill und Stalin – darauf verständigt, dass hauptsächlich die großen Industriebetriebe an der Ruhr, welche die Nazis unterstützt hatten, demontiert werden müssten. Das wäre jedoch ein gewaltiger Rückschlag für das U-Kapital und seine Investitionen in Deutschland gewesen. Präsident Truman, der dem verstorbenen Roosevelt nachfolgte, tat alles in seiner Macht Stehende, um die Kontrolle über das Ruhrgebiet zu gewinnen, das zur britischen Besatzungszone gehörte. Am 1. Januar 1947 wurden die amerikanische und die britische Besatzungszone vereinigt. Das war der erste Schritt zur Teilung Deutschlands nach dem Krieg. Es war gleichzeitig ein schwerer Schlag gegen die Sowjetunion, weil Moskau eigentlich ein vereinigtes, neutrales und entmilitarisierendes Deutschland wollte, das ihm die angerichteten Kriegsschäden ersetzen konnte. Das Ruhrgebiet hätte dabei eine wichtige Rolle gespielt. Der einseitigen Abtrennung der Bizone, in die später noch die französische Besatzungszone eingegliedert wurde,

---

<sup>3</sup> Zinn, H., *Geschiedenis van het Amerikaanse volk*. EPO, Berchem, 2007, p.504

folgte die Einsetzung einer deutschen Regierung und die Einführung einer neuen Währung in den drei (vereinigten westlichen) Besatzungszonen. Die wütende Sowjetunion reagierte mit der Blockade Berlins, und in Europa brach der Kalte Krieg aus.

Washington schaffte es, das Misstrauen der europäischen Staaten gegen ein wieder erstarkendes Deutschland mit zwei politischen Schachzügen zu beseitigen. Erstens wurde mit Hilfe des Marshall-Plans die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas stimuliert und aus 16 Staaten die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit / OEEC gegründet. Zweitens wurden Europa und die USA durch eine Militärallianz verbunden, die den europäischen Staaten die Angst vor der Wiedergeburt des deutschen Militarismus nehmen sollte.

Bereits Präsident Eisenhower erklärte, dass der Aufbau der Militärallianz NATO auch wirtschaftlichen und geopolitischen Zwecken diene: *„Wir wissen, dass wir mit allen freien Völkern nicht nur durch eine edle Idee, sondern auch aus purer Notwendigkeit verbunden sind. Kein freies Volk kann seine Privilegien lange und in Sicherheit genießen, wenn es wirtschaftlich auf sich allein gestellt bleibt. Trotz unserer eigenen wirtschaftlichen Macht brauchen wir Märkte auf der ganzen Welt, die uns die Überschüsse unserer Farmen und unserer Fabriken abkaufen. Gleichzeitig brauchen wir für die gleichen Farmen und Fabriken lebenswichtige Rohstoffe und Produkte aus anderen Ländern. Dieses grundlegende Gesetz der gegenseitigen Abhängigkeit, das schon für den Handel in Friedenszeiten zu beachten ist, gilt mit tausendfacher Intensität im Falle eines Krieges.“*<sup>4</sup> Hinter dem Schild der NATO konnten die westeuropäischen Länder mit Hilfe des Marshall-Plans ihre Wirtschaften wieder aufbauen und modernisieren. Gleichzeitig entwickelte sich auch der US-Kapitalismus weiter, weil er den Zugriff auf und die Kontrolle über Westeuropa gewann.

#### **Wirtschaftliche Interessen und Aufrüstung**

Den US-Unternehmen waren die Vorteile einer Überschätzung der sowjetischen Bedrohung sehr wohl bewusst. Der Präsident von General Electric freute sich sehr über die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die ein (angeblich drohender) Krieg bot, und schlug eine „dauerhafte Kriegswirtschaft“ mit einer anhaltenden Verbindung zwischen der Rüstungsindustrie und den Streitkräften vor.<sup>5</sup> Präsident Truman und seine Regierung taten alles, um den Kalten Krieg anzuheizen. Die Propaganda, die sie in den ersten Nachkriegsjahren und während des Korea-Krieges (1950 – 1953) betrieben, erzeugte ein Klima der Hysterie und der Angst vor dem Kommunismus, und die Militärs verhalfen mit ihren riesigen Beschaffungsaufträgen der US-Wirtschaft zu

---

<sup>4</sup> Julie, C., L'empire Américain. Edition Bernard Grasset, Paris 1968, p. 218

<sup>5</sup> Zinn, H., Geschiedenis van het Amerikaanse volk. EPO, Berchem, 2007, p.519-520



einem gewaltigen Aufschwung. Die US-Regierung brauchte keinen großen Widerstand gegen ihre Politik der permanenten Aufrüstung zu fürchten.

Die hohen Militärausgaben garantierten der Rüstungsindustrie eine bleibende Auslastung. Im Jahr 1955 stiegen die Militärausgaben auf 40 Milliarden Dollar – in einem Gesamthaushalt von 62 Milliarden Dollar. Die Rüstungsbetriebe machten mit der „Verteidigung“ riesige Profite. Zwei Drittel aller Militärausgaben flossen in nur zwölf riesige Konzerne, die ausschließlich für den militärischen Bedarf der US-Regierung produzierten. Diese Situation spitze sich so zu, dass Präsident Eisenhower in seiner Abschiedsrede im Januar 1961 vor der großen Gefahr warnte, der von dem „militärisch-industriellen Komplex“ ausging (<http://de.wikipedia.org/wiki/Militaerisch-industrieller-Komplex>) Er war zwar der Meinung, dass die USA ihre Rüstungsindustrie am Laufen halten sollte, forderte aber dazu auf, dem militärisch-industriellen Komplex nicht zu viel Einfluss zu gestatten, auch wenn dieser ihn nicht offen fordere.<sup>6</sup>

Als Westdeutschland 1955 in die NATO aufgenommen wurde, drohte der Kalte Krieg heiß zu werden. Neun Tage später reagierte die Sowjetunion mit der Gründung des Warschauer Paktes, der alle kommunistischen Staaten Osteuropas einschloss.

Ein Jahr später verabschiedete der Nordatlantikrat, das höchste Entscheidungsgremium der NATO, eine Resolution, die den Bericht einer Expertenkommission billigte, in dem (den NATO-Mitgliedern) eine engere politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit empfohlen wurde. Unter klarer Bezugnahme auf die (Plan-)Wirtschaft kommunistischer Staaten wurde in dem Bericht festgestellt, in dem Wettbewerb (zwischen Kapitalismus und Kommunismus), der durch die (friedliche) Koexistenz entstehe, werde sich die freie westliche Wirtschaft durch die Förderung des Wohlstandes der Menschen und des wirtschaftlichen Fortschritts als überlegen erweisen.<sup>7</sup> Die Resolution empfahl zwischen den Zeilen gleichzeitig die Ausweitung des Bündnisgebietes auf die ganze Welt, weil der Einfluss und die Interessen der Mitgliedsstaaten auch außerhalb des NATO-Gebietes gefährdet werden könnten. Der NATO wurde damit ein formeller wirtschaftlicher Auftrag erteilt, nämlich den freien Markt zu schützen.

1973 wurde auf Initiative David Rockefellers die Trilaterale Kommission gegründet ([http://de.wikipedia.org/wiki/Trilaterale\\_Kommission](http://de.wikipedia.org/wiki/Trilaterale_Kommission)), die das Bündnis gegen die Sowjetunion stärken und eine engere Zusammenarbeit zwischen den USA, Europa

---

<sup>6</sup> Sloan S., NATO, the EU and the Atlantic Community. Rowan & Littlefield Publishers, Lanham, 2003, p.29-35

<sup>7</sup> NATO, Report of the Committee of Three on Non-Military Cooperation in NATO approved by the North Atlantic Council, 13. December 1956

und Japan herbeiführen sollte. Die Kommission wollte der ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Bedrohung durch den Kommunismus und die revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt mit der Stabilisierung, Internationalisierung und Ausweitung des kapitalistischen Systems auf drei Kontinenten begegnen. Die Mitglieder dieses elitären Zirkels kamen aus höchsten politischen und militärischen Kreisen der drei Kontinente. Der Einfluss der Trilateralen Kommission wuchs sprunghaft an, als Zbigniew Brzezinski, einer ihrer Gründer, zum Sicherheitsberater des Präsidenten Jimmy Carter (1977-1981) aufstieg. Auf Betreiben Rockefellers hatte er schon beim Aufbau der Kommission eine führende Rolle gespielt.

Brzezinski konzentrierte sich besonders auf die Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China. Gleichzeitig forderte er die Sowjetunion dadurch heraus, dass er (mit Hilfe der CIA) die Mudschaheddin in Afghanistan bewaffnen ließ, um ihren Kampf gegen eine moskautreue Regierung zu unterstützen, die militärische Hilfe aus der Sowjetunion angefordert hatte.

Die US-Politik innerhalb und außerhalb der NATO wurde zunehmend von den politischen Leitlinien bestimmt, die Brzezinski aufgestellt hatte. In seinem Buch „The Grand Chessboard“ (Das große Schachbrett, s.: [http://en.wikipedia.org/wiki/The\\_Grand\\_Chessboard](http://en.wikipedia.org/wiki/The_Grand_Chessboard)) hat er seine Strategie später ausführlich dargestellt. Darin fordert er eine bleibende US-Präsenz in Europa – als Brückenkopf für die Durchsetzung der geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen der USA. Weil die Sowjetunion isoliert und zurückgedrängt werden sollte, war die Unterstützung des afghanischen Widerstandes, der die Rote Armee in große Bedrängnis brachte, mehr als plausibel. Das Auseinanderbrechen der Sowjetunion zu Beginn der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts machte den Weg frei für das „Große Spiel“ um das öl- und gasreiche Zentralasien, und Afghanistan wurde zum Schlüssel für den Zugang zu dieser Region.

### **Das Ende des Kalten Krieges**

Mit dem am 3. Dezember 1989 auf dem russischen Kreuzfahrtschiff „Maxim Gorki“ vor Malta arrangierten historischen Gipfeltreffen zwischen dem US-Präsidenten George Bush (Sen.) und dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow wurde der Kalte Krieg von den beiden führenden Politikern der Welt praktisch beendet (siehe auch: [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/20\\_jahre2009-12-12-vor-20-jahren-treffen-in-stuermischer-see.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/20_jahre2009-12-12-vor-20-jahren-treffen-in-stuermischer-see.html)). In den Medien und in politischen Kreisen kursierte die Idee, mit dem Ende des Kalten Krieges sei auch das Ende der beiden Militärbündnisse (NATO und Warschauer Pakt) gekommen. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Oktober 1990, der Auflösung des Warschauer Vertrages (Mitte 1991) und dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion (Ende 1991) hatten sich die offiziellen Gründe für die Existenz der NATO verflüchtigt. Vor seiner

Auflösung machte der Warschauer Pakt noch den Vorschlag, die beiden rivalisierenden Bündnisse in einem „neuen europäischen Sicherheitssystem“ zusammenzuführen.

Andere träumten von einer Aufwertung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa / OSZE (weitere Informationen dazu: [http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation\\_für\\_Sicherheit\\_und\\_Zusammenarbeit\\_in-Europa](http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_für_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in-Europa)), der die in beiden Bündnissen zusammengeschlossenen Staaten ohnehin angehörten. Die OSZE hat den Vorteil, ein politisches Forum und keine militärische Organisation zu sein und verfügt außerdem über den Status einer regionalen Sicherheitsorganisation, der in der UN-Charta beschrieben ist.

Die USA befürchteten jedoch, mit der Auflösung der NATO die politisch-militärische und damit auch die wirtschaftliche Kontrolle über Europa zu verlieren. Deshalb entschieden sie sich dafür, ehemaligen Ostblock-Staaten eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der NATO anzubieten, die „Partnerschaft für den Frieden“ (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Partnerschaft\\_für\\_den\\_Frieden](http://de.wikipedia.org/wiki/Partnerschaft_für_den_Frieden)) oder Staaten, die dem Warschauer Pakt angehört hatten, als neue Mitglieder in die NATO aufzunehmen.

Obwohl die westlichen Staatsoberhäupter auf dem Londoner NATO-Gipfel 1991 das Ende des Kalten Krieges bestätigten, diskutierten sie nicht über die Auflösung, sondern nur über eine Reform der NATO. Sie betonten, dass die Gefahr, die früher von der Sowjetunion ausging, noch nicht völlig beseitigt sei. Weil das nicht sehr überzeugend klang, wurde in atlantischen Kreisen auch das Argument benutzt, die NATO müsse sich auf „neue Bedrohungen“ einstellen. Sir Michael Alexander, der ständige Vertreter Großbritanniens bei der NATO, erklärte: „*Wenn repressive Regime untergehen, könnten lange aufgestaute politische, wirtschaftliche und ethnische Konflikte aufbrechen.*“<sup>8</sup> Er plädierte für eine neue „Out-of-Area-Strategie“ der NATO, damit man auch auf Konflikte an der Südflanke der NATO reagieren könne: er wies schon damals darauf hin, dass von Nordafrika oder vom Mittleren Osten die größte Bedrohung für die Sicherheit Europas ausgehen könne.

Die Annahme, dass aus dem Zusammenbruch der politischen Systeme in Osteuropa neue Bedrohungen erwachsen könnten, war vermutlich kein reines Fantasieprodukt, es gab aber noch ganz andere Gründe für die Beibehaltung der NATO. Einige Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer sammelte das Pentagon (im Juni 1995) in einem Strategie-Papier, das sich mit der Sicherheit Europas und der Rolle der NATO befasste, politische, wirtschaftliche und kulturelle Argumente, mit denen begründet werden konnte, warum eine anhaltende US-Präsenz in Europa von großer Wichtigkeit für die USA war. „*Ein demokratisches, ungeteiltes, stabiles und wohlhabendes Europa, mit*

---

<sup>8</sup> Alexander, M., De rol van de NATO in een veranderde wereld. In: NATO Kroniek, nr. 2, april 1990

*dem wir handeln und in das wir investieren können, liegt im Interesse der USA; es kann die USA politisch, wirtschaftlich und militärisch auf dem europäischen Kontinent und in anderen wichtigen Teilen der Welt unterstützen.*<sup>9</sup> In seinem Strategie-Papier betont das Pentagon auch die vielen wirtschaftlichen Vorteile, die den USA aus der Zusammenarbeit mit Europa erwachsen. *„Diese Zusammenarbeit schafft neben Jobs für die US-Arbeiter auch viele Vorteile für US-Unternehmer und verhilft uns zu Qualitätsprodukten für die US-Verbraucher“.*<sup>10</sup> Dieses Dokument erklärt auch, warum die USA eine eigene europäische Sicherheitspolitik akzeptieren können: Sie würde nicht nur die US-Militärausgaben verringern, sondern auch die sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der USA absichern helfen.

Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 erweckte alte geostrategische Absichten zu neuem Leben. Kurz danach schied ein wichtiger Teil Mittel- und Osteuropas aus dem Einflussbereich der Sowjetunion aus. Die Sowjetunion hörte am 25. Dezember 1991 auf zu bestehen. Damit wurde das Feld für neue Mitspieler frei, und die NATO ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen. Dabei spielten sicherlich auch wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle. Minister der NATO-Staaten erklärten (im Juni 1991) in Kopenhagen: *„Wir setzen die Unterstützung der Reformen in ost- und westeuropäischen Staaten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln fort (...), parallel zu unseren Bemühungen um die Einführung einer modernen, konkurrenzfähigen Marktwirtschaft.“*<sup>11</sup> In der im November 1991 in Rom abgegebenen Erklärung wurde noch klarer formuliert, welche Entwicklungen man auch in der Sowjetunion erwartete: *„Die Verbündeten sind absolut überzeugt davon, dass die politischen Veränderungen auch zu wirtschaftlicher Freiheit und zur Schaffung von Marktwirtschaften führen werden. Wir unterstützen die Entwicklung einer Wirtschaftspolitik, die Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den (bisherigen Volks-) Republiken im Interesse des Wachstums und der Stabilität fördert.“*<sup>12</sup> Natürlich sahen die USA dabei die NATO in einer wichtigen Rolle, weil sie sie US-Präsenz in Europa legitimierte und Washington die Führung in dem Annäherungsprozess ermöglichte. Nicht alle europäischen Mitgliedsstaaten sahen das genauso. Deutschland, das sich später sehr engagiert für die erste Ausweitung der NATO auf Polen, Ungarn und Tschechien

---

<sup>9</sup> Department of Defence. Office of International Security Affairs. United States Security Strategy for Europe and NATO, Washington DC, 1995, p.3

<sup>10</sup> ebenda, p.4

<sup>11</sup> NATO, Partnership with the Countries of Central and Eastern Europe. Statement issued by the North Atlantic Council Meeting in Ministerial Session in Copenhagen, 6<sup>th</sup>-7<sup>th</sup> of June 1991, punt 6

<sup>12</sup> NATO, Developments in the Soviet Union. Statement issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council, Rome 8<sup>th</sup> November 1991, punt 4

einsetzte, handelte aus sehr opportunistischen Gründen. Berlin war tatsächlich sehr beunruhigt über eine mögliche Instabilität an seinen Ostgrenzen, aber seine wirtschaftliche „Ostpolitik“ sollte die „Deutsche Wirtschaft“ vor allem auch mit neuem Sauerstoff versorgen. Das zweite Ziel konnte auch über die Europäische Union erreicht werden. Deutschland setzte auf zwei Pferde, spielte also in wechselnden Koalitionen mit.

### **Out-of-Area-Einsätze**

Im NATO-Vertrag von 1949 (siehe: [http://www.nato.int/cps/en/SID-C336E995-BCF64E26/natolive/official\\_texts\\_17120.htm](http://www.nato.int/cps/en/SID-C336E995-BCF64E26/natolive/official_texts_17120.htm)) ist der regionale Aktionsradius der Allianz stark eingeschränkt. Artikel 6, der das Ausmaß der gemeinsamen Reaktion auf einen militärischen Angriff auf einen Mitgliedsstaat regelt, wurde während des Kalten Krieges so restriktiv interpretiert, dass Out-of-Area-Einsätze (Einsätze bei Angriffen auf Gebiete außerhalb des Territoriums der Mitgliedsstaaten) praktisch ausgeschlossen waren. Damit sollte gesichert werden, dass die NATO ihre Verteidigungsbereitschaft vor allem auf Europa und Nordamerika konzentrierte und sich nicht in Kriege um die Kolonien einiger Mitgliedsstaaten hineinziehen ließ. Außerdem standen die politischen Verantwortungsträger Deutschlands wegen dessen kriegerischer Vergangenheit Out-of-Area-Einsätzen sehr kritisch gegenüber.

1983 schrieb Manfred Wörner, der damalige deutsche Verteidigungsminister, für sein Land sei „*der Einsatz von Truppen außerhalb des NATO-Gebietes unvorstellbar*“<sup>13</sup>. Nach dem Fall der Berliner Mauer und besonders in der Jugoslawien-Krise änderte sich selbstverständlich diese deutsche Einstellung.

Die Auflösung des Warschauer Paktes und der Zerfall der Sowjetunion veränderte die strategische Grundorientierung der NATO. Die transatlantische Allianz war nun mit einem existenziellen Dilemma konfrontiert, das häufig mit dem Slogan „out of area or out of business“ (Wenn wir uns nicht zu Einsätzen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes entschließen, sind wir raus aus dem Geschäft) beschrieben wurde.<sup>14</sup> Die NATO reagierte auf dieses Dilemma zunächst mit einem ihren Machtbereich ausweitenden Neuen Strategischen Konzept / NSC, das auf ihren am 7. und 8. November 1991 in Rom abgehaltenen Gipfel beschlossen wurde.<sup>15</sup> Das NSC wurde mit den Veränderungen in Mittel- und Osteuropa gerechtfertigt, die zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, ethnischen Spannungen und Gebietsstrei-

---

<sup>13</sup> Quoted in Yost David S. NATO transformed. The Alliance's NEW Roles in International Ecurity, United States Institute of Peace, Washington DC, 1998, p.189

<sup>14</sup> Achcar, G., La nouvelle guerre froide. Le monde après le Kosovo. Presses Universitaires de France. Paris, 1999, p.67

<sup>15</sup> NATO, The Alliance's New Strategic Concept, Rome, 7th-8th of November 1991

tigkeiten mit möglichen Folgen für die Sicherheit in der europäischen NATO-Zone führen könnten. Der beginnende Zerfall Jugoslawiens – an dem einige der westlichen Staaten nicht ganz unbeteiligt waren – diente als Beleg für die Stichhaltigkeit dieses Arguments; die NATO-Führung hatte bei ihrer Strategieänderung aber ganz sicher auch schon den Mittelmeerraum und den Mittleren Osten im Blick.

Mit diesem ersten Neuen Strategischen Konzept wurde die allmähliche Transformation einer Allianz zur kollektiven Verteidigung in eine Allianz für Interventionen eingeleitet. Anfangs wurde noch auf die Bedrohung der Sicherheit hingewiesen, auf die reagiert werden müsse. Die NATO-Mitgliedsstaaten erhoben jedoch bald den Anspruch, auch außerhalb des Bereiches intervenieren zu können, den der NATO-Vertrag absteckte, um Krisen, die das Bündnisgebiet der NATO gefährden würden, im Keim ersticken zu können.

Am Vorabend des 1999 in Washington abgehaltenen Gipfels beschrieb Javier Solana, der (damalige) NATO-Generalsekretär, das Ziel des Treffens wie folgt: *„Das Kosovo hat uns gelehrt, dass die Diplomatie durch militärische Gewalt unterstützt werden muss.“*<sup>16</sup> Der Grundsatzbeschluss, dass die NATO neben rein defensiven auch andere Aufgaben übernehmen müsse, war Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts gefasst worden und wurde bald danach in Bosnien erstmals umgesetzt. Die NATO-Bombenangriffe auf serbische Stellungen bei Sarajewo brachten vermutlich die kämpfenden Parteien an den Verhandlungstisch, der sinnigerweise in Dayton in den USA stand. Der Knackpunkt ist jedoch, dass es dafür keine rechtliche Basis gab. Im Januar 1994 hatten sich die Regierungschefs der NATO-Staaten noch darauf verständigt, den Frieden sichernde Maßnahmen und andere Operationen der NATO nur *„im Auftrag des UN-Sicherheitsrates“* durchzuführen<sup>17</sup>. Washington sah es jedoch schon länger nicht mehr als wünschenswert an, nur im Auftrage der UNO zu handeln. Bereits im Sommer 1993 legte der US-Botschafter im NATO-Hauptquartier in Brüssel den Verbündeten ein Memorandum vor, das den Titel trug: *„Mit den Vereinten Nationen, wann immer möglich, aber auch ohne sie, wenn nötig“*. Das Dokument war einige Monate nach dem desaströsen Ausgang der US-Operation in Somalia entstanden (siehe: [http://de.wikipedia.org/wiki/Operation\\_Restore\\_Hope](http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Restore_Hope)), der in Washington eine kritische Haltung zu Militäreinsätzen unter der Fahne der Vereinten Nationen hervorgerufen hatte. Das vorgelegte Dokument wurde zur Grundlage für den Kosovo-Krieg: Die NATO sollte sich nicht mehr auf Militäroperationen mit UN-Mandat be-

---

<sup>16</sup> The Guardian, 22th of April 1999

<sup>17</sup> NATO, Declaration of the Heads of State and Government, Brussels, January 11

schränken lassen, sondern nötigenfalls auch dazu bereit sein, ohne Erlaubnis des UN-Sicherheitsrates zu handeln.<sup>18</sup>

Was wurde wirklich mit der Bombardierung Belgrads im März 1999 bezweckt? Washington wollte in erster Linie zeigen, dass die NATO auch ohne die Zustimmung Russlands und Chinas - die beide Veto-Rechte im UN-Sicherheitsrat haben - Out-of-Area-Einsätze durchführen kann. Großbritannien schloss sich gewohnheitsmäßig der Ansicht der USA an. Ein Sprecher der britischen Regierung erklärte vor dem britischen Parlament: „(...)alle Operationen der NATO müssen durch das Völkerrecht gedeckt sein (...), was aber nicht bedeutet, dass der UN-Sicherheitsrat sie immer billigen muss.“<sup>19</sup> Auf dem im April 1999 in Washington abgehaltenen Gipfel zum 50. Jahrestag der NATO-Gründung gaben die Regierungschefs der NATO-Staaten die kryptische Erklärung ab, den in der UN-Charta festgehaltenen Absichten und Grundsätze „Respekt zollen“ zu wollen; dem Vorschlag Frankreichs, die „Autorität des UN-Sicherheitsrates“ anzuerkennen, folgten sie nicht. Was das bedeutete, war bereits seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts klar. Die NATO und ihre führenden Mitgliedsstaaten wollten ohne Einverständnis des UN-Sicherheitsrates intervenieren. Nach den Einsätzen in Bosnien (1995) und im Kosovo (1999) wurde auch der Krieg gegen Afghanistan als „Verteidigung“ gegen einen „Angriff“ ausgegeben (wozu das Einverständnis des UN-Sicherheitsrates als nicht notwendig erachtet wurde); auch bei den Kriegen der USA und Großbritanniens gegen den Irak 2003 wurden die Vereinten Nationen umgangen. Auf die Invasion Afghanistans folgte der (bisher) größte Militäreinsatz der NATO.

#### **Auf dem Weg zu einer global operierenden NATO**

Die formelle Aufnahme von Operationen, die über den Artikel 5 (die gemeinsame Verteidigung des Bündnisgebietes gegen einen militärischen Angriff) hinausgehen, also die Einbeziehung so genannter „Out-of-Area-Einsätze“ in den Handlungskatalog der NATO, die auf dem Washingtoner Gipfel im Jahr 1999 beschlossen wurde, war einerseits der logische nächste Schritt auf dem Weg der NATO zu einem global operierenden Militärbündnis. Andererseits sollten diese Einsätze (offiziell) nur „zur Wahrung des Friedens und der Stabilität im euro-atlantischen Raum“ dienen<sup>20</sup>. Auch

---

<sup>18</sup> Portela, C., *Humanitarian Intervention, NATO and the International Law. Can the institution of Humanitarian Intervention justify unauthorised Action?* Berlin Information Center for Transatlantic Security, Berlin, 2000, p.ii

<sup>19</sup> Geciteerd in Butler, Nicola, *NATO in 1999: A Concept in Search of a Strategy*. In: *Disarmament Diplomacy*, nr. 35, maart 1999

<sup>20</sup> NATO, *The Alliance's Strategic Concept*, NAC-S (99) 65. Washington DC, 23th-24th of april 1999, punt 29,31,41,43,47,49,53,54 and 61

dieses zweite „Neue Strategische Konzept“ der NATO schien sich noch auf ein begrenztes Operationsgebiet zu beziehen. Aber die verwaschenen Formulierungen ließen der NATO-Führung genügend Spielraum, und es gab ohnehin viele Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und den meisten ihrer europäischen Bündnispartner. In den Augen Washingtons war die NATO schon immer nur ein Instrument zur besseren Verteidigung seiner globalen strategischen Interessen gewesen. In der National Military Strategy der USA von 1997 heißt es dazu:

*„Weil sich die USA sogar in Friedenszeiten weltweit engagieren, sind bedeutende Teile unserer Streitkräfte bereits im Ausland stationiert oder auf Einsätze im Ausland vorbereitet, wenn unsere Interessen bedroht sind. US-Truppen sichern uns auch den Zugang zu wichtiger Infrastruktur. Unsere im Ausland stationierten Truppen dienen den Streitkräften im Aufbau befindlicher Demokratien auch als Vorbild; sie tragen auf einzigartige Weise zur Stabilität, Kontinuität und Flexibilität bei, die zum Schutz unserer Interessen notwendig sind, und sie sind für eine anhaltende demokratische und wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbar. Bei den US-Interessen gibt es drei Kategorien: lebenswichtig, wichtig und humanitär. Die wichtigsten Interessen haben Einfluss auf unser Wohlergehen und die Qualität der Welt, in der wir leben. Um unsere Interessen zu schützen, kann auch die Anwendung militärischer Gewalt erforderlich sein.“<sup>21</sup>*

Dieses Denken ist abgeleitet aus dem Lehrbuch „The Grand Chessboard“ des einflussreichen ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski. In diesem Buch wird auch das Hauptziel der USA formuliert: Die USA wollen nicht nur die einzige Weltmacht sein, sondern es auch bleiben. Bei dieser Perspektive ist Eurasien das wichtigste Schlachtfeld im Kampf um die Weltmacht. Nach Brzezinskis Definition reicht Eurasien von Lissabon bis Wladiwostok; hier leben nicht nur drei Viertel der Menschheit, hier befinden sich auch drei Viertel der Energiereserven der Welt.

In den letzten Jahren hat die NATO ihre Verbindungen zu Japan und Australien an der Süd- und Ostflanke des eurasischen Raumes ausgebaut; beide Staaten sind wichtige Partner bei der Kontrolle des Pazifiks. Auch die Zusammenarbeit mit Israel wurde enger, weil es der wichtigste westliche Verbündete im Mittleren Osten ist.

## **Afghanistan**

Allmählich setzte eine Debatte über den Artikel 5 ein, in dem die ursprüngliche Hauptaufgabe der Militärallianz festgehalten wurde: Ein militärischer Angriff auf ein

---

<sup>21</sup> Shalikhvili, John M., Spahe, Respond, Prepare Now. A Military Strategy for a New Era. National Military Strategy, 1997



NATO-Mitglied wird als Angriff auf alle Mitglieder verstanden, und die Verbündeten sind verpflichtet, dem angegriffenen Mitglied nötigenfalls mit bewaffneter Gewalt beizustehen. Dieses Prinzip zieht keine klare Grenze zwischen der Verteidigung des Territoriums (der NATO-Mitglieder) und militärischen Einsätzen außerhalb dieses Territoriums. Bei der Reaktion auf die Terroranschläge am 11. September 2001 wurde das deutlich. Obwohl die USA Afghanistan zuerst und außerhalb des Bündnisgebietes angegriffen haben, reagierte die NATO, indem sie den Artikel 5 sehr kreativ interpretierte. So konnten die USA und ihre Verbündeten einen Monat später einen Krieg außerhalb des Bündnisgebietes anfangen, ohne den UN-Sicherheitsrat um Erlaubnis zu bitten, weil es die UN-Charta zulässt, dass sich im Falle eines bewaffneten Angriffs auch der Angegriffene mit militärischer Gewalt verteidigen darf.

Dabei spielte es auch keine Rolle, dass man die Anschläge einer Organisation (Al-Qaida) und nicht dem Taliban-Regime in Afghanistan anlastete. Da es den USA eigentlich nur darum ging, sich einen Zugang zu den Erdgasvorkommen Turkmenistans zu erschließen, mussten sie unbedingt Afghanistan unter Kontrolle bringen. Diese Erdgasvorkommen sollen durch die TAPI-Pipeline (von Turkmenistan über Afghanistan und Pakistan nach Indien) erschlossen werden, auf die sich alle Beteiligten im April 2008 verständigten.<sup>22</sup> Bislang wird die Realisierung dieser TAPI-Pipeline aber durch den Krieg in Afghanistan verhindert.

Nachdem das Taliban-Regime vertrieben und durch eine pro-westliche Regierung ersetzt worden war, wurde aus der „Verteidigung gegen einen Angriff“ ein Besetzungskrieg, der sich in die Länge zog. Die erste echte Out-of-Area-Operation weit entfernt von der euro-atlantischen Zone begann, als die NATO Ende 2003 den Befehl über die ISAF-Truppen übernahm. Das war eine klare Vorwärtsbewegung in Richtung auf eine global operierende NATO.

Das gemeinsame Operieren in Afghanistan und die dabei gemachten Erfahrungen gaben den Ausschlag für den weiteren Umbau der NATO in eine global handelnde Militärallianz: das geschah bereits bei der Vorbereitung der wichtigen NATO-Tagung in Lissabon im November 2010, auf der ein drittes NATO Security Concept / NSC vereinbart werden sollte. In einem der Vorbereitungsseminare erklärte NATO-Generalsekretär Rasmussen, es genüge nicht mehr, Soldaten, Panzer und sonstiges militärische Gerät an den Grenzen des NATO-Gebietes aufzustellen. Stattdessen sollten die NATO-Mitglieder die Bedrohung lokalisieren und vor Ort mit der Wurzel beseitigen.<sup>23</sup> In einem weiteren Seminar in Warschau sagte Rasmussen, die Bedeu-

---

<sup>22</sup> Foster, J., The TAPI Pipeline, and Energy Politics. In: Journal of Energy Security, 23 maart 2010 (siehe: <http://www.ensec.org>)

<sup>23</sup> Persbericht AFP, 4 maart 2010

tung der Landesverteidigung verändere sich. Er argumentierte, wer den Terrorismus besiegen wolle, müsse das in den Ursprungsländern tun, und das geschehe in Afghanistan.<sup>24</sup>

Die Beseitigung der „Wurzeln des Übels vor Ort“ war auch Thema einer Konferenz, die von der NATO gemeinsam mit Lloyds of London am 1. Oktober 2009 für ein ausgewähltes Publikum aus den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft veranstaltet wurde.<sup>25</sup> Der Organisator, Lord Levene, eröffnete die Tagung wie folgt: *Unsere hoch entwickelte, industrialisierte und komplexe Welt ist einer Unzahl von gefährlichen, ja tödlichen Bedrohungen ausgesetzt.*“ Dann zähle Rasmussen eine Reihe dieser Bedrohungen auf – den Klimawandel, den Wassermangel, die Nahrungsmittelknappheit, die Unsicherheit der Kommunikationssysteme und die Probleme bei der Energieversorgung – die alle nicht militärischer Art waren.

Die Tendenz, auch soziale und Umweltprobleme in den eigenen, rein militärischen Auftrag der NATO mit einzubeziehen ist bezeichnend für die Globalisierung der NATO; damit mischt sich die NATO immer stärker in Handlungsfelder der UNO ein.

Nach zehn Jahren Afghanistan-Krieg behaupten Vertreter der meisten NATO-Staaten, es sei der NATO gelungen, das Land zu stabilisieren. Sie versichern, die afghanischen Behörden seien zunehmend in der Lage, die Verantwortung für die Sicherheit ihres Landes zu übernehmen. Auch im Hinblick auf die Menschenrechte habe die NATO Erfolge zu verzeichnen. Die Realität sieht aber ganz anders aus. In einem durchgesehenen internen NATO-Dokument wird zugegeben, dass der Einfluss der Taliban in der afghanischen Bevölkerung ständig wächst, und das die Kollaboration zwischen den Aufständischen und den afghanischen Sicherheitskräften immer enger wird. Nach diesem Dokument würden die Afghanen es vorziehen, wenn sie statt von der korrupten Karzai-Clique von den Taliban regiert würden. Außerdem wird darin festgestellt, dass die Taliban immer noch vom pakistanischen Geheimdienst (ISI) unterstützt werden.<sup>26</sup>

---

<sup>24</sup> Speech by NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen at NATO's New Strategic Concept – Global, Transatlantic and Regional Challenges and Tasks Ahead – Warschau, Polen, 12 maart 2010 (siehe: [http://www.nato.int/cps/en/natolive/opinions\\_62143.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/opinions_62143.htm))

<sup>25</sup> Rozoff, R., Thousand Deadly Threats: Third Millenium NATO. Western Businesses Collude On New Global Doctrine, 2<sup>nd</sup> oktober 2009 (siehe: <http://rickrozoff.wordpress.com/2009/10/02/thousand-deadly-threats-third-millenium-nato-western-businesses-collude-on-newg-lobal-doctrine>)

<sup>26</sup> Pakistan helping Afghan Taliban – Nato, BBC, 1st of february 2012 (siehe: <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-16821218>)

Die seit mehr als zehn Jahren andauernde Militärintervention der USA und der NATO hat die Situation in Afghanistan dramatisch verschlechtert. Unsicherheit und Gewalt, Armut, Hoffnungslosigkeit und Korruption haben ständig zugenommen. Auch ein unter dem Titel „Aid and Conflict in Afghanistan“ (Hilfsleistungen und der Konflikt in Afghanistan) veröffentlichter Bericht der International Crisis Group bestätigt das.<sup>27</sup> Nach einem Jahrzehnt massiver Sicherheitsbemühungen, Entwicklungs- und humanitärer Hilfe hat es die internationale Gemeinschaft nicht geschafft, aus Afghanistan einen politisch stabilen und wirtschaftlich tragfähigen Staat zu machen. Al-Qaida agiert jetzt international und ist nicht mehr an ein Land (Afghanistan) gebunden. Als die US-Intervention stattfand, waren ihre wichtigsten Führer bereits geflohen. Inzwischen haben sie Zellen in zahlreichen anderen Ländern gebildet. (Eine ganz andere Einschätzung der Al-Qaida ist nachzulesen unter [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_12/LP09612\\_110512.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP09612_110512.pdf).) Die Taliban konnten anfangs zwar schnell entmachtet werden, haben aber sofort mit der Organisation des Widerstandes begonnen. Besonders seit 2005 ist der Einfluss der Taliban wieder beträchtlich gewachsen, und wegen der dauerhaften Anwesenheit ausländischer Truppen konnten sie sich sogar das Image einer Organisation des nationalen Widerstandes zulegen. Schon damals war ein spanischer General der Meinung, die ausländischen Truppen sollten möglichst schnell abziehen und versuchen, ihren Abzug nicht als Niederlage erscheinen zu lassen, weil dieses Eingeständnis sehr schädlich für die Zukunft der NATO wäre.

Jetzt stehen de facto wieder viele Gebiete Afghanistans unter der Kontrolle der Taliban oder einzelner Warlords, die das Regime in Kabul nicht anerkennen. Die Zentralregierung mit dem Präsident Karzai an der Spitze ist auch bei der Bevölkerung äußerst unbeliebt. Sie wird als Marionettenregierung der USA angesehen und ist wegen ihrer grenzenlosen Bestechlichkeit in Verruf geraten. Die Ausbildung einer nationalen Armee scheint nicht voran zu kommen, ist aber trotzdem der Strohalm, nach dem die Regierenden der Interventionsmächte greifen. Frankreich, die USA und auch die NATO insgesamt wollen die Kampfhandlungen jetzt schon 2013 einstellen – also ein Jahr früher als ursprünglich beabsichtigt. Die USA suchen nach einem Weg, um ihre Militärpräsenz auch nach dem offiziellen Rückzug sicher zu stellen. Afghanistan ist geostrategisch tatsächlich von großer Wichtigkeit für sie.

#### **Militärinterventionen in anderen Ländern werden als Verteidigung ausgegeben**

In Lissabon wurde der Grundsatz akzeptiert, dass die NATO künftig nicht mehr zwischen Verteidigungsmaßnahmen und Interventionshandlungen weit außerhalb ihres Bündnisgebietes zu unterscheiden braucht. In ihrem erneut veränderten NATO

---

<sup>27</sup> International Crisis Group. Aid and Conflict in Afghanistan, 4th augustus 2011 (siehe: <http://www.crisisgroup.org>)

Security Concept / NSC heißt es jetzt dazu: „Die Allianz kann auch durch politische und ihre Sicherheit betreffende Entwicklungen außerhalb der Grenzen (ihres Bündnisgebietes) bedroht sein und Einfluss darauf nehmen. Die Allianz wird sich aktiv für die Verstärkung der internationalen Sicherheit einsetzen – durch Partnerschaften mit den jeweils relevanten Staaten und anderen internationalen Organisationen.“ Die NATO müsse deshalb „über robuste, bewegliche und überall einsetzbare Truppen verfügen, um sowohl ihren Verteidigungsauftrag nach Artikel 5 als auch Auslandseinsätze unter Verwendung der NATO Response Force durchführen zu können.“ Mit anderen Worten: In dieser neuen Strategie wird jede militärische Handlung im NATO-Bündnisgebiet selbst oder außerhalb dieses Bereiches als Aktion definiert, die der Sicherheit ihrer Mitglieder diene. Ganz offen wird im NSC festgestellt, dass es auch notwendig werden könnte, militärisch einzugreifen, wenn die Energieversorgung bedroht sei. Die NATO müsse ihre Fähigkeiten so ausbauen, dass sie sowohl die Energieversorgung als auch die dazu notwendige Infrastruktur, die Regionen, aus denen die Energie kommt und die Transitwege sichern könne.

### **Stärkere Militarisierung**

Diese grundsätzliche Änderung hat zur Folge, dass die NATO künftig sehr bewegliche, gut ausgestattete Truppen braucht, die viel Geld kosten. Das ist der Grund, warum der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert Gates die Weigerung der europäischen Verbündeten kritisierte, dem Beispiel der USA zu folgen und mehr in ihre militärische Ausrüstung zu investieren. Im Jahr 2011 brachten die USA die Rekordsumme von 708 Milliarden Dollar für Militärausgaben auf. Robert Gates meinte dazu: „Die Entmilitarisierung Europas ist von einem Segen im 20. Jahrhundert zum Hindernis im 21. Jahrhundert geworden, das wirkliche Sicherheit und anhaltenden Frieden nicht mehr zulässt.“<sup>28</sup> Im neuen NSC verpflichten sich die Mitgliedsstaaten der NATO, „das notwendige Niveau der Verteidigungsausgaben aufrecht zu erhalten (...).“ Es legt auch fest, dass die Mitgliedsstaaten keine eigenmächtigen Entscheidungen über Rüstungs- oder Abrüstungsmaßnahmen treffen dürfen, ohne vorher intensiv mit der NATO darüber beraten zu haben. Außerdem haben sich die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, genügend gut ausgerüstete Truppen für (Auslands-)Einsätze zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet eine de-facto-Aushöhlung der Entscheidungsfreiheit der nationalen Parlamente in Fragen des Haushalts und der Außenpolitik.

### **Atommacht NATO**

---

<sup>28</sup> Gates, Robert M., NATO Strategic Concept Seminar. Remarks as Delivered by Secretary of Defence Robert M. Gates. National Defence University, Washington DC, 23th February 2012 (siehe: <http://www.defence.gov/speeches>)

Die Ausstattung der NATO mit Atomwaffen begann bereits in den 1950er Jahren. Unter dem US-Präsidenten Eisenhower (1953-1961) entwickelten sich die USA zu einer globalen Atommacht und bekannten sich offen zum Ausbau ihrer atomar bewaffneten Streitkräfte.

Das Setzen auf Atomwaffen schien (zunächst) preiswerter und effektiver als die Beibehaltung starker konventioneller Streitkräfte zu sein. Aus technologischem Fortschritt erwachsen immer neue Atomwaffen-Doktrinen. Während der 1970er und 1980er Jahre erreichte die Anzahl der in den USA, bei ihren europäischen Verbündeten und in der Sowjetunion, dem Gegner im Kalten Krieg, gelagerten Atomwaffen einen absoluten Höchststand.

Die offizielle Atomstrategie der USA und der NATO blieb (auch nach Lissabon) fast unverändert, ungeachtet der Tatsache, dass während des Vorbereitungsprozesses für das NATO-Gipfeltreffen in Lissabon im November 2012 mehrere Mitgliedsstaaten Bedenken gegen die US-Atomwaffen in Europa geäußert hatten, weil sie keinen strategischen Nutzen mehr hätten und ihre Reichweite auf den ehemaligen Ostblock beschränkt sei. Außerdem hatte Obama am 5. April in Prag eine aufsehenerregende Rede gehalten, in der er eine atomwaffenfreie Welt forderte. Im endgültigen Text des dritten strategischen Konzeptes der NATO / NSC, der in Lissabon verabschiedet wurde, sind davon nur unverbindliche Absichtserklärungen übrig geblieben, in denen weitere Abrüstungsbemühungen versprochen werden.

Das NSC legt fest, dass die Abschreckung durch einen angemessenen Mix aus konventionellen und atomaren Waffen ein Hauptelement der NATO-Strategie bleibt. Im Artikel 17 wird formell festgehalten, dass die NATO – so lange Atomwaffen existieren – ein atomar bewaffnetes Bündnis bleibt. Zu den taktischen US-Atomwaffen in einigen europäischen NATO-Staaten wird nur gesagt, dass *„die Sicherheit der Verbündeten hauptsächlich durch die strategischen Atomwaffen der USA garantiert wird: die strategischen Atomwaffen Großbritanniens und Frankreichs tragen zur allgemeinen Abschreckung und zur Sicherheit der Verbündeten bei.“*

Politische Kreise sind sich einig darüber, dass die taktischen Atomwaffen militärisch nicht mehr viel nützen, aber vor allem für die verbündeten Staaten in Osteuropa noch von politischer Bedeutung sind. Das NATO-Raketenabwehrsystem ist für diese NATO-Mitglieder ein weiterer Beweis dafür, dass es die USA mit der Verteidigung Europas ernst meinen: es reicht aber offensichtlich nicht aus, um die baltischen Staaten, Polen und Tschechien zu beruhigen. Mit anderen Worten, die Atomwaffen und der Raketenabwehrschirm sind der politische Zement, der die NATO zusammenhält.

**Die Raketenabwehr wird zur NATO-Aufgabe**

Der Lissaboner Gipfel im Jahr 2010 hat tatsächlich beschlossen, die Raketenabwehr zu einer Aufgabe der NATO zu machen. Die USA hatten heftig dafür geworben. In der International Herald Tribune vom 15. November hat Ivo Daalder, der Botschafter der USA bei der NATO, die Bedeutung der Übernahme der Raketenabwehr durch die NATO betont. Nach Daalder sollen dadurch in den kommenden zehn Jahren nur Mehrkosten in Höhe von 200 Millionen Dollar entstehen. Europa ist über Investitionen in dieses nutzlose Projekt zwar nicht begeistert, und die Mehrheit der europäischen Bevölkerung will es absolut nicht haben; die Tschechen haben das sogar bewiesen, als sie die geplante Installation einer Radarstation für das Abwehrsystem in ihrem Land abgelehnt haben. Trotzdem haben sich alle Regierungen auf dem Lissaboner Gipfel dem Wunsch Washingtons gebeugt. Die NATO wird jetzt *„die Fähigkeit entwickeln, unsere Bevölkerung und unsere Territorien gegen ballistische Raketen zu verteidigen: das wird ein Hauptelement unserer gemeinsamen Verteidigungsstrategie werden und unauffällig zur Sicherheit der Allianz beitragen.“*

Präsident Obama hat im September 2009 den ursprünglichen Plan seines Vorgängers George W. Bush für ein Raketenabwehrsystem in Europa übernommen, aber stark verändert. In dem Plan George W. Bushs war die Raketenabwehr in Europa Bestandteil der Verteidigung der USA und Nordamerikas; Obama erklärte stattdessen die Verteidigung Europas und des Nahen Ostens zum eigentlichen Ziel, das man sofort angehen müsse.

Deshalb musste er nicht nur Russland, sondern auch einige europäische Verbündete besänftigen, die neue Spannungen mit Moskau unbedingt vermeiden wollten. Zur Umsetzung der Neuorientierung entwickelte das Pentagon einen Plan zur phasenweisen, aufeinander abgestimmten Realisierung des Raketenabwehrsystems für Europa. Von 2011 an haben die USA mit dem Aufbau der Raketenabwehr in Europa begonnen: Sie stationierten Zerstörer mit dem seegestützten Abwehrsystem Aegis auf der Navy-Basis Rota in Spanien, Patriot-Luftabwehrraketen in Polen und wollen SM-3-Abfangraketen in Rumänien und Bulgarien und das transportable Radar-System AN/RPY-2 in der Türkei stationieren. In den nächsten Phasen sollen weiter entwickelte Abfangraketen, Sensoren und Radarsysteme die jetzt verwendeten ersetzen. Die Kommandozentrale für den Raketenabwehrschirm der USA und der NATO wurde auf der US-Air-Base Ramstein in Deutschland eingerichtet.

## **Europa**

NATO-Generalsekretär Rasmussen stellte im November 2009 fest, dass er die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht als Konkur-

renz zur NATO, sondern als Ergänzung der NATO sieht. Der Vertrag von Lissabon (siehe dazu: [http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag\\_von\\_Lissabon](http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Lissabon)) legitimiert in Artikel 42, Absatz 2, die NATO als wichtiges Bündnis zur Verteidigung Europas. In einem dem Vertrag beigefügten Protokoll wird gesagt, ein stärkeres Engagement der Europäischen Union auf dem Feld der Sicherheit und Verteidigung werde auch die Lebenskraft eines erneuerten Atlantischen Bündnisses erhöhen. EU-Staaten, die traditionell eine neutrale Haltung einnehmen und nicht Mitglieder der NATO sind, werden durch diesen Vertrag trotzdem an die NATO und damit an die Politik der USA gefesselt. Außerdem wird im dritten strategischen Konzept der NATO / NSC die enge Beziehung zwischen der EU und der NATO hervorgehoben und die Partnerschaft zwischen beiden sogar noch verstärkt – durch eine Verbesserung der praktischen Zusammenarbeit in Krisen, durch die Erweiterung der gegenseitigen Konsultationen und eine stärkere Beteiligung beim Entwickeln militärischer Fähigkeiten. „Die EU ist ein einzigartiger und wesentlicher Partner der NATO“ wird im NSC betont. „Die NATO erkennt die Bedeutung einer stärkeren und kompetenteren europäischen Verteidigung an.“

Kürzlich ist im Pentagon die Nervosität wegen der in Europa zu verzeichnenden geringen Begeisterung für eine Erhöhung der Militärausgaben wieder gewachsen. Der scheidende US-Verteidigungsminister Robert Gates hatte Mitte 2011 die europäischen NATO-Mitglieder aufgefordert, mehr für ihre Streitkräfte auszugeben, sonst wachse die Gefahr, dass die USA nicht mehr bereit sei, so viel Geld für die Verteidigung anderer Ländern auszugeben. Robert Gates wiederholte auch seine Besorgnis über die unterschiedlichen Beiträge zu der Allianz: *„In der Vergangenheit habe ich mich oft über die Zweiteilung der NATO beklagt. Die einen haben sich auf `weiche` Maßnahmen wie humanitäre und Entwicklungshilfe, Friedenssicherung und Verhandlungen spezialisiert, während die anderen sich an `harten` Kampfeinsätzen beteiligen. Die einen sind bereit, den Preis zu bezahlen und die Lasten der Allianz mit zu tragen, die anderen genießen nur die Vorteile der NATO-Mitgliedschaft, wollen aber die Risiken und Kosten nicht auf sich nehmen. Meine Befürchtungen sind nicht mehr hypothetisch, sie sind eingetreten. Und das ist inakzeptabel.“*<sup>29</sup>

Sein zweiter Kritikpunkt betraf die NATO-Operation in Libyen im Jahr 2011. Wegen des Mangels an Bereitschaft und Ressourcen könne sich die NATO eine integrierte, effektive und länger andauernde Militäraktion in der Luft und auf See künftig nicht mehr leisten. Er erinnerte auch daran, dass die Operation gegen Libyen zwar von der NATO beschlossen, aber von weniger als der Hälfte der Mitgliedsstaaten unterstützt worden sei und dass sich weniger als ein Drittel der Verbündeten effektiv an den

---

<sup>29</sup> Gates, Robert M., The Security and Defence Agenda (Futur of NATO), 10th June 2011; (siehe: <http://www.defence.gov/speeches>)

Luftangriffen beteiligt haben. *„Viele nahmen nicht deshalb nicht teil, weil sie nicht wollten, sondern weil sie nicht konnten. Sie verfügten einfach nicht über die erforderlichen militärischen Mittel.“* Er betonte, dass bestimmte Aufgaben nur auf Grund zusätzlicher Bemühungen der USA realisiert werden konnten. *„Die mächtigste Militärallianz der Geschichte hat sich vor elf Wochen mit einem Gegner angelegt, der nicht über schwere Waffen verfügt und dessen Land nur sehr dünn besiedelt ist; und weil ihr jetzt schon die Munition ausgeht, müssen wieder die USA einspringen.“*

### **Libyen, China, Syrien und Iran**

Bei der Militärintervention gegen Libyen wurde klar, dass sich die NATO auf ölfreiche Staaten konzentriert, an denen Europa und die USA ein gemeinsames Interesse haben. Angeblich zum Schutz der Zivilbevölkerung bombardierte die NATO 2011 monatelang libysche Städte und Dörfer, die von Gaddafi-Anhängern gehalten wurden. Bei der Operation gegen Libyen wurden mehrere Absichten deutlich. Europäische und US-amerikanische Unternehmen wollen von der Plünderung afrikanischer Rohstoffe profitieren. Aus westlicher Sicht ist jetzt aber mit China ein neuer Konkurrent aufgetaucht, der seine Präsenz in Afrika ebenfalls verstärken will. Deshalb sahen sich die alten europäischen Kolonialmächte gezwungen, ihrer Partnerschaft mit Washington eine neue Richtung zu geben, um durch Zusammenarbeit die gemeinsamen Interessen auf dem afrikanischen Kontinent zu sichern. China und andere Rivalen sollten eine deutliche Warnung erhalten, damit sie aufhören, in fremden Revieren zu wildern. Das ist der eigentliche Grund für das vom Pentagon gegründete und in Stuttgart angesiedelte AFRICOM (das US-Regionalkommando für Afrika) und die strukturelle Verbindung zwischen dem ebenfalls in Stuttgart residierenden EUCOM (das US-Regionalkommando für Europa) und der NATO. (Weitere Informationen zu den beiden US-Regionalkommandos unter: [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_09/LP\\_27209\\_071209.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP_27209_071209.pdf))

Die politische und moralische Rechtfertigung für das Eingreifen in Libyen – Gaddafi lasse Luftangriffe auf die eigene Bevölkerung fliegen – wurde ursprünglich von Paris und London vorgebracht. Nach den USA übernahm die NATO die Koordination der Angriffe und den Befehl über die Militäraktion. Unter dem Vorwand, Zivilisten schützen zu wollen und gestützt auf eine UN-Resolution, die auf dem Prinzip „Verantwortung zum Schutz“ beruhte, wurde ein Regimewechsel durchgesetzt. Heute fragt niemand mehr, ob Libyen jetzt sicherer und stabiler ist. Das ist es natürlich nicht, unter anderem auch deshalb, weil die von der NATO bewaffneten Milizen sich weigern, ihre Waffen wieder abzugeben. Während des Libyen-Krieges starben 30.000 – 50.000 Menschen; es kam zu organisierter rassistischer Gewalt gegen schwarze Libyer und afrikanische Einwanderer, und die Aufständischen haben in Sirte eine große Anzahl ihrer Gegner exekutiert. Die „Verantwortung zum Schutz“ der libyschen Be-



völkerung auch nach Gaddafis Tod scheint sich in den Hauptstädten der USA, Kanada und Europas verflüchtigt zu haben. Die volle Aufmerksamkeit hat sich jetzt Syrien und dem Iran zugewandt.

### **Schlussfolgerungen**

Im Laufe ihrer Geschichte hat die NATO immer wieder versucht, ihre Existenz mit allen möglichen Argumenten zu rechtfertigen. Während des Kalten Krieges lag die Betonung auf der militärischen Bedrohung durch den Kommunismus in Mittel- und Osteuropa. Als sich der Warschauer Pakt aufgelöst hatte, mussten neue Argumente vorgebracht werden. Zuerst waren es mögliche Sicherheitsrisiken, die von instabilen ehemals kommunistischen Staaten ausgehen könnten. Als sich diese Staaten der NATO oder der Europäischen Union anschließen wollten, reklamierte die NATO den Auftrag zu „humanitären Interventionen“ für sich. Nach dem 11.09.2011 waren der Krieg gegen den Terror, die Bedrohung durch „Schurkenstaaten“ und mögliche Angriffe auf die Kommunikationsnetze die Themen aller Reden und Analysen in den politischen und strategischen Zirkeln des Westens.

Die NATO hat wenig mit der „Verteidigung von Werten, mit der Verbreitung der Demokratie, mit den Menschenrechten, mit der Freiheit und mit dem Rechtsstaat“ zu tun, obwohl das der damalige NATO-Generalsekretär Javier Solana anlässlich des 50. Jahrestages der NATO-Gründung behauptete. Ihre Geschichte beweist, dass es der NATO immer nur um die Durchsetzung wirtschaftlicher und geostrategischer Interessen geht. Zahlreiche Mitgliedsstaaten sind oder waren alles andere als Musterdemokratien. Erinnert sei nur an Portugal unter Salazar, an das Obristenregime in Griechenland, an die vielen Militärputsche in der Türkei und an die kolonialen Gräueltaten mancher NATO-Mitglieder.

Nach dem Kalten Krieg entpuppte sich die NATO als militärisches Werkzeug zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitgliedsstaaten. Manchmal geben NATO-Repräsentanten das sogar selbst zu, wie ihr ehemaliger Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer in seiner Brüsseler Neujahrsrede am 8. Januar 2008: *„In diesem Jahrhundert wird es vor allem um Energie gehen. Die Sicherung der Energieversorgung ist ein Thema, mit dem sich die NATO neu definieren kann. Dass es vor allem um den Schutz der Energie-Infrastruktur geht, haben Sie schon früher von mir gehört. Darüber wird schon lange diskutiert. Die NATO trägt sicher nicht die Hauptverantwortung im Netzwerk der Energiesicherheit. Sie ist ja keine Wirtschaftsorganisation. Sie wird sich aber darum kümmern müssen; und Sie können sicher sein, dass Energiesicherheit auch auf der Tagesordnung des Bukarester NATO-Gipfels stehen wird.“*

Der Angriff auf Libyen scheint den Beginn einer neuen Strategie zu markieren. Am 5. Januar 2012 hat Präsident Barack Obama in seiner Rede zu Verteidigungsfragen dazu

Folgendes gesagt: „Als globale Streitmacht wird sich unser Militär niemals nur einer Sache widmen. Es wird verantwortlich für eine Reihe von Aufgaben und Aktivitäten auf dem ganzen Globus sein, die sich in Bezug auf das Ausmaß, die benötigte Zeit und ihre strategische Priorität unterscheiden. Deshalb brauchen wir vor allem flexible und anpassungsfähige Streitkräfte, die schnell und effektiv auf eine Vielzahl von Eventualitäten und potentiellen Gegnern reagieren können. Dazu zwingt uns der Zustand der Welt, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Zusätzlich zur Schaffung solcher Streitkräfte werden sich die USA verstärkt um die Ausweitung der Fähigkeiten unserer Partner und Verbündeten kümmern, damit diese ihre eigenen Territorien besser verteidigen und ihre eigenen Interessen besser durchsetzen können; das wollen wir durch bessere Diplomatie, mehr Entwicklungshilfe und Unterstützung beim Aufbau eigener Sicherheitskräfte erreichen.“ Obwohl die US-Konservativen auf Obamas Rede reagierten, als habe er das Ende der Weltmacht USA verkündet, lässt sie seinen Willen erkennen, sowohl die Vorherrschaft der USA als auch ihre Fähigkeit zur Kriegsführung aufrecht zu erhalten. „Obwohl wir die Stärke und Zusammensetzung unseres Heeres und unserer Luft- und Seestreitkräfte anpassen müssen, werden wir zu erfolgreichen Konfrontationen und zum Besiegen jedes Angreifers fähig bleiben und uns ständig auf Veränderungen in der Kriegführung einstellen können. Auch nach der Überprüfung unserer Strategie müssen wir die Fähigkeit behalten, in mehreren Konflikten gleichzeitig zu kämpfen.“<sup>30</sup>

Verteidigungsminister Leon Panetta will mit seiner neuen Strategie verstärkt auf die US-Air-Force und auf die indirekte Unterstützung von Operationen geeigneter Partner setzen - bei möglichst geringer Beteiligung eigener Kräfte. Die NATO soll also zum Vollstrecker der US-Strategie werden. Die Geschichte wiederholt sich.

Ludo de Brabander, Georges Spriet<sup>31</sup>

Übersetzung: Redaktion GEHEIM. Nachdruck aus GEHEIM 3-2012.

Geheim-Magazin c/o Michael Opperskalski,  
Postfach 270324, 50509 Köln  
Tel: 0221-2839995, Fax: 0221-2839997  
www.geheim-magazin.de, abo-probeexemplar@geheim-magazin.de

---

<sup>30</sup> Quelle: Global Research, 18.05.2012 (Siehe <http://www.globalresearch.ca/index>)

<sup>31</sup> Ludo de Brabander und Georges Spriet sind belgische Friedensaktivisten.

## ***Prof. Andrej Iljitsch Fursow: Schlag gegen Syrien – Ziel: Russland***

Das folgende Gespräch mit Professor Andrej Fursow, dem Leiter des Zentrums für Russland-Forschung an der Moskauer Geisteswissenschaftlichen Universität und dem Mitglied der Internationalen Akademie der Wissenschaften (München), erschien am 9. August 2012 bei [KP.ru](#). Es ist bei der gegebenen Ausgangsfragestellung unerwartet weit im Spektrum dessen, was darin behandelt wird. Ausgehend von der derzeitigen Situation in Syrien und dem "Arabischen Frühling" versucht der russische Historiker Prognosen und Betrachtungen über die weitere Entwicklung danach, vom Konkreten zum Globalen. (...) Letzte Vorbemerkung: der Begriff "Regime" ist im Russischen nicht zwangsläufig negativ konnotiert. Die Fragen stellte Jewgenij Tschernych.

*Warum hat es der Westen so eilig damit, die Nägel in den Sarg des Assad-Regimes zu schlagen?*

Dieses nicht allzu große Land im Nahen Osten ist unerwartet zum schlimmsten neutralistischen Punkt des Planeten geworden. Ständig tagt die UNO dazu. Eine unnachgiebige Haltung nehmen dort Russland und China ein. Eine Flotte russischer Kriegsschiffe mit Marineinfanteristen hat Kurs aufs Mittelmeer gesetzt und läuft auch Syrien an. Die USA stellen den "Rebellen" weiter 15 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Riecht es hier etwa nach einem großen Krieg?

### **Krieg ums Gas**

*Wodurch hat denn das kleine Syrien dem mächtigen Westen die Suppe versalzen?*

Einfach durch alles. Gehen wir der Reihe nach - vom Kleinen zum Großen, vom Regionalen zum Globalen. Bei den Konstellationen im Nahen Osten allgemein und im Kampf der Amerikaner und der sunnitischen Monarchien (Saudi-Arabien und Katar) gegen den schiitischen Iran ist dieses Land nicht einfach nur ein Verbündeter Teherans, sondern Glied einer Kette, das dieses mit den schiitischen Gruppierungen in der arabischen Welt verbindet. Ohne ein solches Verbindungsglied würde der Einfluss des Iran in der arabischen Welt wesentlich geringer sein. Ich will nicht einmal davon sprechen, dass eine Erdölpipeline aus dem Iran durch Syrien verläuft. Ohne die Lösung der syrischen Frage können die Angelsachsen, d.h. die Briten und die Amerikaner, sich nicht an den Iran wagen. Das syrische Regime ist faktisch das einzige starke, weltliche Regime in der arabischen Welt. Dass es stark ist, stört die Atlantisten mit ihren Plänen zum Umbau des Nahen Ostens und der gesamten Welt. Dass es ein weltliches und dabei wirtschaftlich erfolgreich ist, stört die Führung Saudi-Arabiens und Katars.

*Manche sagen, es sei der erste Krieg um Erdgas.*

Im südlichen Mittelmeerraum sind Erdgasvorkommen festgestellt worden - sowohl auf Seegebiet, als auch an Land auf syrischem Territorium (Kara). Wie groß diese Vorkommen sind, ist schwer zu sagen, aber es gibt sie. Katar exportiert verflüssigtes Erdgas mithilfe einer Tankerflotte. Bricht das Assad-Regime zusammen, so bekommt der Katar die Möglichkeit, den "blauen Brennstoff" direkt über das syrische Territorium an die Küste des Mittelmeers zu transportieren. Das würde sein Exportvolumen mindestens verdoppeln und gleichzeitig den Export aus dem Iran behindern. Das Erstarken Katars auf dem Markt für Erdgas schwächt die Position Russlands. Wenn es den Amerikanern gleichzeitig gelingt, Kontrolle über das algerische Erdgas zu gewinnen, so sieht das schon nach einer Blockade des Erdgasexports für Russland aus. Das heißt, die wirtschaftlichen Interessen Katars fallen mit den geopolitischen Interessen der USA zusammen und mit ihrem Bemühen, Russland maximal zu schwächen, denn Russland soll nicht wieder erstarken.

*Das bedeutet, dass die Yankees in Syrien eigentlich indirekt Russlands geliebtes Gazprom angreifen?*

Die Angelsachsen sind globale Billardspieler, sie arbeiten nach dem Prinzip, mit einem Mal gleich mehrere Kugeln zu versenken (was man von ihnen lernen sollte). Der Große Nahe Osten mit dem darin ablaufenden gesteuerten Chaos trennt China von den benötigten Quellen für Erdöl und Erdgas ab, gleichzeitig wird ein Bruch zwischen dem chinesischen und dem westeuropäischen Teil Eurasiens gelegt. Die Kontrolle über das Öl und Gas aus dem Nahen Osten bedeutet in erster Linie die Kontrolle der USA über Europa, speziell Westeuropa, was der Schwächung Russlands und seiner Positionen durchaus zuträglich wäre. Und wenn Europa das eines Tages missfallen sollte, so kann man inzwischen auch dort ein paar arabisch-afrikanische Unruhen vom Zaun brechen - so, dass die satten Bürger wünschten, es wäre wieder vorbei.

Diese Logik (obwohl nicht nur diese allein) bestimmt den Drang der nordatlantischen Elite durch die arabische Welt nach Osten: Tunesien, Ägypten, Libyen. Nun sind sie bei Syrien angekommen. Allerdings sind die Atlantisten auf diesem syrischen Flecken Erde mit einer anderen globalen Macht aneinander geraten, die sich mit ihnen in wirtschaftlicher und sogar militärischer Hinsicht messen kann, aber eine vollkommen andere Zivilisation darstellt. Das ist China mit seinem Drang nach Westen. Chinas Drang ist eine Art Kreuzzug um Ressourcen. Pakistan befindet sich schon unter Chinas Einfluss. Mit den Taliban Afghanistans haben die Chinesen schon lange Beziehungen. Der Iran ist auch Verbündeter, wenn auch ein sehr spezieller. Der Süden des Irak wird de facto bereits von den schiitischen Verbündeten des Iran kontrolliert. Geostrategisch und auch geökonomisch gesehen dringt China hier nicht nur bis an

die Küste des Indischen Ozeans, sondern, so gesehen, auch bis zum Atlantik vor (nämlich an die syrische Mittelmeerküste). Objektiv gesprochen sind die westlichen Kreuzritter in Syrien an die Chinesische Mauer gestoßen. (...)

*Die chinesische Mafia ist wahrscheinlich noch etwas heftiger als die italienische...*

Ja, und die chinesischen Goldreserven als bedrohliche Finanzwaffe wollen wir gar nicht erst erwähnen.

Peking versteht sehr wohl, dass Syrien lediglich ein Wegpunkt in der Hauptstoßrichtung der Nordatlantiker ist - und Ziel ist es, China fallen zu sehen, es in die Schranken seiner eigenen Landesgrenzen zu verweisen, es von den Rohstoffquellen zu trennen und technologisch zu ersticken. Deswegen haben wir es mit einer solch harten Position Chinas zu Syrien in der UNO zu tun.

*Was ist mit der Position Moskaus? Warum ist diese jetzt so anders als im Falle von Libyen?*

Erstens haben wir heute einen anderen Präsidenten. Zweitens hat die Geschichte mit Gaddafi, wie ich meine, die russische Führung einiges gelehrt. Drittens unterhält Russland in Syrien einen Marinestützpunkt. Viertens hat die russische Rüstungsindustrie starkes Interesse an Syrien, und wirtschaftliche Interessen sind für die russische Führung eine heilige Sache. Fünftens ist Syrien Russlands Grenzen und dem postsowjetischen Raum viel näher als Libyen. Alles das bestimmt Moskaus Position, welche durch ihr atomares und diplomatisches Potential die chinesische Position stützt. Allein würden weder Russland noch China bestehen können.

Sicherlich können die Angelsachsen auf Russlands und Chinas Vetos in der UN pfeifen, auf die UNO und das internationale Recht insgesamt, welche sie ohnehin aufzuheben gedenken. Aber das sind bisher nur Absichten. Denn wie Stalin einmal sagte, die Logik der Umstände ist immer stärker als die Logik der Absichten. Diese Umstände sind Russland und China, welche einen rasenden Zorn der Nordatlantiker bewirken - es genügt, sich ein paar Mal Frau Clinton anzuhören und ihre Mimik zu betrachten.

*Ungeachtet der unnachgiebigen Position Moskaus und Pekings zieht sich der Westen nicht zurück. Wieso nicht?*

Erstens liegt es nicht in der historischen Tradition der Angelsachsen, ihre Beute fahren zu lassen, in die sie sich einmal wie ein Pitbull verbissen haben. Sie werden bis zum Anschlag Druck ausüben, bis sie ihr Vorhaben durchgesetzt haben oder bis der Gegner ihnen das Gebiss bricht. Zweitens sind die Angelsachsen im Verlauf der letzten 25-30 Jahre, nachdem sie die sowjetische Elite besiegt hatten (es geht genau um die sowjetische Elite - sie hat kapituliert), einfach überheblich geworden. Sie haben

sich daran gewöhnt, dass Russland alles aufgibt und bauen darauf, auf die russische Elite Druck ausüben zu können, schon, weil diese ihr Geld in westlichen Banken deponiert hat. Drittens, und das ist der Hauptgrund, welcher alle anderen überwiegt: die Einsätze sind viel zu hoch, auf dem Spiel steht das Schicksal der nordatlantischen Eliten selbst, es geht durchaus nicht nur um die Kohlenwasserstoffvorräte oder den Nahen Osten. Der Westen hat keine andere Möglichkeit, als weiter vorwärts zu pressen.

Die Sache ist folgende: Ungeachtet des enormen materiellen und Informationspotentials dieser gigantischen Maschinerie, welche von höchst erfahrenen übernationalen Geokonstrukteuren und Georingenieuren gesteuert wird, erleben die USA heute eine Überspannung der Kräfte. "Nihil dat fortuna mancipio" - das Schicksal gewährt nichts für ewig! "Amerikas Zeit geht vorüber. Um den endgültigen Fall aufzuschieben oder gar zu vermeiden, braucht Amerika eine Verschnaufpause. Nicht von ungefähr geht es in der neuen Militärdoktrin, die Obama am 5. Januar 2012 verkündet hat, jetzt darum, dass die USA nicht mehr - wie bis dato - zu zwei parallelen laufenden Kriegen gerüstet sein muss, sondern nur noch zu einem plus zu indirekten Aktivitäten in mehreren Regionen. Zu berücksichtigen gilt es ferner, dass die Amerikaner bis zu 60% ihrer Militärmacht in den Stillen Ozean, den ostpazifischen Raum umgruppieren und sich so auf Auseinandersetzungen mit China vorbereiten. Nicht von ungefähr bringt das Journal "Foreign Affairs", eine Publikation des Council on Foreign Relations (CFO) - eine der einflussreichsten amerikanischen Strukturen in Fragen internationaler Beziehungen - neuerdings immer wieder Artikel, die direkt aussagen: die USA brauchen eine Verschnaufpause, "um sich auf der Wiedererrichtung des Fundaments nationaler Blüte zu konzentrieren". Amerika erinnert heute an das Römische Reich zu Zeiten Kaiser Trajans (Anfang des 2. Jh. n. Chr.). Damals ist Rom von strategischen Angriffen zur strategischen Defensive übergegangen, Rom begann damit, die Limes zu bauen und einige eroberte Gebiete aufzugeben, in erster Linie im Nahen Osten.

*Das ist eine direkte Analogie. Die USA haben vor, Afghanistan zu verlassen, aus dem Irak sind sie abgezogen...*

Die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Chicago am 20. und 21. Mai 2012 haben gezeigt: im direkten Sinne werden weder die USA, noch wird die NATO den Nahen Osten oder Afghanistan wirklich verlassen. Nicht deshalb sind sie ja schließlich dahin gegangen. Allerdings müssen sie dort im bisherigen Sinne "heraus", das Führungsmodell dort wird ein anderes. Und das ganz einfach, damit der Platz nicht von den Konkurrenten besetzt wird, nämlich von der EU und vor allen Dingen von China. Das ist der Sinn hinter diesem neuen Modell der Steuerung der Region: gesteuertes Chaos. Einen besseren Kandidaten dafür, dieses Modell zu implementieren und aufrecht zu erhalten, als die Islamisten, die "Kettenhunde der Globalisierung auf amerikanisch",

kann man sich gar nicht vorstellen. Und nun sehen wir, wie im Nahen Osten - speziell im Schlüsselnd Ägypten - als Ergebnis des so genannten "Arabischen Frühlings" gerade die Islamisten an die Macht kommen. Besser gesagt sind sie es, denen man den Weg frei macht. Allerdings haben die Angelsachsen auf diesem Weg zwei Länder als Stolpersteine angetroffen, zwei Länder, in denen die Islamisten entweder nicht stark oder nicht aktiv waren. Das war Libyen und ist Syrien. Libyen ist bereits durch die barbarische NATO-Aggression vernichtet worden, Syrien wird heute belagert. Syriens Armee kämpft gegen den internationalen Terrorismus, der, wie es sich für ihn auch geziemt, von den Strippenziehern der englisch-amerikanischen Spitze gesteuert wird.

#### **Das wahre Gesicht der "Freunde Syriens"**

*Mit Verlaub, Andrej Iljitsch! Die westlichen Medien berichten, dass das Volk gegen das Assad-Regime aufbegehrt hat. Die Aufständischen sind Syrer, welche aus der Armee desertiert sind.*

Dazu sind es ja die westlichen Medien, oder besser: Mittel für Massenpropaganda, Agitation und Desinformation. Sie erfüllen die rein militärische Aufgabe eines Informations- und psychohistorischen Kriegs. Die "syrischen Rebellen" haben moderne Präzisionswaffen, Panzerabwehrwaffen, Wärmesichtgeräte, beste Scharfschützengewehre und vieles andere, vor allen Dingen aus türkischer Produktion. Ist das nicht ein wenig fett für Deserteure und Flüchtlinge? Doch das wichtigste ist die Organisation der bewaffneten Auseinandersetzungen. Seit Ende Juni hat sich die Situation in Syrien grundlegend gewandelt. Assad hat es nun mit einer hochqualifizierten Stabskultur der Planer hinter den militärischen Diversionen zu tun, zu der Deserteure vom Rang Hauptmann bis Major gar nicht in der Lage sind. Von der Zermürbung und Ermattung der syrischen Armee sind die "Aufständischen" zur Taktik massiver Angriffe übergegangen, hinter denen offenbar ein Kontingent von 25.000 – 30.000 Mann steht. Die bewaffneten Kämpfer sind Abkömmlinge aus Libyen, Tunesien, Afghanistan und anderen islamischen Ländern. Sie nach Syrien zu werfen löst übrigens für den Westen und die sunnitischen Monarchien ein wichtiges Problem. Denn dieser Brennstoff muss ja irgendwo und irgendwie beschäftigt werden. Arbeiten werden diese Jungs nicht, und ein verrückt gewordener Hund könnte auch seinen Herrn beißen.

Zusammen mit den professionellen Söldnern und den internationalen Terroristen kämpfen auch weiterhin Teile von syrischen kriminellen Clans gegen die Regierungstruppen; sie morden ihre eigenen Nachbarn und lasten die Verbrechen dann dem Assad-Regime an. Die Situation in Syrien hat eine Tatsache glasklar herausgestellt: der internationale Terrorismus, gegen den die USA angeblich kämpfen, ist in Wahrheit ihre Waffe, von ihnen selbst geschaffen. In Libyen hat Al-Kaida die von den Atlantisten gestellten Aufgaben erledigt. Nach Syrien werden die bewaffneten Kämpfer vom

Islamisten Abd al-Hakim Balhadsch eingeschleust, der seinerzeit das Kommando über die libyschen "Aufständischen" hatte. Er ist der einflussreichste Militär in Tripoli, ist bereits lange Zeit mit Al-Kaida verbandelt. Al-Kaida ist ein sehr bequemes Instrument für die amerikanischen und britischen Geheimdienste. Wenn es sein muss, kann man sie die eigenen Twin-Towers sprengen lassen, die Schuld der Organisation Bin Ladens zuschieben. Und wenn es sein muss, kann man sich mit dieser Organisation in Ekstase vereinen und gegen Gaddafi oder Assad vorgehen. Jetzt ist die Al-Kaida wieder gut; wie unser Protopope Awwakum einst sagte, "gestern noch ein Hurensohn, und heute schon ein Priester".

Sie sollen aufhören, uns Unsinn zu erzählen: die Syrer kämpfen nicht gegen die Syrer, sondern gegen die angelsächsische Elite, welche mit den Händen internationaler Terroristen Krieg führt. Deren Vorgehen in Syrien gleicht zum Beispiel den Todeschwadronen des John Negroponte in Guatemala. Die "Freunde Syriens" (die früheren "Freunde Jugoslawiens, des Irak, Libyens") in geplanter Perspektive auch die "Freunde Russlands", sind selbst die hauptsächliche internationale Terrormacht. Ich hoffe sehr, dass sie und ihre Handlanger (auch die aus Den Haag) letztendlich ihr Nürnberg erwartet. Viele auch im Westen beschreiben die Ähnlichkeit zwischen dem Überfall auf den Irak durch Bush jr. mit Hitlers Überfall auf Polen, die Niederlande und Frankreich. Die Frage ist nur, wird Syrien die letzte Linie vor einem neuen, nun schon nicht mehr einem Welt-, sondern einem globalen Krieg werden? Früher oder später wird die kriminelle Ausrichtung der Politik der westlichen Führungen nämlich genau dazu führen.

*Die USA haben die jüngsten Terroranschläge in Damaskus, die den Tod einiger syrischer Regierungsmitglieder nach sich zogen, de facto gerechtfertigt.*

Ja, unter den Ermordeten sind der Verteidigungsminister Daud Radschha, der Chef des militärischen Nachrichtendienstes Assef Schawkat und der Leiter des Antikrisenkomitees Hassan Turkmani - Assad sehr nahe stehende Leute, seine Stütze. Eine solche Aktion stand zu erwarten; ich glaube nicht, dass sie ohne Mitarbeiter westlicher Geheimdienste möglich gewesen ist.

Baschar al-Assad hält stand, man hat ihn in 15 Monaten nicht brechen können, deshalb steht der Kurs jetzt auf physische Vernichtung des syrischen Präsidenten und der ihm nahestehenden Personen. Die Rechnung lautet, dass nach dem Weggang Assads sein Regime zusammenbricht.

Ob diese Rechnung so aufgeht, ist eine andere Frage. Hier ist etwas anderes wichtig: die westliche Elite hat nach dem Mord an Gaddafi offen und unverhohlen den Weg der physischen Vernichtung solcher Führer eingeschlagen, die ihren Plänen entgegenstehen, das heißt: den Weg des Terrors. Und während man gegen Milosevic und Sad-



dam Hussein noch farce-artige Gerichtsprozesse veranstaltet hat, so wurde Gaddafi auf völlig banditische, "konkrete" Weise einfach nur umgebracht, und dabei blieb das "Wow!" nicht einmal mehr im Halse stecken. Was war allein die Szene im vorigen Mai im Weißen Haus wert, als die Führung der USA sich offen vor den Fernsehschirmen sammelte, um der Tötung von "Bin Laden" zuzusehen. Wie vertiert und moralisch degeneriert muss man sein, um sich wie der mittelalterliche Pöbel Morde zu Gemüte zu führen und dazu mit der Zunge zu schnalzen! Die westliche Führung legt das Verhalten einer globalen Verbrecherorganisation an den Tag und verheimlicht dies nicht einmal. Das Prinzip ist: "Du bist schon allein deswegen schuld, weil ich Hunger habe." So hat der vorige proamerikanische Präsident Frankreichs, Sarkozy, den syrischen Christen (etwa 10% der Bevölkerung Syriens) ja auch direkt gedroht, dass - sollten sie weiterhin Assad unterstützen - sie Opfer von Anschlägen würden. Und das passiert ja auch bereits. Man mordet dabei aber nicht nur Christen, sondern auch Drusen, Alawiten, Mitglieder der seit 1963 regierenden Baath-Partei. Doch das große Morden wird erst noch beginnen, wenn es dem Westen gelingt, das Assad-Regime zu stürzen, was wahrscheinlich erst im Falle einer ausländischen Militärintervention möglich wird.

*Denken Sie, dass der Westen so weit gehen wird?*

Diese Frage stellt man besser der globalen Verbrecherorganisation, die ihre "Aktien" in Washington, New York, London und Brüssel hat. Wir können nur mögliche Varianten abwägen. Die einzige militärische Macht, auf die die NATO bisher zählt, ist die Türkei, welche davon träumt, dass Syrien in 4-6 Teile zerlegt wird, über die Hälfte derer sie die Kontrolle erhält und damit dem zu ähneln anfängt, was wir als das Osmanische Reich kennen. Allerdings ist ein solcher Krieg für die Türkei unter Berücksichtigung der Positionen Russlands, Chinas, des Iran plus der Kurdenfrage eine recht unsichere Sache, selbst bei militärtechnischer Unterstützung durch die NATO. Und Syrien selbst ist auch kein Schwächling. Man kann deswegen eher davon ausgehen, dass der derzeitige Krieg so weitergeht, bei dem der Westen sich darum bemühen wird, Syrien durch die Hände der Söldner zu zerdrücken, indem die Taktiken der Zerrüttung und der massiven Angriffe kombiniert - und gezielt die physische Vernichtung Assads versucht wird. Die USA und Großbritannien haben viel zu viel in die Vernichtung des syrischen Regimes investiert und können nur in einem Fall zurück, wenn der Preis für einen Sieg zu hoch wird.

*Haben sie denn tatsächlich so viel investiert?*

Ja. Sowohl im finanziellen, als auch im organisatorischen Sinn. Noch 2006 startete das Programm "Demokratie in Syrien", das Geldmittel für Projekte in der Gesamtsumme von fünf Millionen US-Dollar beinhaltete. 2009 bekam der "Rat für Demokratie", der diese Geldmittel unter den "Demokratisatoren" in den Ländern verteilte,

welche von den USA geschwächt werden sollten, vom State Department 6,3 Millionen US-Dollar für das mit Syrien zusammenhängende Programm "Initiative zur Festigung der Zivilgesellschaft" (offenbar meinen die Angelsachsen, dass eine Zivilgesellschaft aufgebaut wird, wenn durch die Hände von Söldnern syrische Kinder und Frauen ermordet werden). Das "Syrian Business Forum" verwaltet zum Beispiel ein Budget von mindestens 300 Millionen Dollar. Die Hälfte dieser Mittel gilt der Finanzierung der so genannten "Freien Syrischen Armee". Eine aktive Rolle bei der Finanzierung der Anti-Assad-Kräfte spielen Saudi-Arabien und Katar, welche diesbezüglich ein Geheimabkommen unterzeichnet haben. Die Positionen der Saudis und des Premierministers von Katar, Scheich Hamad ben Dschassem Al Thani, sind deutliche Zeugnisse für die Allianz zwischen dem Westen und den Salafiten. Es war in Katar, wo gestellte Szenen von angeblichen Kämpfen in Tripoli und Damaskus gedreht wurden, als es diese Kämpfe noch gar nicht gab. Der Emir bezahlte den Sturm von Tripoli und entsandte eine arabische Mischpoke von 6.000 Mann dazu, welche Militäruniformen des Katar trugen. Übrigens war es auch Ben Dschassem, der die Handgreiflichkeiten gegen den russischen Botschafter Titorenko im Katar angeordnet hat.

### **Kampf um Eurasien**

*Manche westlichen Politiker bieten der russischen Führung an, Assad und seine Familie in Russland aufzunehmen. Nach dem Motto, das syrische Volk wird es Russland danken. Was droht Russland durch den Sturz des Assad-Regimes?*

Syrien ist unser einziger Alliiertes in der arabischen Welt. Mit dessen Fall verlieren wir endgültig alle unsere Positionen in der Region. Aber es geht nicht nur um die arabische Welt. Russland kann sehr leicht komplett in der historischen Versenkung verschwinden. Nach Syrien und Iran (denn dass die Atlantisten nach Syrien den Iran überfallen, ist sehr wahrscheinlich - die Analytiker nennen sogar bereits den Namen der Militäroperation, welche durch einen amerikanisch-israelischen Schlag gegen die Hisbollah beginnen soll: "Das Große Gewitter") kommen wahrscheinlich auch wir an die Reihe. Man kann also sagen: man schlägt Syrien (und den Iran), gezielt wird aber letztlich auf Russland. Die Vorbereitungen laufen bereits in allen Richtungen: die Lage im Nahen Osten, der "Raketenschild", die NATO-Osterweiterung und so weiter.

*Die Sache mit dem Raketenschild und der NATO-Osterweiterung ist klar. Aber wie hängen Syrien und der Iran konkret mit unserer Sicherheit zusammen?*

Sie sind unseren Grenzen und unserem Einflussgebiet - Transkaukasien und Zentralasien - sehr nahe. Wenn die derzeitigen Regimes in Damaskus und Teheran fallen, so wird sich die ganze Zone des von den Atlantisten "gesteuerten Chaos" von Mauretanien und dem Maghreb bis nach Kirgisien und dem Kaschmir erstrecken. Der Bogen der Instabilität wird sich wie ein Keil gegen das zentrale Eurasien vorschieben, von

wo aus die Atlantisten Russland und China schon direkt bedrohen. Vor allem aber Russland.

*Warum Russland vor allen anderen Dingen?*

Die zu erwartende Weltsystemkrise hebt die Bedeutung der Kontrolle über die Ressourcen ins Unermessliche. Die Bedeutung wird unter Bedingungen der prognostizierten geoklimatischen und geophysischen Katastrophe noch potenziert. Ich rede jetzt nicht von der mythologischen "globalen Erwärmung". Sondern vom durchaus prosaischen Abklingen des Golfstroms, der Umstellung der Nahrungsketten in den Weltozeanen (das passiert einmal in 11,5 - 12,5 Jahrtausenden), das sind Umbrüche eines planetaren Ausmaßes, die ungefähr zum Beginn des 20. Jahrhunderts einsetzen und etwa im ersten Drittel des 22. Jahrhunderts abgeschlossen sein werden. Unter solchen Krisenbedingungen und in der Welt nach einer solchen Krise ist die einzige stabile und Ressourcen aufweisende Region das nördliche Eurasien, also hauptsächlich das geographische Gebiet Russlands. Das macht unser Territorium zur wichtigsten geohistorischen Beute des 21. Jahrhunderts und der darauf folgenden Jahrhunderte. Die bekannten Russophoben Brzezinski, Albright und andere im Westen haben mehrfach ausgesagt: es sei ungerecht, dass Russland über ein solches Territorium und solche Ressourcen verfügt. Das solle der Weltgemeinschaft gehören - das heißt, den atlantischen Eliten, die in Logen, Clubs, Kommissionen, Orden und außerordentlichen Strukturen organisiert sind.

Allerdings braucht es dazu, die Kontrolle über das nördliche Eurasien zu gewinnen, ein Aufmarschgebiet dafür: Zentralasien. Die Amerikaner sind auch bereits vor Ort, doch vom durch sie kontrollierten Nahen Osten sind sie eben noch durch Syrien und den Iran von Zentralasien getrennt. Hier reißt die Zündschnur, die man in Nordafrika angesteckt hat, ab - bisher noch ab und erlischt. Ohne die Vernichtung dieser beiden Länder können die Atlantisten den Kampf ums nördliche Eurasien nicht angehen.

Sie betrachten Russland als Rohstoffquelle, China als Quelle für Arbeitskraft, das heißt, als etwas eigentlich Sekundäres. Und wenn sich dieses Sekundäre ihren Plänen entgegenstellt, macht sie das so ziemlich verrückt. Die Lösung der russischen und chinesischen Frage wird vom Westen gerade eben mithilfe des Islam, der Araber angegangen. Egal, ob das nun in Form des gesteuerten Chaos einer neuen arabischen Eroberung oder eines Kriegs zwischen Kalifat und Ungläubigen passiert. Dabei werden die Angelsachsen, getreu ihrer Tradition, größere Staaten und Völker gegeneinander aufhetzen, um diese zu schwächen oder gar zu vernichten (...)

Die Globalisten werden versuchen, die islamische Welt in eine Menge kleiner Einheiten zu zerschlagen, mit denen private Militärfirmen oder Konzernsöldner leicht zuzurande kommen, die Reste von Ressourcen aus ihnen herauspressen und sie anschlie-

ßend auf der Müllhalde der Geschichte entsorgen. Der Westen wird nur über Punkte mit Ressourcenkonzentration Kontrolle ausüben (zum Beispiel, heute schon Realität, über die fast 1.800 Kilometer lange Mittelmeerküste Libyens); das andere gibt man den Stämmen, Clans und kriminellen Syndikaten zur freien Verfügung, von denen jeder sein Stück und Stückchen kontrollieren wird. (...)

*Was sollte Russland denn in der dramatischen Situation, die sich um Syrien aufbaut, unternehmen?*

Das, was Russland bereits tut - nämlich Syrien bis Anschlag unterstützen, es nicht zulassen, dass man es zerdrückt. Wir haben bereits Einheiten der Kriegsmarine entsandt, kein großes Kontingent, aber besser als gar nichts. Und wenn man schon Krieg führt, tut man das besser nicht durch Quantität, sondern durch Können. Weiter. Am 7. Juni gab es Raketentests zweier ballistischer Interkontinentalraketen: eines "Topol" (das haben wir bestätigt) und einer "Bulawa" (das haben wir nicht bestätigt, aber die Amerikaner bestehen zumindest darauf, dass es einen solchen Start gegeben hat). Das ist ein gewisses Zeichen. Denn Russland ist trotz aller Militärreformen immer noch eine Nuklearmacht, und wir sind es, nicht so sehr die Chinesen, die von den Amerikanern immer schon als Hauptfeind gesehen wurden, das tun sie immer noch und werden es auch weiter tun. Unsere Diplomaten tun ihre Arbeit. Es hat mir gefallen, wie Witali Tschurkin mit dem Botschafter des Katar gesprochen hat, ich stelle mit einiger Genugtuung die Ohnmacht in der Bosheit der Madame Clinton und einiger niederer Offizieller des State Department fest, die sie gegen unsere Führung demonstrieren. Es ist zu begrüßen, dass die syrische Luftabwehr bereits 18 Einheiten unserer "Buk-M2"-Raketensysteme und 36 Einheiten unserer Luftabwehrraketen-Systeme vom Typ "Panzir S1" erhalten hat; dazu stehen Lieferungen von S-300-Systemen und Mi-25-Hubschraubern aus.

Ich rechne sehr mit dem Selbsterhaltungstrieb der russischen Führung und damit, dass sie aus den tragischen Schicksalen Milosevics, Saddam Husseins und Gaddafis die richtigen Schlüsse gezogen hat. Diese haben dem Westen einmal vertraut und das mit ihrem Leben bezahlt. Shakespeares Hamlet sagt von Rosenkranz und Gildenstern: "die beiden, denen ich wie Nattern traue". Man darf Nattern nicht trauen - sie beißen, und zwar tödlich, im banalen physischen Sinn dieses Worts. Oder sie versuchen zu beißen und nutzen dafür innere Probleme; von denen hat Russland wahrlich mehr als genug. Ist es denn Zufall, dass die Zusammenrottungen der "Weißen Schleifen" Ende 2011 - Anfang 2012 auf interessante Weise mit der Erklärung der russischen Führung zusammenfielen, hinsichtlich der syrischen Sache eine harte Position zu verfolgen? Sicher nicht. Und hier tritt das Problem der "Fünften Kolonne" mit aller Schärfe zutage, die sich bei uns im Verlauf des letzten Vierteljahrhunderts herangebildet hat.

Wir leben in einem Zeitalter des Krieges, welches mit der NATO-Aggression gegen Jugoslawien begonnen hat und das inzwischen mit denselben NATO-Stiefeln gegen die Pforten Syriens tritt. In solchen Zeiten muss man gemäß der Leitlinien von Kriegszeiten handeln. Noch nie ist es jemandem gelungen, einen äußeren Feind zu besiegen oder ihm auch nur zu widerstehen, ohne gleichzeitig oder vorher die "Fünfte Kolonne" unter Kontrolle gebracht zu haben; selbstverständlich legal, nur legal. Und schlussendlich bedarf es eines internationalen politischen und militärischen Bündnisses, das in der Lage wäre, den Aggressor zu bändigen und Sicherheit oder wenigstens eine Atempause von 8-10 Jahren zu verschaffen. In dieser Zeit kann Russland es schaffen, sich aufzuraffen und sich auf den Großen Krieg des 21. Jahrhunderts vorzubereiten - auf die letzte Große Jagd der Epoche des Kapitalismus, die leider höchstwahrscheinlich unvermeidbar ist. Sich darauf vorbereiten und dabei bestehen.

Nun, und für den Moment gilt es, den potentiellen Gegner möglichst fernab zu halten und die Schwachen darin zu unterstützen, diesen Gegner in der Ferne zu schlagen - das ist nicht nur strategisch richtig, sondern auch moralisch.

### **Lehren und Prognosen**

*Was sind die Lehren aus Libyen und Syrien für Russland?*

Zuallererst: vertraue niemals, unter keinen Umständen, der westlichen Führung. Sie wird uns immer als Hauptfeind betrachten, und zum Zeitpunkt unserer maximalen Schwäche, auf die sie selbst hinarbeitet, unerbittlich zuschlagen und versuchen, die "russische Frage" zu klären. Leonid Schebarschin sagte einmal: "Der Westen will von Russland nur eines. Dass es Russland nicht mehr gibt." Wie man die Schwachen beseitigt, haben wir am Beispiel Libyens erlebt. Wie man sich die Zähne an den stärkeren ausbeißt, sehen wir am Beispiel Syriens.

Das zweite: die libysche und syrische Variante der NATO-Aggression demonstrieren, wie sich die Ereignisse bei uns im Falle von militärischen Handlungen entwickeln werden: Krieg wird durch Söldner geführt, vor allem durch Araber, aber auch durch private Militärfirmen. Nach syrischem Muster wird man versuchen, den Kaukasus und die Wolgaregion zu destabilisieren: man besetzt eine Stadt oder einen Teil davon, Massaker, Anrufung der "Weltöffentlichkeit", welche auf Sanktionen, Kontrolle, Stützpunkte drängen wird (einen solchen haben wir bereits im Hinterland, nämlich die NATO-Nachschubbasis in Uljanowsk).

Das dritte: bei aller entscheidenden Rolle des äußeren Faktors spielt bei der Situation in Syrien der Zustand des "Objekts", auf das dieser Faktor gerichtet ist, eine äußerst bedeutsame Rolle: ein ineffizientes Regierungssystem, Korruption und so weiter, was alles in allem Angriffsfläche bietet. In dieser Hinsicht ist Russland auch sehr verwundbar: wir haben eine genauso ineffiziente Führung, Korruption, eine kriminali-

sierte Wirtschaft, eine enge Verflechtung unserer Wirtschaftsgrößen mit der Weltwirtschaft, folglich also auch eine Schicht pro-westlicher Compradores, dabei ein niedriges professionelles und moralisches Niveau der Oberschicht, das Vorherrschen von Interessen einzelner Clans über den Interessen des Landes. Vom Zerfall der Armee, der geistlichen und moralischen Krise ganz zu schweigen, ebenso von der "Abnutzung" des Humanpotentials eines bedeutenden Teils der Bevölkerung.

Es ist sicher wahr, dass eine äußere Bedrohung die Bevölkerung zusammenschweißen und mobilisieren kann, denn so ist es mit den Russen bisher immer gewesen, ob 1612, 1812 oder 1941. Das weiß der Gegner aber nur zu gut. In diesem Sinne ist der kürzliche Artikel Henry Kissingers zur Situation in Syrien sehr interessant: entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, alles klar auszudrücken, gibt es hier eine Menge an nebulösen Erörterungen, einschließlich der Erwähnung des Heiligen Römischen Reiches und wie man es letztlich zu Fall brachte. Doch wenn man die reine Logik dieses Texts verfolgt und exakt das formuliert, was einer der größten "Hintermänner" dieser Welt angedeutet hat, bekommt man folgendes. Der "alte Henry" warnt den Westen davor, einen solchen Druck auf Syrien auszuüben, dass er eine unnachgiebige Position Russlands zur Folge hätte und es zur Konfrontation mit dem Westen treibt. Denn das birgt die Gefahr, all das zu verlieren, was man sich in den letzten 20 Jahren an der Schwächung Russlands erarbeitet hat. Und diese Resultate sind wichtiger als Syrien. Kissinger, der alte Hund, geht der Sache absolut auf den Grund!

Tatsächlich kann eine Konfrontation mit dem Westen die Situation in Russland grundlegend ändern, und zwar in allen sozialen Schichten, vor allem aber in der Oberschicht, die nicht nur verstehen, sondern am eigenen Leib spüren wird, dass die westliche Elite sie niemals in ihre Kreise aufnehmen wird, sondern dass sie ganz im Gegenteil früher oder später von ihr gefressen wird. Wenn das aber so ist, so ist ein wesentlicher Kurswechsel nötig, wenigstens, um Reichtümer, Status und Leben zu bewahren. Die Beispiele solcher doch pro-westlicher arabischer Führer wie Ben Ali oder Mubarak demonstrieren doch den Wahrheitsgehalt der These des herausragenden russischen Geopolitikers Alexej Jedrichin-Wandam: *"Schlimmer als die Feindschaft mit den Angelsachsen kann nur eines sein: die Freundschaft mit ihnen"*. (...)

Prof. Andrej Iljitsch Fursow

*Quelle: Arbeitskreis für Friedenspolitik, Mitgliederrundbrief Herbst/Winter 2012/13;  
Rudolf-Andreas Palmer, Gardeschützenweg 27/29, 12203 Berlin;  
Ursprung: KP.ru*

## Der Imperialismus der EU/BRD

### ***Frank Flegel: Der Euro soll weltweite Leitwährung werden. Thesen zur aktuellen Entwicklung der inner-imperialistischen Konkurrenz***

In der offen-siv-Ausgabe November-Dezember 2012 und auch in anderen Publikationen sind Einschätzungen der Währungspolitik der deutschen Bundesregierung zu lesen, die so klingen: *Es beweist sich einmal mehr, dass die Politikerkaste der Euro-Zone untauglich ist, weil sie (mit Ausnahmen) nur an sich, ihre Pfründe und ihr eigenes Wohlergehen denkt... (offen-siv Nov-Dez 2012, S.27)... Die Initiatoren des Euro (waren) der Wahnvorstellung unterlegen, die Gemeinschaftswährung würde die ihr angehörigen Länder zu einer mächtige Wirtschaftsmacht zusammenfügen...(ebenda, S.18) (Hervorhebungen: F.F.)*

Ich möchte diesen Analyseansätzen deutlich widersprechen Selbstverständlich ist die Politik der Bundesregierung - und nicht nur ihre - eine Politik, die Armut produziert, demokratische Rechte aushöhlt, die Lasten der imperialistischen Formierung und Aufrüstung auf die Schultern der „kleinen Leute“ abwälzt, all das ist richtig, aber all das tun sie doch nicht aus Dummheit oder weil sie verblendet sind, ganz im Gegenteil, ihr Tun nur folgerichtig! Wir haben es keinesfalls mit untauglichen Politikern zu tun, die Wahnvorstellungen anhängen. Nein, wir haben es mit Politikern zu tun, die exakt dem Marxschen Begriff des bürgerlichen Staates als „ideellem Gesamtkapitalisten“ entsprechen, wobei die FDP-Führung mehr bourgeoise Einzelinteressen durchzusetzen versucht, während die CDU-Führung mehr auf das kapitalistisch-imperialistische Gesamtinteresse der deutschen Bourgeoisie ausgerichtet ist; entscheidend aber ist, dass wir es mit Politikern zu tun haben, die den imperialistischen Konkurrenzkampf mit China und vor allem mit den USA organisieren, und das zielstrebig und beharrlich, Schritt für Schritt.

Hier möchte ich den Hintergrund der europäischen Währung im Zusammenhang der inner-imperialistischen Konkurrenz näher beleuchten.

#### **Die Weltleitwährung**

Zunächst: Was ist eine „Weltleitwährung“ und welche Vorteile hat sie für das Land, dessen Währung diese Leitwährung für die Welt stellt?

*„Als Leitwährung – oder Ankerwährung – bezeichnet man eine international bedeutende Währung, die daran bemessen werden kann, in welchem Maße sie von den Akteuren als Transaktions- und Reservewährung genutzt wird.“*

*Beispiele: Während des Bretton-Woods-Systems – von 1944 bis etwa 1973 – war der US-Dollar weltweite Ankerwährung. Die Deutsche Mark fungierte im Europäischen Währungssystem de facto – nicht de jure – als Ankerwährung.*

*Ankerwährungen sind oft Währungen des größten und dominierenden Handelspartners kleinerer Länder: Aktuell in Amerika der US-Dollar, in Europa der Euro, in Ostasien etwa der Yen.*<sup>32</sup>

Die Vorteile, die ein Land aus der Tatsache zieht, dass seine Währung Leitwährung für eine Region, möglichst aber für die Welt ist, sind beträchtlich:

1. Es fließen große Mengen der eigenen Währung als Zirkulationsmittel und Rechengeld (als Schattenwährung, als inoffizielle oder sogar als offizielle Haupt- oder Zweitwährung) in abhängigen Ländern des wirtschaftlichen Einflussgebietes; für Deutschland und die D-Mark (vor der Euro-Einführung) z.B. die ehemaligen sozialistischen Staaten Osteuropas und die nach dem Zerschlagen Jugoslawiens neu entstandenen Staaten auf dem Balkan – was dann selbstverständlich unmittelbar dem Euro zu Gute kam. Das bedeutet, dass das Land der Weltwährung ein relativ hohes Staatsdefizit fahren kann, ohne die Stabilität der eigenen Währung zu gefährden, weil permanent große Mengen der ausgegebenen Geldmenge in der Peripherie „verschwindet“.
2. Noch interessanter wird der Status der Weltleitwährung, wenn andere große Volkswirtschaften ihre Devisenreserven in dieser Währung anlegen, oder in marxistischen Termini: ein Land will einen Teil des bei ihm erwirtschafteten Mehrprodukts als Devisenreserve „in den Keller“ legen. Dafür eignet sich nur eine Weltleitwährung, denn diese Devisenreserven müssen unmittelbar und überall als Wertausdruck akzeptiert sein. Dies Land tauscht also reales, selbst produziertes Mehrprodukt gegen Papierzettel bzw. Rechengeld. Das Land, welches die Leitwährung stellt, erhält also für relativ billig herzustellendes Papier reale Werte. Je größer der Umfang dieser Geschäfte, desto stabiler die eigene Weltleitwährung und desto größer der Gewinn.

Für beide das Land der Weltleitwährung direkt bevorteilenden Funktionen gilt eine wesentliche Voraussetzung: die Währung muss stabil sein und die Anleger müssen das Vertrauen haben, dass das auch so bleibt. Die innerimperialistischen Kämpfe um die Weltleitwährung gingen deshalb auch immer mit den Versuchen einher, die konkurrierende Währung zu destabilisieren (exemplarisch am Beispiel des Ringens zwischen englischem Pfund und amerikanischem Dollar in der Zeit der 20er bis in die 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts – siehe unten).

---

<sup>32</sup> <http://www.wikipedia.org>



## Geschichtliches

*„Historische Beispiele für Leitwährungen sind:  
die griechische Drachme (5. Jahrhundert vor Christus),  
indische Silbermünzen ("Punch marked coins"; 4. Jahrhundert),  
der römische Denarius,  
der Byzantinische Solidus,  
der Arabische Dinar (Mittelalter),  
der Rheinische Gulden (Mittelalter),  
der venezianische Dukat (oder Dukaten – Renaissance),  
der Niederländische Gulden und  
in jüngerer Zeit das Britische Pfund.“<sup>33</sup>*

Der Prozess der Ablösung einer Weltleitwährung hat als Ursache stets das dem Imperialismus innewohnende Gesetz der ungleichen Entwicklung, d.h. die Führungszentren des Imperialismus wechseln in historischer Abfolge je nach den oft sehr dynamischen ökonomischen und geostrategische Entwicklungen. Die dann notwendige Ablösung einer Währung kann sehr unterschiedlich erfolgen: entweder abrupt durch Kriege, durch andere, die Kräfteverhältnisse erschütternde Vorgänge oder auch im langen, zähen Prozess, der dann durchaus Jahrzehnte in Anspruch nehmen kann, wie der Kampf zwischen englischem Pfund und US-amerikanischem Dollar zeigt.

*„Laut dem Ökonomen Barry Eichengreen liegt der Hauptgrund der letzten Ablösung an der wirtschaftlich bedingten kontinuierlichen Abwertung des Pfunds, verbunden mit einer im Vergleich zum Dollar hohen Inflation. Diese lag in Großbritannien über die ersten 75 Jahre des 20. Jahrhunderts rund dreimal so hoch wie in den USA. ...*

*Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde das Pfund Sterling endgültig vom US-Dollar als Leitwährung abgelöst. Offiziell anerkannt wurde der US-Dollar als Leitwährung durch das Bretton-Woods-System im Jahr 1944. An der Bretton-Woods-Konferenz beteiligten sich 44 Staaten. Dabei wurden insbesondere zwei Vorschläge, auf der einen Seite von John M. Keynes, der für die britische Variante eintrat, und auf der anderen Seite von Harry D. White aus Amerika diskutiert. England befand sich durch den Krieg und die anfallenden Kosten in der ungünstigen Lage, hohe Schulden und ein enormes Außenhandelsdefizit zu besitzen. Mit der Durchsetzung von Whites Plan wurde der US-Dollar als Ankerwährung an Gold gebunden (35 US-Dollar/Unze). Außerdem legte er fixe Wechselkurse zu anderen Währungen fest. 1967 wurde das Pfund Sterling abgewertet. In Großbritannien verlief das Wachstum der Produktion im europäischen Vergleich eher langsam. Am 18. November 1967 verlor*

---

<sup>33</sup> ebenda

das Pfund Sterling 17 Prozent an Wert, da die britische Regierung deflationäre Maßnahmen, die der Internationale Währungsfonds für eine Ausweitung der Kreditvergabe verlangte, nicht akzeptieren wollte.“<sup>34</sup>

Dass der Internationale Währungsfonds von den USA dominiert wurde, sie hier nur am Rande erwähnt. Damit war es vorbei mit der Leitfunktion des Pfundes, allerdings brach einige Jahre später auch „Bretton-Woods“ und damit die festgeschriebene Vorherrschaft des Dollar zusammen. Grund: die USA konnten die Golddeckung des Dollars nicht mehr aufrecht erhalten.

### Die aktuelle Situation der inner-imperialistischen Konkurrenz

„Derzeit (Stand 2011) ist der US-Dollar die weltweit wichtigste Leitwährung. Der Euro wurde zweite Leitwährung hinter dem US-Dollar; Britisches Pfund und Yen konkurrieren um den "dritten Platz".“<sup>35</sup>

Diese Einschätzung gibt den Ist-Stand zwar richtig wieder, verschweigt aber das Konkurrieren und Kämpfen hinter den Kulissen, das schon seit mehreren Jahrzehnten anhält. Dazu einige Zahlen:

### International gebräuchliche Reservewährungen = Anteil der Währungen an internationalen Devisenreserven

Angaben in Prozent

Währung	1970	1976	1980	1984	1995	1996	1997	1998
US-Dollar	77,2	76,6	67,2	65,8	59,0	62,1	65,2	69,3
Euro	-	-	-	-	-	-	-	-
DM	1,9	8,8	14,8	12,1	15,8	14,7	14,5	13,8
Brit. Pfund	10,4	1,9	2,9	2,8	2,1	2,7	2,6	2,7
Yen	-	2,1	4,3	5,4	6,8	6,7	5,8	6,2
Franz. Franc	1,1	1,6	1,7	1,0	2,4	1,8	1,4	1,6
Schw. Franken	0,7	2,2	3,2	2,0	0,3	0,2	0,4	0,3
andere	8,7	6,8	5,9	10,9	13,6	11,7	10,2	6,1

  

Währung	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
US-Dollar	70,9	70,5	70,7	66,5	65,8	65,9	66,4	65,5

<sup>34</sup> ebenda

<sup>35</sup> ebenda

Euro	17,9	18,8	19,8	24,2	25,3	24,9	24,3	25,1
Brit. Pfund	2,9	2,8	2,7	2,9	2,6	3,3	3,6	4,4
Yen	6,4	6,3	5,2	4,5	4,1	3,9	3,7	3,1
Schw. Franken	0,2	0,3	0,3	0,4	0,2	0,2	0,1	0,2
andere	1,6	1,4	1,2	1,4	1,9	1,8	1,9	1,8

Währung	2007	2008	2009	2010	2011
US-Dollar	64,1	64,1	62,1	61,8	62,1
Euro	26,3	26,4	27,6	26,0	25,0
Brit. Pfund	4,7	4,0	4,3	3,9	3,8
Yen	2,9	3,1	2,9	3,7	3,5
Schw. Franken	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
andere	1,8	2,2	3,1	4,4	5,3

(Quellen: 1970-1984: Bank für internationalen Zahlungsausgleich (The evolution of reserve currency diversification, Dec. 1986 // 1999-2005: Europäische Zentralbank (The accumulation of foreign reserves, Occasional paper series, Nr. 43 // 1995-2012: Internationaler Währungsfonds (Currency composition of official foreign exchange reserves)

Interessant ist die Entwicklung Europas: haben der französische Franc und die Deutsche Mark im Jahr 1970 einen Anteil an den internationalen Reservewährungen von zusammen 3%, sind es 1980 schon 16,5%, wobei der Franc nur 0,6% Zuwachs hatte, die DM hingegen einen selbigen von 12,9%. Bis zur Euro-Einführung hat sich an dieser Marge wenig geändert: 1998 kommen DM und Franc auf einen Anteil von 15,4% an den internationalen Devisenreserven. Mit der Einführung des Euro entsteht eine sehr dynamische Veränderung: Im Jahr 2000 steht man bei 18,8%, im Jahr 2005 bei 24,3% und im Jahr 2010 bei 26,0%. Der US-Dollar verlor als Währungsreserve im gleichen Zeitraum rund 13%. Gleichzeitig verschoben sich die Wechselkurse zwischen US-Dollar und Euro stark zugunsten des Euro: von Oktober 2002 bis November 2007 verlor der US-Dollar rund 67% seines Wertes gegenüber dem Euro!

Europa unter der Führung des BRD-Imperialismus bläst zum Angriff auf die USA, hier zunächst auf die weltweite Vorherrschaft des US-Dollars als Leitwährung und Devisenreserve.

*„Es hat sich erwiesen, dass der Dollar keinen stabilen Werterhalt garantieren kann, was die Grundvoraussetzung für eine stabile Weltreservewährung ist«, heißt es im U.N. World Economic and Social Survey 2010. Entwicklungsländer seien von dem Wertverlust des Dollars in den letzten Jahren stark betroffen worden. »Teilweise durch die Suche nach Sicherheit gegen die Schwankungen bei Gütern, Rohstoffe und*

*Kapitalflüssen haben viele Entwicklungsländer in den vergangenen zehn Jahren große Mengen der Weltleitwährung angehäuft.« (...)*

*Bisher standen die USA an erster Stelle. Der UN-Bericht zeigt, dass eine gravierende Verschiebung eingetreten ist.*

*»Eine neue Weltreservewährung könnte geschaffen werden, eine, die sich nicht länger auf den US Dollar als Weltleitwährung stützt«, lautet der Vorschlag des am 29. Juni 2010 veröffentlichten Berichts, dessen Fokus darauf liegt, »die globale Entwicklung mit neuem Werkzeug auszustatten«.*

*Das neue Reservesystem müsse nicht auf einer einzigen Währung aufgebaut sein. (...)<sup>36</sup>*

Ein kurzer Überblick über die unterschiedlichen Vorstellungen und Vorschläge der unterschiedlichen Machtzentren:

**„Dezember 2007:** *Sieben Staaten erwägen eine generelle Abkehr vom Dollar, unter ihnen enge Verbündete der Vereinigten Staaten wie Saudi-Arabien, aber auch Gegner wie die Islamische Republik Iran und Sudan.*

**Juni 2009:** *Das Handelsblatt berichtet: »Russland befeuert Debatte um neue Weltleitwährung. (...) Russland hält einen Aufstieg des chinesischen Yuan als Alternative zum US-Dollar für möglich.«*

*Der Präsident der UNO-Vollversammlung, Miguel d' Escoto, kämpft darum, dass sich die für den 1. bis 3. Juni 2009 geplante UNO-Konferenz zur Weltwirtschaftskrise für die Ablösung des Dollar als Reservewährung einsetzt. In einem Entwurf für das Abschlussdokument des Gipfeltreffens wird ein neues System der internationalen Währungsreserven gefordert. Der Gipfel wird kurzfristig auf den 24. bis 26. Juni 2009 verschoben. Er verlief dann ohne besondere Ergebnisse.*

**Juli 2009:** *China und Frankreich machen sich für eine Debatte über das Währungssystem stark.*

*Der russische Präsident Dimitri Medwedew untermalt die Forderung Moskaus nach einer supranationalen Währung, die den Dollar ersetzen soll, mit einer drastischen Geste. Auf dem G8-Gipfel im italienischen L' Aquila Anfang Juli zieht er eine Münze aus der Tasche, die den Prototyp einer »künftigen Weltwährung« darstellen soll.*

---

<sup>36</sup> <http://info.kopp-verlag.de>, Artikel von Brigitte Hamann: Weltleitwährung Dollar reif für den Sondermüll.

**September 2009:** Die UNO widmet ein ganzes Kapitel des UNCTAD-Berichts dem Vorschlag, der Dollar solle durch eine neue Weltleitwährung ersetzt werden. Zum ersten Mal hat damit eine große, multinationale Institution eine radikale Generalüberholung des Weltwährungssystems vorgeschlagen.

Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinedschad ordnet an, dass die Einnahmen des staatlichen Oil Stabilisation Funds (OSF) in Euro statt in Dollar<sup>37</sup> bezahlt werden.

**Oktober 2009:** Die britische Zeitung The Independent berichtet auf ihrer Internetseite, die Golfstaaten würden erwägen, den US-Dollar im Rohölhandel durch einen Währungskorb aus Yen, Yuan, Euro und Gold zu ersetzen. Geheime Gespräche mit Russland, China, Japan und Frankreich soll es bereits geben. Diese Nachricht wurde von dem Chef der saudi-arabischen Notenbank, Mohammed al-Dschasser, demontiert.

**Januar 2010:** Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos fordert der französische Präsident Nicholas Sarkozy den Umbau des Weltfinanzsystems. Laut Sarkozy werde Frankreich, das im kommenden Jahr den Vorsitz der G20 übernimmt, »ein neues Bretton Woods« anregen.

**Juni 2010:** Der russische Präsident Dimitri Medwedew macht einen weiteren Vorstoß, die Vorherrschaft des Dollars zu beschneiden und den Rubel als eine der zukünftigen Weltleitwährungen einzusetzen.“<sup>38</sup>

Damit sollte deutlich geworden sein, welche wichtige, ja unverzichtbare Rolle der Euro für den EU-Imperialismus und damit selbstverständlich erst recht für den BRD-Imperialismus spielt. Die bürgerlichen Politiker, die den Euro auf Biegen und Brechen durchgesetzt haben und mit der gleichen Härte verteidigt haben und ihn weiter verteidigen werden, sind weder unfähig, noch leiden sie unter Wahnvorstellungen. Nein, sie bereiten nur mit Plan und Kraft die nächste große inner-imperialistische Auseinandersetzung um die weltweite Führung im kapitalistisch-imperialistischen System vor. Die Frage des Euro ist eine Frage des Angriffs auf die US-amerikanische Vorherrschaft auf staatlich-ökonomischem Gebiet. Der viel zitierten und wenig begriffene Euro-Rettungsschirm spielt dabei eine wichtige Rolle, allerdings nicht so, wie manchmal dargestellt, nämlich als Schuldenmachen ohne Ende, Fass ohne Boden oder gar als „Hilfe“ für die betroffenen Staaten: nein, es geht um das direkte Gegenteil. Früher konnten alle europäischen Staaten, also auch die heute vom „Rettungs-

---

<sup>37</sup> Nebenbei bemerkt: es wird kolportiert, dass Saddam Hussein vor dem Angriff der USA auf sein Land Gleiches für den Irak verkündet hatte.

<sup>38</sup> ebenda

schirm“ heimgesuchten oder bedrohten Staaten wie Griechenland, Portugal, Spanien oder auch Italien in Zeiten knapper Staatskassen (dass diese immer knapper werden, ist selbstverständlich politisch gewollt, denn die Steuerpolitik des so genannten „Neoliberalismus“ hat das Großkapital wesentlich entlastet, was einer direkten Subventionierung der Profite entspricht, und die Kürzungen am anderen Ende der Gesellschaft, also bei Bildung, Arbeitslosenunterstützung, Renten, Gesundheitssystem usw. fangen diese riesigen Einnahmeausfälle nicht auf) ohne irgendjemanden fragen zu müssen bei ihrer eigenen staatlichen Notenbank Kredite aufnehmen, salopp formuliert: sie konnten auf eigene Kappe die Notenpresse anwerfen. Das führt im allgemeinen zu kleineren oder auch etwas größeren Inflationsraten der nationalen Währung (so waren in Italien die Löhne zeitweise an die Inflationsentwicklung gekoppelt). Damit ist seit Einführung des Euro Schluss. Die Geldemission bestimmt nun die Europäische Zentralbank und nicht mehr die jeweilige Regierung des jeweiligen Nationalstaates. Und eins ist klar: Wenn der Euro Weltleitwährung werden soll und dafür natürlich den US-Dollar angreifen muss, dann ist Stabilität das oberste Gesetz. Um dieser Stabilitätsvorgabe des Euro zu genügen, zwingt man die Länder, deren Staatshaushalt zu defizitär sind, unter den Euro-Rettungsschirm, man hebt die nationale Souveränität dieses Staates - zumindest was die Finanz- und Haushaltspolitik angeht - komplett aus und macht eindeutige Stabilitäts- d.h. Sparvorgaben.

Wer die Zeche zahlt, ist klar: die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen, die Kranken, die Rentner, denen sowohl die individuellen Überlebensmittel gekürzt als auch die Institutionen der soziale Infrastruktur (öffentliche Einrichtungen der Bildung, der Gesundheit, der Kultur usw.) weggenommen werden.

Es muss uns klar sein: BRD- und EU-Imperialismus rüsten für einen Kampf um die Weltherrschaft.

In diesem Artikel wurde allein der währungspolitische Aspekt betrachtet. Im nächsten Heft der offen-siv werden wir uns die militärischen Verhältnisse genauer ansehen. Der in diesem Heft abgedruckte Artikel über die Geschichte der NATO ist in diesem Zusammenhang schon ein guter Anfang, allerdings müssen sowohl der schon geschene Aufbau eines eigenständigen, von der NATO unabhängigen europäischen und deutschen Rüstungs- und Militärprogramms wie auch die vorhandenen dementsprechenden Zukunftsplanungen flankierend zum genannten Artikel genauer untersucht werden.

Frank Flegel

## **Gerald Oberansmayr: Orwell'scher Friedensnobelpreis**

*George Orwell charakterisierte in seinem berühmten Roman "1984" die Propaganda-floskeln autoritärer Regime: "Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei und Unwissenheit ist Stärke." Seit heute kann man ergänzen: "Und der Militärpakt EU ist eine Friedensmacht".*

Die Vergabe des Friedensnobelpreises an die EU weist mindestens ebensolche Orwell'schen Dimensionen auf wie die Vergabe dieses Preises an US-Präsident Obama, der den Krieg der USA gegen Afghanistan und Pakistan intensiviert, gemeinsam mit EU-Mächten Libyen zerbombte und unter dem die Rüstungsausgaben auf ein Allzeithoch hinauswuchsen. Der "Friedensnobelpreis" für die EU ist von einer ähnlich zynisch-grausamen Dimension.

### **Die Geburtsurkunde des "Friedensnobelpreisträgers": Völkerrechtswidriger Angriffskrieg**

Schon die "Geburtsstunde" der EU wurde mit Krieg geschrieben: Dem Krieg in und gegen Jugoslawien. Die rasche Anerkennung der Abspaltung von Republiken ohne Klärung von Minderheitenrechte musste zur blutigen Eskalation am Balkan führen. Jeder wusste das. Die EU exekutierte das - auf massiven Druck Berlins. Horst Teltchik, Außenpolitik-Berater von Kanzler Kohl, dazu: *"Es klingt brutal und zynisch, aber vielleicht brauchen wir weitere Krisen wie in Jugoslawien, damit Europa enger zusammenwächst und zu einer gemeinsamen Politik findet."*<sup>39</sup> Das völkerrechtswidrige 78-tägige NATO-Bombardement Jugoslawiens im Frühjahr 1999 mit tausenden Toten und Verstümmelten, der massiven Zerstörung ziviler Infrastrukturen und der Vergiftung des Landes durch Bomben aus abgereichertem Uran, feierte der deutsche Kanzler Schröder schließlich als die "Gründung" des heutigen "Friedensnobelpreisträgers": *"Mit seiner Intervention auf dem Balkan hat das atlantische Europa eine neue Seite in der Weltgeschichte aufgeschlagen. (...) So wird Europa zum Europa der Menschen. (...) Dies ist ein Gründungsakt, und wie stets geschieht ein solcher Akt nicht im Jubel, sondern im Schmerz."*<sup>40</sup>

Seither geht die Militarisierung der EU *"mit Lichtgeschwindigkeit"*<sup>41</sup> voran, wie der "Hohe Beauftragte für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik" Javier Solana im Jahr 2000 freudig vermerkte. Hier ein kleiner Auszug:

---

<sup>39</sup> Wirtschaftswoche, 6.12.1991

<sup>40</sup> Regierungserklärung zum Stand der deutschen Einheit vor dem Deutschen Bundestag, 19.4.1999

<sup>41</sup> Tagesspiegel, 14.7.2000

### **Der "Friedensnobelpreisträger" will "anspruchsvolle Kriege wagen"**

Mit dem "Headlinegoals 2003" (ab 1999) wurde der Startschuss zur Schaffung einer eigenen EU-Interventionstruppe in der Größe von 60.000 Mann/Frau (inkl. Bereitschaft: 180.000) gesetzt. Den Einsatzradius definierte der EU-Rat mit einem sog. "*Hinterhofradius*" von 4.000 km rund um die EU, also die rohstoffreichen Regionen Nord- und Zentralafrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens. Im "EU-Headlinegoal 2010" (ab 2004) werden eine Reihe von "*Meilensteinen*" definiert, um der sog. "*netzwerkszentrierten Kriegsführung*" der USA nachzueifern, also die Land-, Luft- und Seestreitkräfte unter Zuhilfenahme des Weltraums zu einer hochtechnologischen "*Blitzkriegsstrategie*" nach dem "*Vorbild*" des Jugoslawien-, Afghanistan- und Irak-Krieges zu bündeln.

Das EU-Institut für Sicherheitsstudien umreißt die EU-Ambitionen folgendermaßen: "*Die anspruchsvollste Aufgabe ist die Machtprojektion, die aus der Kombination von Luftschlägen, Landangriffen und amphibischen Operationen besteht.*"<sup>42</sup> Daran wird seither eifrig gearbeitet. Dazu gehört die Aufstellung sog. EU-Schlachtgruppen ("battle-groups"), die "Schnelle Kavallerie" für die modernen High-Tech-Kriege, die "*am Boden ein Klima für den Einsatz weiterer Truppen schaffen*" sollen (Eupolitix.com, 5.4.2004).

Von größter Bedeutung für die neue Form des Krieges ist dabei die Schaffung von Transportkapazitäten zur Luft und zur See, um Soldaten und Kriegsgerät innerhalb kurzer Zeit über weite Strecken zum Einsatz bringen zu können, und die Militarisierung des Weltraums (militärisch nutzbare Satellitenaufklärungs- und -navigationssysteme (Galileo, GMES). Dazu kommen hektische Rüstungsaktivitäten auf nahezu allen Gebieten: Kampfbomber (Eurofighter, Rafale), Kampfhubschrauber, Marschflugkörper, Drohnen, neue Flugzeugträger, Fregatten und U-Boote, uvm.

Ziel dieses Aufrüstungsprozesses sei es, die Fähigkeit zu erlangen, "*Kriege in einem anspruchsvollen Szenario zu wagen und zu gewinnen.*"<sup>43</sup> Zumindest Krieg "*in der Größenordnung des Golfkriegs von 1990/91*"<sup>44</sup> soll die EU in Zukunft auch im Alleingang bewältigen können, so das EU-Institut für Sicherheitsstudien. Zur Erinnerung: In diesem Krieg wurden innerhalb weniger Wochen hunderttausende IrakerInnen getötet.

---

<sup>42</sup> EU-Institut für Sicherheitsstudien, European Defence – A proposal for a White Paper, Mai 2004

<sup>43</sup> ebenda

<sup>44</sup> ebenda



### **Der "Friedensnobelpreisträger" ist Nr. 1 beim globalen Kriegswaffenexport**

Die EU treibt die Bündelung der rüstungsindustriellen Kapazitäten voran; z.B. durch die Fusionierung von Aerospaciale Matra und der Daimler-Tochter DASA zum deutsch-französischen Rüstungsriesen EADS, nachfrageseitig durch die Etablierung der sog. EU-Verteidigungsagentur. Die EU-Rüstungsindustrie erlebt durch Aufrüstung in den EU-Staaten ein "goldenes Jahrzehnt". Die vier größten EU-Rüstungsunternehmen BAe-Systems, EADS, Thales und Finmeccanica konnten im abgelaufenen Jahrzehnt ihre Rüstungsumsätze um 170% steigern. Selbst in der Krise konnten sie ihre Umsätze noch steigern. In Summe hatten diese Konzerne Ende 2010 Rüstungsaufträge von 176,6 Milliarden Euro in ihren Büchern. Zum Vergleich: Das übertrifft deutlich das Bruttoinlandsprodukt von Ländern wie Portugal oder Irland. Die Rüstungsprofite aller EU-Kriegswaffenkonzerne sind zwischen 2001 und 2010 um das fast 2 ½-fache gestiegen. Schon jetzt hat sich der "Friedensnobelpreisträger" EU vor den USA und Russland an die Weltspitze beim Kriegswaffenexport geschoben.<sup>45</sup>

### **Der "Friedensnobelpreisträger" macht Abrüstungsbefürworter zu Verfassungsfeinden**

Mit dem EU-Vertrag von Lissabon (2009) erhält die EU eine - wohl weltweit einzigartige - Militärverfassung: Permanente Aufrüstung ("Schrittweise Verbesserung der militärischen Fähigkeiten") wird zur Pflicht erklärt (Art. 41, Abs. 3, VEU). Friedensbewegungen, die für Abrüstung eintreten, werden damit zu Verfassungsfeinden! Damit dieser Aufrüstungs-Artikel kein Papiertiger bleibt, wird ein eigenes EU-Rüstungsamt (EU-Verteidigungsagentur) geschaffen, zur dessen Aufgabe die Überwachung und Kontrolle dieser Aufrüstungsverpflichtung zählt. Außerdem erhält der EU-Rat das Mandat für weltweite Militäreinsätze für den sog. "Anti-Terrorkampf" - auch ohne UN-Mandat (Artikel 43, VEU), in einer "Solidaritätsklausel" wird eine militärische Beistandspflicht formuliert, die nicht nur härter als die der NATO ist, sondern auch leicht für Militäreinsätze im Inneren der EU sowie für "Präventivkriege" (Krieg auf Verdacht) instrumentalisiert werden kann. (Art. 222, VAE)

Mit dem Lissabon-Vertrag wird auch die Möglichkeit einer sog. "Ständig Strukturierter Zusammenarbeit" (SSZ) geschaffen. Diese SSZ soll nur jene Staaten umfassen, die über "anspruchsvollere militärische Fähigkeiten verfügen" und zu "(Militär-)missionen mit höchsten Anforderungen" Gewehr bei Fuß stehen (Art. 42, Abs.3 Vertrag über die EU). Beim frischgebackenen "Friedensnobelpreisträger" sollen schließlich die das Sagen haben, die über die meisten Waffen verfügen und am entschlossensten sind, diese auch einzusetzen.

---

<sup>45</sup> [www.sipri.org](http://www.sipri.org)

### **Die Diplomatie des "Friedensnobelpreisträgers": "Von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern"**

Ebenfalls auf den Lissabon-Vertrag geht die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes unter der Führung des "Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik". Seine besondere Spezifik: militärische und zivile Außenpolitik werden untrennbar zusammengeschnürt, die Agenden von Außen- und Verteidigungsministerium in einer Megabehörde zusammengefasst. Damit soll - so EU-Staats- und Regierungschefs - sichergestellt werden, dass "alle einschlägigen Instrumente und Politiken der EU und der Mitgliedstaaten vollständig und auf kohärente Weise [...] im Dienste der strategischen Interessen der Europäischen Union eingesetzt werden."<sup>46</sup> Die deutsche Kanzlerin Merkel übersetzt das ins verständliche Formulierungen: "*Die zentrale außenpolitische Zielsetzung lautet, Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, dass damit den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.*"<sup>47</sup> Frau Merkel ist unbedingt eine Anwärterin für den Friedensnobelpreis.

### **Ambitionierter "Friedensnobelpreisträger": 19 Militäroperationen gleichzeitig**

Die EU unterstützt völkerrechtswidrige Angriffskriege wie den in Afghanistan, der bisher bis zu 100.000 Menschen das Leben gekostet hat; EU-Staaten stellen dort rd. ein Drittel der Besatzungssoldaten. Die EU-Staaten Frankreich und Großbritannien haben gemeinsam mit den USA den Krieg gegen Libyen im Vorjahr angeführt, der rd. 50.000 Menschen das Leben kostete. Eigenständige EU-Interventionen erweisen sich noch als mühsam, gewinnen aber an Bedeutung und Profil:

- etwa die EU-Besatzungsmission in Bosnien (seit 2003), wo die EU-Truppe dafür sorgt, dass der "Hohe Beauftragte" der westlichen Staatengemeinschaft als oberster Kolonialverwalter nahezu diktatorische Vollmachten ausüben kann;
- beim Militäreinsatz in der DR Kongo (2006), wo die EUFOR-Soldaten sicherstellten, dass sich Joseph Kabila bei den Wahlen durchsetzen konnte, da er als zuverlässiger Garant für die Interessen europäischer Konzerne beim Abbau strategischer Rohstoffe gilt;
- beim Einsatz in Tschad (2008), wo EUFOR dem im Bedrängnis geratenen Autokraten und Günstling Frankreich, Idriss Deby, half, sich an der Macht zu halten; Öl und Uran sind immer gute Argumente für eine EU-Mission;

---

<sup>46</sup> Schlussfolgerungen des Europäische Rates, Brüssel, 19.6.2010

<sup>47</sup> Rede auf der 40.Münchener Sicherheitskonferenz, 7.2.2004

- oder vor der Küste Somalias, wo seit 2008 EU-Kriegsschiffe patrouillieren ("Operation Atalanta" ), um jene "Piraten" zu bekämpfen, die man zuvor schaffend geholfen hat, indem europäische Fangflotten die Fischgründe am Horn von Afrika leerfischten und die einheimische Bevölkerung ihrer Lebensgrundlage beraubte.

Der Hunger des jüngsten "Friedensnobelpreisträgers" auf weitere Militärabenteuer ist beachtlich. Bereits auf dem Ratsgipfel im Dezember 2008 beschlossen die EU-Regierungen, Rüstungskapazitäten aufzubauen, um künftig bis zu 19 Einsätze im Rahmen der so genannten "Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" gleichzeitig (!) durchführen zu können - darunter je zwei "*hochintensive Kampfoperationen*" (Marke Libyen, Irak?) und zwei "*Stabilisierungsmissionen*" (Marke Afghanistan?).

#### **Prinzip des "Friedensnobelpreisträgers" nach außen: "Gesetz des Dschungels"**

Europäische Herrenmenschen wie Robert Cooper, Sonderbeauftragter der "Hohen Beauftragten für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik" Cathrine Asthon, erklären uns die dahinter stehenden Ambitionen: "*Wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen - Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.*"<sup>48</sup> Cooper nennt das "liberalen Imperialismus". Dieser Mann müsste ein Geheimtipp für das norwegische Friedensnobelpreiskomitee sein.

#### **Prinzip des "Friedensnobelpreisträgers" nach innen: "Überleben des Stärkeren"**

Die EU hat sich in ihren Grundlagenverträgen nicht nur zu permanenten Aufrüstung sondern auch zur "*offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb*" verpflichtet. Durch Freihandelsregime und Währungsunion wurde im letzten Jahrzehnt ein gnadenloser Wirtschaftskrieg zwischen den EU-Staaten entfacht. Der finnische Europa-Minister Alexander Stubb hat das so beschrieben: "*Der Euro ist im Grunde eine darwinistische Währung geworden. Es gilt das Prinzip vom Überleben des Stärkeren.*"<sup>49</sup> Die in diesem Wirtschaftskrieg Unterlegen werden nun unter "Vormundschaft" gestellt, sprich: ihnen werden drakonischer Sozialabbau, Privatisierung und die Ent-

---

<sup>48</sup> Robert Cooper, The Post-Modern State, in: Mark Leonhard (ed.), Re-Ordering the World, London 2002

<sup>49</sup> Rede am Europa College in Brügge, zit. Nach: Süddeutsche Zeitung, 19.11.2011

mündigung ihrer gewählten Parlamente diktiert. Nur bei Rüstungsausgaben soll möglichst nicht gespart werden.

Wer bei den neoliberalen Vorgaben nicht spurt, dem droht Ungemach. EU-Kommissionspräsident Barroso drohte protestierenden GewerkschafterInnen offen mit "Umstürzen" und dass "ihre Länder als Demokratien, wie wir sie kennen, verschwinden könnten, wenn sie die Sparpakete nicht ausführen." <sup>50</sup> Auch Barroso bringt sich für den nächsten Friedensnobelpreis ins Spiel.

#### **"Friedensnobelpreisträger" für Ersteinsatz von Atomwaffen**

USA und EU haben sich gemeinsam in der NATO darauf verständigt, einen sog. "Raketenabwehrschirm" zu schaffen. Dieser eindeutig gegen Russland und China gerichtete Raketenabwehrschirm soll helfen, die nukleare Erstschlagsfähigkeit der NATO zu garantieren. Damit droht eine weitere Runde des Wettrüstens und eine Neuauflage des Kalten Krieges. In einem Strategiepapier von ehemals hochrangigen EU- und US-Generälen heißt es denn auch unumwunden: "Der Ersteinsatz von Atomwaffen muss im Köcher der Eskalation bleiben ... Ein solches Konzept erfordert Eskalationsdominanz, die das volle Arsenal von Zuckerbrot und Peitsche nutzt - und zwar tatsächlich alle Instrumente der weichen und harten Macht, die von diplomatischen Protesten bis hin zum Einsatz von Atomwaffen reicht." <sup>51</sup>.

#### **"Friedensnobelpreisträger" mit tödlichem Grenzregime**

Die Außengrenzen der EU, insbesondere das Mittelmeer, entwickeln sich immer mehr zum Massengrab für Flüchtlinge. Bei einer Anhörung im EU-Parlament im Juli 2007 schätzten Fachleute, dass in den vergangenen zehn Jahren etwa 10.000 Menschen auf der Überfahrt den Tod fanden. Zur Aufrechterhaltung dieses tödlichen Grenzregimes wird immer mehr Geld in die EU-Flüchtlingsabwehragentur FRONTEX gepumpt, einer quasi paramilitärischen Organisation, mit der der Krieg der EU gegen die Flüchtlinge Afrikas organisiert wird. Die Freihandelsverträge, die die EU den Ländern Afrikas aufzwingt, sind oftmals mitverantwortlich für die miserablen Lebensbedingungen, die die Menschen zur Flucht treiben. Auch denen, die den Sprung in die "Festung Europa" schaffen, wird das Leben immer unerträglicher gemacht. Demnächst will der "Friedensnobelpreisträger" EU eine Asylrichtlinie beschließen, die "Flüchtlinge tödsicher hinter Gitter bringt und jeden effektiven Rechtsschutz für Flüchtlinge unmöglich machen soll". (Michael Genner )

#### **Friedensnobelpreisträger will "Supermachts"-Armee**

---

<sup>50</sup> zit. Nach: Daily Mail, 10.7.2012

<sup>51</sup> Towards a Grand Strategy in an Uncertain World, CSIS, Lunteren, 2007

Der nächste Schritt der Militärmacht EU soll darin bestehen, die politischen und militärischen Strukturen weiter zu zentralisieren. Der Aufbau einer gemeinsamen EU-Armee soll es ermöglichen, die Zahl der für globale Kriege verfügbaren EU-Truppen auf permanent 100.000 Mann/Frau zu verdoppeln.<sup>52</sup> Eine solche Streitmacht diene - wie ein EU-Thinktank selbst aufrichtig erklärt - der Aufrechterhaltung der "globalen hierarchischen Klassengesellschaft". Die Machteliten wollen die EU-Armee als Instrument, "um Krieg auch dann kollektiv führen zu können, wenn es in keinem einzelnen EU-Mitgliedsland dafür eine Mehrheit gibt."<sup>53</sup> Eng damit in Verbindung steht der Umbau der Streitkräfte von Wehrpflichtigen- zu Berufsarmeen. James Rogers, Geostrategischer Berater des Europäischen Rates, über die mit dieser Militarisierung verbundene politische "Finalität" der Europäischen Union: "Kurz gesagt, die Europäische Union muss ein Superstaat und eine Supernation werden, was sie dann wiederum in die Lage versetzt, eine Supermacht zu werden."<sup>54</sup>(15)

Diese Auflistung könnte noch lange fortgesetzt werden. Es bleibt als Resümee: Der Friedensnobelpreis für die EU ist ebenso absurd und zynisch wie es derjenige für den US-Präsidenten gewesen ist. Es bleibt nur mehr, jene in Schutz zu nehmen, die diesen Preis bisher zu Recht für ihr Friedensengagement erhalten haben und es nicht verdienen, in einer Reihe mit Militaristen und Kriegstreibern genannt zu werden.

*Quelle: Arbeitskreis für Friedenspolitik, Mitgliederrundbrief Herbst/Winter 2012/13; Rudolf-Andreas Palmer, Gardeschützenweg 27/29, 12203 Berlin; Ursprung: Solidar Werkstatt Österreich, Waltherstr. 15, A-4020 Linz, Telefon: 0043-(0)732 / 77 10 94, Fax 0043-(0)732 / 79 73 91, E-Mail: [office@solidarwerkstatt.at](mailto:office@solidarwerkstatt.at), Internet: [www.solidarwerkstatt.at](http://www.solidarwerkstatt.at)*

---

<sup>52</sup> Prof. Dr. Jürgen Schnell, GenLt a.D., Universität der Bundeswehr München: Haushalte und Militärbudgets der EU-Mitgliedsstaaten vor dem Hintergrund der gegenwärtigen dramatischen Finanzlage – Einspareffekte und Effizienzsteigerung durch eine Europe-Armee?, 11.5.2011

<sup>53</sup> Alan Posener, Kommentarchef der konservativen „Welt“, in: Die Welt, 16.9.2007

<sup>54</sup> in: Rogers, James / Simón, Luis: The new 'long telegram'. Why we must re-found European integration, Group on Grand Strategy, Long Telegram No. 1 / Sommer 2011

## Probleme der Friedensbewegung

### ***Anneliese Fikentscher/Andreas Neumann*<sup>55</sup>: Die Friedensbewegung darf nicht zur Kriegsbewegung werden**

Es ist die Seite 14 der im Dezember 2009 erschienenen Ausgabe des „Friedensforums“, der „Zeitschrift der Friedensbewegung“, die sich mit dem Thema Iran befasst. Auf dieser Seite befinden sich zwei Artikel, eine „Erklärung von 40 engagierten Wissenschaftlern“ mit dem Titel „Die iranische Zivilgesellschaft schützen“ und ein kleinerer Artikel mit dem Titel „Katars Nahostpolitik“.

#### **Erklärung der Friedensbewegung**

Die Erklärung „Die iranische Zivilgesellschaft schützen“ erwähnt zwar - am Rande – die Bedrohung des Iran von außen, stellt aber die innenpolitische Situation im Iran in den Vordergrund der Betrachtung. Dabei werden Begriffe aus dem Vokabular des „Westens“ verwendet, z.B. „Atomkonflikt“ und „freie Wahlen“. Und es ist von der „genuinen Natur der Proteste der iranischen Demokratiebewegung“ die Rede.

Mit der Verwendung des Begriffs „Atomkonflikt“ wird dem Iran das „Streben“ nach Atomwaffen unterstellt. Es gibt aber objektiv betrachtet keinen Atomkonflikt, denn erwiesener Maßen enthält die Atompolitik des Iran – ob der Einsatz von Atomenergie zu begrüßen ist oder nicht, ist eine andere Frage – nichts. Was internationalen Verträgen zuwider laufen würde und damit unerlaubt wäre. Einen Atomkonflikt gäbe es mit Israel. Der wäre real, wird aber nicht thematisiert.

Mit der Forderung nach „freien Wahlen“ wird auf die Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 angespielt, und es wird unterstellt, die Wiederwahl Ahmadinedschads sei das Ergebnis von Wahlbetrug, wie es von den kapitalhörigen und auch von sich links nennenden Medien ohne jeden Beweis verbreitet worden ist.

Mit der Formulierung „Als Unterstützer der iranischen Zivilgesellschaft möchten wir die genuine Natur der Proteste der iranischen Demokratiebewegung betonen“ wird so getan, als gäbe es die Destabilisierungsversuche – insbesondere Israels und der

---

<sup>55</sup> Es gibt einige Auseinandersetzungen in der Friedensbewegung und in der Linken um Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann, so unterschiedliche Vorwürfe und Kritiken an einem gemeinsamen Auftritt beider mit der Band „Bandbreite“ und um eine gemeinsame Reise mit Jürgen Elsässer und anderen in den Iran. Fikentscher und Neumann distanzieren sich von irgendwelchen Querfrontbestrebungen. Deshalb können wir hier diesen Artikel bringen. Er zeigt in beispielhafter und sehr transparenter Form die Probleme der Friedensbewegung auf.

USA – nicht. Und es wird offensichtlich davon ausgegangen, dass die Proteste berechtigt waren. Wesentlicher Auslöser für die Proteste war aber die Verbreitung des unbelegten Vorwurfs des Wahlbetrugs.

Wenn es in diesem Zusammenhang in der Erklärung heißt, „*Gleichzeitig wenden wir uns gegen die unsachliche und vereinnahmende Darstellung der letzten Geschehnisse im Iran in einigen deutschen und internationalen Medien*“, können damit nur die wenigen Veröffentlichungen gemeint sein, die anerkennenswerter Weise die Einflussnahme von außen und insbesondere das Operieren mit dem Vorwurf des Wahlbetrugs als Mittel zum Schüren von Unruhen thematisiert haben. Genau diese wenigen kritischen Stimmen werden durch die Erklärung diskreditiert. Das ist erschreckend. Das ist der gleiche Tenor, wie er aus dem offenen Brief des Mitunterzeichners Mohssen Massarat vom 20.7.2009 spricht, in dem er einem Teil der Linken „*mangelnde Solidarität*“ mit dem „*großartigen Widerstand im Iran*“ vorwirft.<sup>56</sup>

Die Erklärung „Die iranische Zivilgesellschaft schützen“ verurteilt die Verhältnisse im Iran – mehr als die Sanktionen des Auslandes gegen das iranische Volk (wie es heißt). Es stellt sich die Frage, warum es der vom Krieg bedrohte Iran ist, der derart im Fokus der Betrachtung steht. Wieviele Staaten auf der Welt gibt es, deren innenpolitische Verhältnisse zu verurteilen wären und die trotzdem nur geringe Beachtung finden? Warum beispielsweise ist die von den USA `geduldete` verheerende Menschenrechtssituation mit Millionen Binnenflüchtlingen und einer traumatisierten Bevölkerung in Kolumbien nicht annähernd vergleichbar im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit? Wo bleibt hier der Sturm der Entrüstung?

Es sind 40 Namen als Unterzeichner der Erklärung aufgeführt. Streng genommen sind es 41, denn teils wird Kai Hafez und teils Bettina Bouresh als Unterzeichner bzw. Unterzeichnerin angegeben. Es erscheint unvorstellbar, dass alle 41 UnterzeichnerInnen tatsächlich hinter der Erklärung stehen. Auf Nachfrage haben einige von ihnen Stellung bezogen. Einer von ihnen sieht die Erklärung als Kompromiss und Zugeständnis an die bipolaren Diskursmuster, die implementiert werden (wer etwas gegen anti-iranische Hetze sagt, sei ein Freund der Regierung), sieht aber in der faktizierenden Bezeichnung „Atomkonflikt“ im nachhinein einen Fehler, der nicht hätte geschehen dürfen. Dagegen weist ein anderer Unterzeichner den westlichen Ursprung der Begriffe „Atomkonflikt“ und „freie Wahlen“ von sich. Ein weiterer Unterzeichner dagegen hat erkannt, dass auf die Opposition im Iran von außen – auch manipulativ – eingewirkt wurde und wird. Und er weiß, dass CIA, MI6 und Mossad ihre schmutzi-

---

<sup>56</sup> Erwidern auf und Analyse des offenen Briefes von Mohssen Massarat vom 19.7.2009 „an `die Linke` anlässlich ihrer mangelnden Solidarität mit der Volksbewegung im Iran“ (<http://www.arbeiterfotografie.com/iran/index-iran-0053.html>)

gen Finger im Spiel haben. Er sieht die Propaganda vom angeblichen Atomwaffenprogramm des Iran – wie sie in der Bezeichnung „Atomkonflikt“ zu Tage tritt – und die damit verbundene brennende Kriegsgefahr. Unterzeichnet hat er trotzdem, weil er die Forderungen nach Menschenrechten und Demokratie im Iran für berechtigt hält und er die Menschen im Iran nicht alleine lassen will. Die Aktivitäten der Geheimdienste würden ins Leere laufen, wenn es keine Demokratie- und Menschenrechtsdefizite im Iran gäbe. Des weiteren kamen folgende zwei Zuschriften von Unterzeichnern aus dem Bereich der Friedensbewegung: *„Die Erklärung gibt ziemlich exakt meine persönliche Meinung wieder, meine Sympathie gehört den Menschen, die für Demokratie und Freiheit gegen Unterdrückung – in welchem reaktionären Gewande auch immer – kämpfen. Die Siktatoren verabscheue ich zutiefst.“* (Orthographie unverändert) Und: *„Ja, diese Erklärung habe ich mit voller Absicht unterschrieben. Vielleicht sollten wir sie noch mehr verbreiten. Manche Formulierungen sind mir sogar etwas zu schwach. ... Die antiimperialistische 'Linke' ausserhalb des Iran ist hier mal wieder aufgrund der eigenen 'Logik' auf dem falschen Trip. Der Ansatz 'der Feind meines Feindes ist mein Freund' ist einfach falsch. Das Gesundbeten von Achmadenijad ist sehr unappetitlich.“*

Mohssen Massarrat, den wir schon der Veröffentlichung der Erklärung – an der er entscheidend mitgewirkt haben dürfte – angeschrieben hatten und nach Belegen für die Behauptung des Wahlbetruges gefragt hatten, ist und bis heute eine Antwort darauf schuldig geblieben. Stattdessen reagierte er mit dem oben erwähnten Offenen Brief, in dem er versucht, Stimmen der Aufklärung zu diskreditieren. Wenn aber die Behauptung vom Wahlbetrug der eigentliche Betrug ist, kippt die Annahme, Aktivitäten der Geheimdienste würden ins Leere laufen. Dann muss in Betracht gezogen werden, dass das In-die-Welt-Setzen der Behauptung vom Wahlbetrug eine Geheimdienstaktion war, mit der eine wesentliche Basis für Unruhen geschaffen werden sollte, dass es – wie so oft – einer Schaffung einer Sollbruchstelle zum Ansatz eines Hebels für einen Regime-Change ging – nicht mit dem Ziel der Demokratisierung, sondern mit dem Ziel der endgültigen Unterjochung eines noch unabhängigen Landes, das weltpolitisch einen wichtigen strategischen Baustein darstellt und über wirtschaftlich verlockende Bodenschätze verfügt.

Aber immerhin: es gab einen in der Friedensbewegung Aktiven, der zum Kreis der potentiellen Unterzeichner gehörte, der die Erklärung nicht mitgetragen hat. Für ihn war die Nicht-Erwähnung der Einflussnahme von außen, die einseitige Parteinahme für die 'grüne Bewegung' (im Iran) und die Verwendung der Bezeichnung 'Zivilgesellschaft' als Synonym für die Anti-Ahmadinedschad-Aktivisten nicht akzeptabel. Und dann ist da noch jemand, der als Unterzeichner geführt wird, aber von der Erklärung gar nichts wusste.



### **Verlautbarung der Bundesregierung**

Der zweite Artikel mit dem Titel „Katars Nahostpolitik“ auf Seite 14 des „Friedensforums“ stammt aus SWP-Aktuell, einer Publikation der „Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit“. Die Autoren sind Katja Niethammer und Guido Steinberg. Was ist die „Stiftung Wissenschaft und Politik“? Und wer sind die Autoren, die hier in der Zeitschrift der Friedensbewegung zu Worte kommen?

Die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ ist „*der größte außenpolitische Think-Tank Europas*“<sup>57</sup>, bezahlt aus Bundesmitteln (9,7 Mio Euro im Haushaltsjahr 2005) und der Bundesregierung nahe stehend. Katja Niethammer und Guido Steinberg schreiben regelmäßig für diese Stiftung. Katja Niethammer veröffentlicht auch in der Zeitschrift „Internationale Politik“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Ihr Präsident ist Dr. Arend Oetker (Chef der Oetker-Holding, aktiv für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM, ausgezeichnet durch die Konrad-Adenauer-Stiftung und bis 2005 Vorsitzender der Atlantik-Brücke). Guido Steinberg war von 2002 bis 2005 Referent im Referat Internationaler Terrorismus des Bundeskanzleramtes. Dieser Hintergrund wird im „Friedensforum“ mit keinem Wort erwähnt.

Es ist bemerkenswert, dass gewissermaßen die Bundesregierung sich eines Organs der Friedensbewegung bedienen kann. So können wir denn ohne jede Kommentierung lesen: „*Zum Schutz vor seinen Nachbarn Iran und Saudi-Arabien lehnt sich Katar militärisch eng an die USA an.*“

Damit wird suggeriert, der Iran stelle für Katar eine Bedrohung dar. Es lässt sich vermuten, dass die Bedrohung durch Atombomben des Iran gemeint ist. Nein, aus der Vermutung wird schnell Gewissheit, wenn wir auf der SWP-website uns den gesamten Artikel ansehen, der hier im „Friedensforum“ mit dem wiedergegebenen Anreißer gewissermaßen beworben wird. Dort ist zu lesen, die Regierung von Katar fürchte „*dass der Iran eine Atombombe entwickeln und eine aggressive Hegemonialpolitik in der Golfregion betreiben könnte.*“

Das ist die Verkehrung der realen Bedrohungssituation, wie sie allethalben zu finden ist und mit der die Kriegspläne gegen den Iran legitimiert werden sollen. Es wird so getan, als ginge eine Kriegsgefahr vom Iran aus. Es ist aber der Iran, der sich einer realen (Atom-)Kriegsgefahr ausgesetzt sehen muss.

### **Wo steht die Friedensbewegung?**

---

<sup>57</sup> siehe: Artikel „Volker Perthes wird Think-Tank Chef“ in: „Die Welt“, 5.1.2005

Die gegen den Iran gerichtete Propaganda enthält folgende wesentliche Behauptungen: der Iran entwickle Atomwaffen – um damit Israel von der Landkarte zu tilgen. Die Präsidentschaftswahlen vom Juni 2009 seien gefälscht und die folgenden – teils gewalttätigen – Unruhen damit gerechtfertigt. Über die Darstellung Irans als Bedrohung und die Delegitimierung des iranischen Präsidenten wird ein Feindbild konstruiert, dem die Veröffentlichung des „Friedensforums“ nichts entgegensetzt.

Im Gegenteil: Im Februar 2006 schreibt Mani Stenner - ohne in Betracht zu ziehen, dass daran etwas nicht stimmen könnte - von den „*unsäglichen anti-semitischen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad*“<sup>58</sup>. Die Fälschung der Äußerungen Ahmadinedschads durch Falschübersetzung (z.B. der Iran wolle Israel von der Landkarte tilgen oder der Holocaust sei ein Märchen) werden im „Friedensforum“ nicht zum Thema gemacht – trotz mehrfacher Angebote unsererseits an die Redaktion des „Friedensforums“.

Im August 2009 erhält Mohssen Massarrat Gelegenheit, im „Friedensforum“ – ohne jede kritische Reflexion – von der „*offensichtlichen Fälschung der Wahlergebnisse*“ zu schreiben.<sup>59</sup>

Dabei gäbe es fundierte Analysen – auch aus den Reihen der Friedensbewegung – die für Aufklärung sorgen könnten, z.B. im Blog von Joachim Guilliard<sup>60</sup>. Dort wird deutlich, dass es unterschiedliche, anonym verbreitete Ergebniszahlen gibt, die angeblich die `tatsächlichen` sein sollen, aber definitiv nicht gleichzeitig zutreffend sein können.

Nach einem Artikel von Martin Gehlen in der Frankfurter Rundschau haben „die anonymen Kreise des Innenministeriums“ Ahmadinedschad nicht wie bei Mohssen Massarrat 5,6 Millionen, sondern 10,5 Millionen Stimmen gegeben. Damit wird die Unglaubwürdigkeit dieser angeblich `tatsächlichen` Zahlen eklatant. Und es gibt Umfragen von US-Meinungsforschungsinstituten vor der Wahl<sup>61</sup> und nach der

---

<sup>58</sup> Artikel „Öl ins Feuer – Blickpunkt Irankonflikt: Ist die Eskalation noch zu stoppen?“ von Mani Stenner, Geschäftsführer des Netzwerkes Friedenskooperative, in: „Friedensforum“, Ausgabe Februar 2006 (<http://www.friedenskooperative.de/ff/ff09/1-11.htm>)

<sup>59</sup> Artikel „Beginn eines neuen Abschnitts in der Geschichte Irans – Reform durch Revolution“ von Mohssen Massarrat, Professor (i. R.) für Politik und Wirtschaft der Universität Osnabrück, in: „Friedensforum“, Ausgabe August 2009 (<http://www.friedenskooperative.de/ff/ff06/4-37.htm>)

<sup>60</sup> Artikel „Iran und die Wahlen- Ein kritischer Blick auf virulente, anonyme `Wahrheiten`“ von Chavi Dehdarian (aktiv in der Friedensbewegung Stuttgart) vom 18.7.2009 im Blog „Nachge-tragen“ von Joachim Guilliard ([hppt://jghd.twoday.net/stories/iran-wahlen-dehdarian](http://jghd.twoday.net/stories/iran-wahlen-dehdarian))

<sup>61</sup> Umfrage vom Washingtoner Meinungsforschungsinstitut „Terror Free Tomorrow – The Center of Public Opinion“ vom Mai 2009: 50% der befragten Iraner/innen, die sich bereits

Wahl<sup>62</sup>, die das offizielle Ergebnis<sup>63</sup> verifizieren und damit deutlich machen, wie abwegig die Behauptung vom Wahlbetrug ist.

Im Juni 2009 kann Otfried Nassauer, wesentlicher Lieferant von Informationen zum Thema Atomwaffen<sup>64</sup>, im „Friedensforum“ die Politik der USA bejubeln: „*Barack Obama hat die Vision einer besseren Zukunft. Sein politisches Gestaltungsprinzip ist die Hoffnung.*“ Obamas USA habe „*die Vision einer atomwaffenfreien Welt*“ – die „*Vision Null-Lösung*“<sup>65</sup>. Dass mit Obama eine `Lovemark`<sup>66</sup> geschaffen worden sein könnte, mit der die unverändert menschenverachtende Politik der USA nur hinter einem neuen Schleier der schönen Worte versteckt wird, zieht Otfried Nassauer nicht in Betracht.

Es müsste aber eine entscheidende Aufgabe der Friedensbewegung sein, der Entstehung von Kriegen entgegen zu wirken, indem sie die psychologische Vorbereitung der Massen durch die Kriegsplaner und ihre Medien analysiert.

Zu dieser Vorbereitung gehört ganz zentral der Aufbau von Feindbildern. Deshalb ist es entscheidend, diese Feindbilder im Vorhinein als solche zu demaskieren und damit einen Beitrag zur Verhinderung von Kriegen zu leisten.

Wenn es dagegen gelungen sein sollte, dieses Denken aus der Friedensbewegung herauszuhalten, können sich die Krieg planenden Mächte nur beglückwünschen. Sie

---

entschieden hatten, gaben an, Ahmadinedschad wählen zu wollen (27% waren noch unentschieden). (<http://www.terrorfreetomorrow.org/upimagestft/TFT%20Iran%20Survey%20Report%200609.pdf>)

<sup>62</sup> Studie des Washingtoner Meinungsforschungsinstituts WordPublicOpinion.org vom September 2009: 83% der befragten Iraner/innen bezeichnen die Präsidentschaftswahl von Juni 2009 als frei und fair, 55% geben an, Ahmadinedschad gewählt zu haben (26% beantworteten die Frage, wen sie gewählt haben, nicht ([http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/sep09/IranUS\\_Sep09\\_rpt.pdf](http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/sep09/IranUS_Sep09_rpt.pdf)))

<sup>63</sup> Laut offiziellem Wahlergebnis hat Ahmadinedschad 62,63% der abgegebenen Stimmen erhalten.

<sup>64</sup> Artikel „Atomwaffen und ihre Informationskanäle – Zur Medienberichterstattung über Atomwaffen in Deutschland“ von Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann vom 12.7.2008 (<http://www.arbeiterfotografie.com/medien/2008-07-10-atomwaffen-in-deutschland.html>)

<sup>65</sup> Artikel „Vision Null“ von Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS), im „Friedensforum“, Ausgabe Juni 2009 (<http://www-bits.de/public/articles/friedensforum/ff03-09.htm>)

<sup>66</sup> zum Vergleich: „Reporter ohne Grenzen´ - eine `Lovemark´ der US-Regierung“ von Elke Groß und Ekkehard Sieker vom 25.7.2007 (<http://www.arbeiterfotografie.com/medien/2007-07-reporter-ohne-grenzen.html>)

hätten sich eine Friedensbewegung geschaffen, die in Wahrheit eine Kriegsbewegung ist, die die psychologische Kriegsvorbereitung stützt, anstatt sie zu behindern.

Quintessenz: Das „Friedensforum“ darf nicht zum „Kriegsforum“ werden. Die Friedensbewegung darf nicht zur Kriegsbewegung werden.

Anneliese Fikentscher, Andreas Neumann

*Quelle: Arbeitskreis für Friedenspolitik, Mitgliederrundbrief Herbst/Winter 2012/13;  
Rudolf-Andreas Palmer, Gardeschützenweg 27/29, 12203 Berlin;  
Ursprung: [www.arbeiterfotografie.com](http://www.arbeiterfotografie.com)*

### ***Text der Anzeige in FR, ND und jW<sup>67</sup>: Krieg ist keine Lösung***

Nicht für Afghanistan, Irak, Libyen, nicht für Syrien und Palästina. Wir verweigern uns dem Zwangsdenken von Kriegspropaganda, Kriegsdrohungen und Kriegen. Wir setzen auf Verhandlungen und Interessenausgleich.

Für uns gelten das Völkerrecht und die Menschenrechte. Nicht aber gewaltsamer Regimewechsel und das „Recht“ des Stärkeren. Konfliktursachen müssen rechtzeitig erkannt und politisch beseitigt werden.

Die Bundeswehr hat im Ausland nichts zu suchen. Neue Waffen beschleunigen den Sozialabbau. Rüstungsexporte bringen den Tod aus Deutschland. Bundeswehreinätze im Inneren beschädigen die Demokratie.

Wir engagieren uns für Frieden, Abrüstung, Solidarität, Gerechtigkeit und das Recht auf demokratische Teilhabe.

**Wir wissen: Eine Welt ohne Krieg ist möglich.  
Diese Welt muss solidarisch erkämpft werden.**

### ***Frank Flegel: Pazifismus oder Anti-Imperialismus?***

Am 24. 12. 2012 erschien eine große Anzeige in den Tageszeitungen „Frankfurter Rundschau“, „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ unter der Überschrift „*Krieg ist*

---

<sup>67</sup> Organisator war die „Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. in Frankfurt

*keine Lösung*<sup>68</sup>, zur Bekräftigung stehen unter dem eher knapp gehaltenen Text gesperrt gedruckt die Sätze: „Wir wissen: Eine Welt ohne Krieg ist möglich. Diese Welt muss solidarisch erkämpft werden.“<sup>69</sup>

Der Text dieser Anzeige enthält leider keine Ansätze für eine Antwort auf die Frage nach der Ursache der in jüngster Vergangenheit bzw. in der Gegenwart geführten bzw. geplanten Kriege (u.a.: Irak, Tschetschenien, Afghanistan, Georgien, Libanon, Kongo, Palästina, Libyen, Syrien, Tschad, Iran,...). Genauso wenig enthält er eine Bestimmung der Aggressoren, die diese Kriege hervorgerufen haben, eine Frage, die ja mit einer einfachen Antwort auf die einfache Frage: „Wer greift wen an?“ zu finden wäre. Stattdessen liest man dort, dass man sich „dem Zwangsdenken von Kriegspropaganda, Kriegsdrohungen und Kriegen“ verweigere. Dem was??? Dem „Zwangsdenken von Kriegspropaganda, Kriegsdrohungen und Kriegen“, es steht wirklich so da! Lassen wir uns kurz darauf ein. Wenn es also dieses „Zwangsdenken“ gäbe, woher kommt der „Zwang“ im Denken, den die Unterzeichner ablehnen? Liegt er vielleicht in der menschlichen Natur, also in uns selbst und muss dort überwunden werden? Oder übt jemand diesen Zwang von außen auf uns aus? Wenn ja, wer könnte derjenige sein, der das tut? Vielleicht wäre es auch denkbar, dass die Klassenverhältnisse des Kapitalismus/Imperialismus diese Kriege hervorgebracht haben, hervorbringen und dies auch so lange weiter tun werden, wie es sie auf dieser Welt noch gibt? Selbstverständlich gibt es darauf keine Antwort. Warum dieses Schweigen? Ist es denn nicht allgegenwärtig mitzuerleben, wie die psychologische Kriegsvorbereitung durch die imperialistischen Regierungen und die bürgerlichen Medien immer auf die

---

<sup>68</sup> siehe oben

<sup>69</sup> Unterzeichnet ist dieser Aufruf von mehreren Hundert Einzelpersonen, zahlreichen Friedensinitiativen, Untergliederungen der GEW und ver.di, von westdeutschen Kreis- und Landesverbänden der Partei Die Linke, von Kreis- und Landesverbänden der VVN/BdA, vom Vorstand des Deutschen Freidenkerverbandes und vom Parteivorstand sowie Kreis und Landesorganisationen der DKP. Da liegt das Problem: Hauptsache „breites Bündnis“, der Inhalt ist zweitrangig. Oder ist die Erosion der ehemals anti-imperialistischen Haltung der DKP schon so weit fortgeschritten, dass ein solcher Aufruf ihrer politischen Orientierung entspricht?

Es werden grundsätzliche Überlegungen, die auch die Grundsatzarbeiten und Erfahrungen unserer „Altvorderen“ (von Marx und Engels, von Lenin, von der Kommunistische Internationale, von Stalin, von weiteren kommunistischen Führern wie Mao Tse-tung und Ho Chi Minh, um die erfolgreiche Seite zu umreißen, und von der Kommunistischen Partei Spaniens, Frankreichs, Italiens, der sandinistischen Befreiungsbewegung FSLN in Nicaragua, dem ANC in Südafrika und evtl von weiteren, um die eher weniger erfolgreiche Seite zu umreißen) notwendig werden. Wir werden versuchen, eine solche Arbeit für die offen-siv zu organisieren.

gleiche Weise – Aufbau von Feindbildern<sup>70</sup>, Propagandalügen über „Menschenrechtsverletzungen“, „Wahlfälschungen“, „Massakern an der Zivilbevölkerung – unter den Opfern waren auch Frauen und Kinder“ und so weiter und so fort – durchgeführt wird; und ist es denn nicht zu sagen, wer diese Kriegsvorbereitung betreibt? Will man Ross und Reiter nicht nennen? Warum nicht?

Der nächste Satz dieser Anzeige macht die Ursache klar: „*Wir setzten auf Verhandlungen und Interessenausgleich*“, und einige Zeilen weiter: „*Konfliktsachen müssen rechtzeitig erkannt und politisch beseitigt werden*“. Wenn das das politische Ziel ist, dann geht man davon aus, dass es keine unversöhnlichen Interessenwidersprüche zwischen den imperialistischen Zentren selbst gibt, ebenso keine solchen zwischen diesen Zentren und der von ihnen ausgebeuteten Peripherie, und auch keine antagonistischen Klasseninteressen sowohl innerhalb der kapitalistischen Staaten als auch zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten, - und dann muss man die Illusion verbreiten, dass die Interessen der imperialistischen Führungszentren sich mit den Interessen schwächerer, aber rohstoffreichen Staaten der Peripherie durch Verhandlungen zu einem „*Interessenausgleich*“ harmonisieren lassen könnten und dass das genauso bei den Klasseninteressen kapitalistischer Staaten mit den Klasseninteressen der letzten auf unserer Welt noch vorhandenen sozialistischen Staaten funktionieren könnte. Ja, dann müssen Klassenstandpunkte Tabu sein und man darf weder den Begriff „Imperialismus“ gebrauchen noch den des „Widerstandes“.

Das alles kommt sehr deutlich zum Ausdruck in dem Satz : „*Für uns gelten das Völkerrecht und die Menschenrechte.*“ Man muss das sehr genau lesen: „*Für uns gelten...*“, man verkündet also die Gültigkeit für sich selbst. Das nützt zwar nicht viel,

---

<sup>70</sup> Um nur einige aus der jüngsten Vergangenheit und dem aktuellen Geschehen zu nennen: Slobodan Milosevic, Saddam Hussein, Muammar al-Gaddafi, Baschar al-Assad, Mahmud Ahmadinedschad. Ein kurzer Blick in die Vergangenheit: vor hundert Jahren galt in Deutschland Ähnliches, nur einem anderen Land zugehört: „Die Erbfeindschaft mit Frankreich saugt ein deutsches Kind schon mit der Muttermilch ein“, zwei Jahrzehnte danach kam zunächst der „blutrünstige Bolschewismus“ und natürlich „der ewige Jude“, dann im Zweiten Weltkrieg die „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“, der „slawische Untermensch“ und die Parole: „Nur ein toter Iwan ist ein guter Iwan“. Nach der Befreiung vom Faschismus hatte man es dann mit den „Machthabern in Moskau“, dem „Eiserne Vorhang“ und der „kommunistische Diktatur in der Sowjetzone“, die das „größte KZ Deutschlands“ darstelle, zu tun, und selbstverständlich galt 1953: „der Spitzbart muss weg“, schließlich machte man sich Ende der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts über die „alten Männer des Politbüros“ lustig und entwarf die Parole „Wir sind ein Volk“; als die DDR endlich zerstört war, gab es den Militäreinsatz in Jugoslawien und als Höhepunkt der dazu gehörenden Propagandalügen das erfundene „Massaker von Srebrenica“, womit wir wieder bei Slobodan Milosevic angekommen wären, den „wir“ ja bekämpft haben, um einem neuen Faschismus vorzubeugen.

klingt aber gut. Leider, so muss man einwenden, gelten aber weder das Völkerrecht noch die Menschenrechte für die Imperialisten, - nein, sie setzen sie überall, wo sie können, außer Kraft. Will man dagegen etwas tun? Vielleicht die Kriegspropaganda entlarven, die wirtschaftlichen und geostrategischen Ursachen der Kriege offen legen und dadurch skandalisieren, die zum Krieg führenden herrschenden Interessen auf die Eigentumsverhältnisse zurückführen, Solidarität mit den angegriffenen Staaten organisieren, aktiven Widerstand im Herzen der imperialistischen Zentren entwickeln durch Mobilisierungen hin bis zu Platzbesetzungen, Störungen im reibungslosen Transport von Kriegsgerät usw. (hier lässt sich, was die Aktionsformen angeht, viel von der Anti-AKW-Bewegung lernen).

Nein, man tut nur kund: „Für uns gelten das Völkerrecht und die Menschenrechte“. Damit hat es sich. Man erklärt noch nicht einmal, dass man eventuell für Achtung und Durchsetzung derselben kämpfen würde!!

Das ist ein Aufruf, um das Gewissen zu beruhigen, nicht aber einer, der dazu dient, Aufklärung zu fördern und Widerstand zu entwickeln. Es ist zu bezweifeln, ob er wirklich dem Frieden dient.

### **Es geht auch anders**

Während Peter Strutynski beim Friedensratschlag Anfang Dezember 2012 in Kassel bezüglich der imperialistischen Aggression gegen Syrien ähnliche Seifenblasen von sich gab<sup>71</sup>, wie sie in der besagten Anzeige gerade kritisiert wurden (... „Libyen darf nicht zur Blaupause für eine NATO-Intervention in Syrien werden. Damit machen wir uns keineswegs gemein mit den Machthabern in Damaskus. Ich warne nur davor, in dem syrischen Konflikt Partei zu ergreifen für eine der beiden Seiten<sup>72</sup> – oder sind es noch mehr? Als Friedensbewegung wenden wir uns gegen jede Gewaltanwendung<sup>73</sup> [Hervorhebungen: F.F.]), zeigt der Weihnachtsappell des Bundesvorstandes Arbeiterfotografie, dass es auch anders geht:

---

<sup>71</sup> Eröffnungsrede beim Friedensratschlag durch Peter Strutynski `Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien ... und kein Ende?`

<sup>72</sup> Das ist die typische Äquidistanzhaltung des kleinbürgerlichen Pazifismus

<sup>73</sup> ...offensichtlich auch gegen das Widerstandsrecht eines von einem militärischen Überfall eines imperialistischen Aggressors betroffenen Staates. Eine schöne Friedensbewegung ist das! Man stelle sich das Ganze mal im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg vor!!!

## ***Bundesverband Arbeiterfotografie: Weihnachtsappell 2012*** **-Imperialismus braucht Widerstand**

Den Tod von mehr als 1,7 Millionen Menschen hat der westliche Imperialismus seit 2001 in Afghanistan, Irak und Pakistan zu verantworten.

„Krieg gegen den Terror“ nennt er diesen Terror.

Die Anzahl der vom US-Imperium nach 1945 getöteten Menschen liegt nach Aussage des norwegischen Friedensforschers Johan Galtung zwischen zwölf und sechzehn Millionen.

Seit 1948 hat der imperialistische Brückenkopf im Nahen Osten, Israel, etwa 90 Prozent Palästinas von der Landkarte getilgt.

Im Jahr 2011 wurde Libyen im Zuge von Revolten in den Nachbarländern Tunesien und Ägypten von Staaten der NATO überfallen.

Heute steht Syrien auf der Tagesordnung.

Die Planungen der imperialistischen Machthaber dieser Welt liegen offen zutage. Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber und US-General Wesley Clark hat es in aller Klarheit ausgesprochen. Bereits wenige Wochen nach dem 11. September 2001 sei der US-Generalstab angewiesen worden, in sieben Staaten den Regime-Change herbeizuführen: Irak, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan, Syrien und Iran. [Begleitend zum Überfall auf den Libanon 2006 sprach die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice von den „Geburtswehen eines neuen Mittleren Ostens“].

Wir stehen auf und sagen Stopp! Das Verbrechen muss ein Ende haben! Wir verweigern dem Imperialismus und seinen mörderischen Gelüsten nach Regime-Change unsere Gefolgschaft!

Nach wie vor hat der Aufruf vom Januar 2012 seine Gültigkeit:

### **Kriegsvorbereitungen stoppen! Embargos beenden! Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens!**

Zehntausende Tote, eine traumatisierte Bevölkerung, eine weitgehend zerstörte Infrastruktur und ein zerfallener Staat: Das ist das Ergebnis des Krieges, den USA und Nato geführt haben, um den Reichtum Libyens plündern und das Land wieder kolonialisieren zu können. Jetzt bereiten sie offen den Krieg gegen die strategisch wichtigen bzw. rohstoffreichen Länder Syrien und Iran vor, die eine eigenständige Politik verfolgen und sich ihrem Diktat nicht unterordnen. Ein Angriff der Nato auf Syrien oder



Iran kann zur direkten Konfrontation mit Russland und China führen – mit unvorstellbaren Konsequenzen.

Mit ständigen Kriegsdrohungen, dem Aufmarsch militärischer Kräfte an den Grenzen zu Iran und Syrien sowie mit Sabotage- und Terroraktionen von eingeschleusten „Spezialeinheiten“ halten die USA gemeinsam mit weiteren Nato-Staaten und Israel die beiden Länder in einem Ausnahmezustand, der sie zermürben soll. Zynisch und menschenverachtend versuchen USA und EU, mit Embargos ihren Außenhandel und Zahlungsverkehr planmäßig lahm zu legen. Die Wirtschaft des Iran und Syriens soll bewusst in eine tiefe Krise gestürzt, ihre Arbeitslosenzahlen erhöht und die Versorgungslage ihrer Bevölkerung drastisch verschlechtert werden. Die inneren sozialen Konflikte sollen ethnisiert und zugespitzt, ein Bürgerkrieg entfacht werden, um einen Vorwand für die längst geplante militärische Intervention zu schaffen. An diesem Embargo gegen Iran und Syrien beteiligt sich auch ganz maßgeblich die deutsche Bundesregierung.

Wir rufen alle Bürger, die Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und die Friedensbewegung auf, dieser Kriegspolitik konsequent entgegenzutreten. Wir fordern, dass die Bundesregierung

- die Embargomaßnahmen gegen den Iran und Syrien bedingungslos und sofort aufhebt;
- klarstellt, dass sie sich an einem Krieg gegen diese Staaten in keiner Weise beteiligen und die Nutzung deutscher Einrichtungen für eine Aggression durch USA und Nato nicht gestatten wird;
- sich auf internationaler Ebene für die Beendigung der Politik der Erpressung und Kriegsdrohung gegen den Iran und Syrien einsetzt.

Das iranische und syrische Volk haben das Recht, über die Gestaltung ihrer politischen und gesellschaftlichen Ordnung allein und souverän zu entscheiden. Die Erhaltung des Friedens verlangt es, dass das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten konsequent eingehalten wird.

Wir rufen dazu auf, diesen Aufruf weiter zu unterstützen!

Bundesverband Arbeiterfotografie

## Landtagswahl in Niedersachsen

### **Redaktion offen-siv: Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar 2013**

In Niedersachsen stellt eine Koalition aus CDU und FDP seit 2003 die Landesregierung. Diese Koalition ist, was die Kapitalinteressen angeht, das Beste, was für diese denkbar ist. Für den Rest der Menschen, die hier leben, eher nicht: die politische Ausrichtung am Monopolkapital wird selbstverständlich sekundiert von einem aggressiven Antikommunismus, von einer rassistischen Ausländer- und Einwanderungspolitik<sup>74</sup>, einer mit Polizeiknüppeln und Gerichten durchgesetzten Kriminalisierung der Antifaschisten, mit einer Bildungspolitik der Marke Selektion, eine Umweltpolitik, der kein Grenzwert zu hoch, kein Stall der Massentierhaltung zu riesig und kein Umweltskandal zu groß sein kann und einer Subventionspolitik nach dem Motto: „Die Kohle fliegt nach oben“.

Selbstverständlich wäre es ein Fortschritt, wenn diese ausschließlich dem Kapital hörige Regierung abgewählt würde. Welche Alternativen könnte es geben?

Es kandidieren die SPD und die „Grünen“ („Rot-Grün“) als wahltechnisch ernst zu nehmende Konkurrenten der bisherigen Regierung. Von ihnen mag eine gewisse Abmilderung erwartet werden könne, was die Bildungs- und die Landwirtschaftspolitik angeht. Mehr als eine gewisse Abmilderung aber auch nicht. Ansonsten sind beide Parteien bürgerliche, also den Kapitalinteressen dienende Parteien, Parteien, die die „Agenda 2012“ des Kanzlers Schröder zu verantworten haben, und sie sind Kriegsparteien.

Also bleibt noch die Partei „Die Linke“. Diese Partei hat in der vergangenen Legislaturperiode die auf ihrer Liste kandidierende und in den Landtag gewählte Genossin der DKP, Christel Wegner, aus ihrer Fraktion ausgeschlossen. Vor etwa zwei Wochen erklärte ihr Spitzenkandidat Manfred Sohn im NDR-Fernsehen (Regionalprogramm Niedersachsen): „Die DDR ist zurecht untergegangen“.

Die DKP-Niedersachsen hat auf eine eigene Kandidatur zu Gunsten der Partei „Die Linke“ verzichtet. Dazu erklärte sie: *„Eine parlamentarische Vertretung der Linken in Fraktionsstärke macht Sinn, um die Forderungen der Bewegungen in die Parlamente zu tragen, Skandale aufzudecken, Versagen und Korruption anzuprangern und*

---

<sup>74</sup> ...außer es handelt sich um gesuchte technische Spezialisten, die man hier zu günstigem Lohn einstellen kann.

*die Stimme für Alternativen und eine bessere Gesellschaft zu erheben. Die DKP ist zur Zeit nicht in der Lage, eine eigene parlamentarische Vertretung im nieders. Landtag zu erreichen.*

*Die Partei Die Linke. in Niedersachsen hat in wichtigen Bereichen Initiativen in den Landtag getragen, sich als Sprachrohr für gewerkschaftliche und andere Proteste erwiesen und den Kontakt und den Austausch zu und mit außerparlamentarischen Bewegungen gesucht. Ihre landesspezifischen Forderungen können wir unterstützen.*

*Für unsere Forderungen nach u.a. der Abschaffung von Hartz IV, der Rente mit 67 und für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 € sowie einer ausreichenden Grundversicherung, einer Entschuldung der Kommunen und Sicherstellung der kommunalen Selbstverwaltung, der Rekommunalisierung bereits privatisierter Einrichtungen und gegen weitere Privatisierung, der Vergesellschaftung „systemrelevanter“, Bereiche (z.B. Großbanken und Energiekonzerne), Erhaltung von Bildung, Gesundheit, Kultur, Verkehr und Infrastruktur als öffentliche Aufgaben, dem Verbot der NPD und aller neofaschistischen Gruppen, dem Stopp der Castortransporte, dem Verbot von Rüstungsexporten und Ablehnung aller Kriegseinsätze sehen wir Gemeinsamkeiten mit der Partei Die Linke.*

*Deshalb rufen wir bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Januar 2013 zur Wahl der Partei Die Linke. auf!*

*Wir werden die PDL in ihrem parlamentarischen Wirken unterstützen, mit ihr außerparlamentarisch zusammenarbeiten, wenn sie an ihren Positionen gegen Sozialabbau, ihrem Widerstand gegen den Fiskalpakt und an ihrer Antikriegspolitik festhält.“*

Diese Einschätzung der DKP-Niedersachsen können wir kaum teilen. Es gibt Erfahrungen: Die Partei „Die Linke“ distanziert sich grundsätzlich vom Sozialismus, von der DDR, vom Marxismus, vom Klassenkampf. Die Partei „Die Linke“ hat bisher überall dort, wo sie an Landesregierungen beteiligt war, ihre warmherzigen Versprechungen gebrochen und Sozialabbau, Kapitalsubventionen, Behinderungen linker Mobilisierungen und anderes mehr mitgetragen. Der niedersächsische Landesverband der Partei Die Linke hat im Vorfeld der Wahl mehrfach betont, für eine Koalition mit, vielleicht auch für eine Duldung von Rot-Grün zur Verfügung zu stehen. Falls dieser Fall eintritt, werden wir hier das Gleiche erleben wie in Berlin oder Mecklenburg/Vorpommern. Diese Partei ist keine Option für Kommunisten/innen.

Auf Grund des Verzichtes der DKP ist zur Landtagswahl in Niedersachsen Tatsache, dass keine kommunistische (oder sich wenigstens so nennende) Formation antritt. Die Möglichkeit, der grundsätzlichen Kapitalismuskritik mit dem Ziel der Systemüberwindung eine Stimme zu geben, wird es zu dieser Wahl nicht geben. Es kandidieren

nur kapitalismuskonforme Parteien. Das ist, was das gesellschaftliche Klima angeht, eine Katastrophe, denn das entspricht Frau Merkels Verdikt: „Es ist alternativlos“.

Wie kann unter solchen Umständen eine Wahlorientierung für Kommunistinnen und Kommunisten aussehen?

1. Der eigenen Überzeugung kann man bei dieser Landtagswahl keinen Ausdruck geben. Will man trotzdem wählen, bleibt nur die Partei „Die Linke“. Wenn man sie wählt, wählt man Opportunisten und Verräter.

2. Wenn man nicht wählt, stärkt man die Faschisten, weil es den selbstverständlich zur Wahl zugelassenen Parteien der faschistischen Rechten (vor allem der „NPD“, aber auch den „Freien Wählern“ und der „Neuen Zentrumspartei“) prozentual höhere Wahlergebnisse verschafft, wenn die Faschisten ihre Anhänger mobilisieren, wir Kommunisten/innen die Wahl aber verweigern.

Man wäge die Argumente ab. Und wer kann, wähle mangels Alternative die Partei „Die Linke“.

Redaktion offen-siv

## Die kommunistische Bewegung in der BRD

### ***Anna C. Heinrich / Frank Flegel: Die Agonie der Kommunistischen Initiative und der Zustand der kommunistischen Kräfte in der BRD***

Seit ca. 2005 hatten wir in der offen-siv, in unserem Herausbergremium und dann auch im von uns organisierten marxistisch-leninistischen Fernstudium die Frage der Einheit derjenigen Genossinnen und Genossen, die den Marxismus-Leninismus auch unter dem Druck des immer weiter um sich greifenden Revisionismus und Zentrismus bewahren und behaupten wollen, diskutiert.

Diese Diskussionen führten im Jahr 2008 zur Formulierung des Aufrufes zur Gründung der Kommunistischen Initiative in Deutschland.

Er sei hier nochmals wiederholt:

## ***Aufruf: Schafft die Kommunistische Initiative in Deutschland!***

### ***Der Imperialismus***

*Jugoslawien, Kongo, Irak, Tschetschenien, Libanon, Kolumbien, Georgien – die Liste der Kriege ließe sich verlängern; sie steht für die sich zuspitzenden imperialistischen Versuche, nach dem Sieg der Konterrevolution in Ost-Europa die Welt neu aufzuteilen. Dieser Aggression des Imperialismus nach außen entspricht eine wachsende Aggression nach innen: immer rasanter werdender Sozialabbau, Zerschlagung demokratischer und sozialer Rechte bis hin zu Faschisierungstendenzen, aggressiver Chauvinismus, Rassismus, die Vernichtung der ökologischen Grundlagen des Lebens.*

*Das alles ist nichts anderes als ordinärer Imperialismus, auch wenn er in die Worte „Neue Weltordnung“ oder „Globalisierung“ gehüllt wird. Seit dem zeitweiligen Sieg der Konterrevolution Ende der 80er/Beginn der 90er Jahre in Ost-Europa, besonders in der Sowjetunion und der DDR, belegen dies die imperialistischen Verteilungskämpfe als Ausdruck der sich immer rasanter entwickelnden Konkurrenz unter den imperialistischen Hauptmächten. Vor allem verschärfen sich die Widersprüche zwischen der imperialistischen (noch) Hegemonialmacht USA und einem systematisch stärker und aggressiver werdenden imperialistischen Europa unter deutsch/französischer Führung.*

*Wie wir es auch drehen und wenden mögen: die Leninsche Imperialismustheorie hat nichts an ihrer Aktualität und ihrem Wert verloren. Die alltägliche Barbarei des Imperialismus belegt sie immer wieder auf Neue!*

### ***Weltweiter Widerstand***

*Wir können allerdings gerade in den letzten Jahren beobachten, dass sich die Widerstandskräfte - wenn immer auch noch sehr widersprüchlich, spontan und unkoordiniert – immer erkennbarer zu formieren beginnen, besonders im Nahen Osten und Lateinamerika (Stichworte hierfür sind u.a. entsprechende Entwicklungen in Nicaragua, Bolivien oder Ecuador). In diesem Zusammenhang spielen jene Länder, die sich weiterhin einem sozialistischen Entwicklungsweg verpflichtet fühlen oder gar eine revolutionäre Etappe beschrritten haben, eine ganz besondere, orientierende Rolle. Vor allem das sozialistische Cuba und das revolutionäre Venezuela seien hier stellvertretend genannt. Der Sieg des libanesischen Widerstandes unter Führung von Hizbollah gegen eine überlegene israelisch-zionistische Invasionsarmee 2006, der ungebrochene Widerstand des palästinensischen Volkes sowie der anhaltende, auch bewaffnete Widerstand des irakischen Volkes gegen die imperialistischen Yankee-Okkupanten sind im Nahen Osten heroische Beispiele dafür, dass auch unter den*

*imperialistischen Bedingungen der so genannten „Neuen Weltordnung“ Widerstand möglich ist und sogar siegreich sein kann!*

### ***Folgen der Konterrevolution***

*Dieser Widerstand entwickelt sich wieder und auch schneller, obwohl die Ideologen der Bourgeoisie nach dem zeitweisen Sieg der Konterrevolution siegestrunken das „Ende der Geschichte“ verkündeten. Zu Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts schienen ihnen einige Entwicklungen, oberflächlich betrachtet, auch Recht zu geben. Nicht wenige nationale und revolutionäre Befreiungsbewegungen brachen entweder zusammen oder gingen existenzbedrohende Kompromisse mit dem imperialistischen Feind ein, die kommunistische Bewegung schien zu implodieren: einige Parteien lösten sich nahezu lautlos auf, andere verwandelten sich direkt in offene sozialdemokratische Formationen oder begaben sich ganz offiziell auf revisionistische Entwicklungswege. Nur eine kleine Minderheit verteidigte den Marxismus-Leninismus als Fundament und Programmatik. In Deutschland wurde in diesem Zusammenhang aus der SED über einige organisatorische Zwischenschritte die sozialdemokratisierte Partei „Die Linke“; die DKP hat sich auf einen immer abschüssiger werdenden revisionistischen Weg begeben.*

### ***Die Lage in Deutschland***

*Aber auch im imperialistischen Deutschland nimmt der Widerstand - ebenfalls sehr zäh und langsam, spontan und unkoordiniert - zu. Die objektiven Bedingungen für einen sich verschärfenden Widerstand, ein immer rasanter werdender Sozialabbau mit sich ausbreitender Armut sowie eine immer reaktionärer werdende Formierung des bürgerlichen Staates, der sogar bürgerlich-demokratische Rechte zu ersticken sucht, wachsen an. Immer mehr Menschen, vor allem junge Arbeiter, Schüler und Studenten, suchen nach einer Alternative zum imperialistischen System. Dies ist unter anderem eine Erklärung für die anhaltende, deutliche Unterstützung für die sozialdemokratische Partei „Die Linke“, die aber mit ihrer antikommunistischen Politik und ihrem affirmativen Parlamentarismusverständnis objektiv systemintegrativ wirkt, die wachsende Wut der Menschen im Rahmen des bürgerlichen Systems kanalisierend. An dieser Tatsache ändert auch die so genannte „Kommunistische Plattform“ (KPF) in der Partei „Die Linke“ nichts; im Gegenteil, diese Formation dient als „linkes“ Feigenblatt einer insgesamt nicht-marxistischen, sozialdemokratischen Partei. Mit Marxismus-Leninismus, wissenschaftlichem Sozialismus, hat dies nichts mehr zu tun... Die formal stärkste unter den kommunistischen Formationen, die „Deutsche Kommunistische Partei (DKP)“ tragt objektiv der Entwicklung der PDS/Linkspartei/Die Linke seit dem Sieg der Konterrevolution in der DDR und der revisionistischen, schrittweisen Umwandlung der SED zur sozialdemokratisierten Partei „Die Linke“ hinterher. Sie hat sich mit dieser Bündnispolitik fast schon in eine babylonische Gefangenschaft*

zur Partei „Die Linke“ manövriert, die auch nicht wesentlich vom in der Partei „Die Linke“ anwachsenden Antikommunismus erschüttert wird – sogar, wenn es, wie mit Genossin Christel Wegner, eigene Mitglieder trifft. Erklärlich wird dies nur, wenn man die Entwicklung der DKP in den vergangenen Jahren betrachtet, die 2006 in die Annahme eines revisionistischen Parteiprogramms mündete und damit einer weiteren Entwicklung einer noch offener revisionistischen Politik und Programmatik eine Basis gab. Diese nun revisionistische DKP sucht u.a. danach, weiterhin kompatibel zur Partei „Die Linke“ zu bleiben...

Was aber trotzdem jeden Tag deutlicher wird: es fehlt eine revolutionäre Kraft mit klaren Positionen und einer Strategie, die in der Lage ist, den Widerstand zuzuspitzen, ihm Organisation, Ziel und Orientierung zu geben. Kurzum: es fehlt eine einheitliche Kommunistische Partei, die fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht.

#### **Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei**

Die Widersprüchlichkeit der Situation der kommunistischen Bewegung in Deutschland zeigt sich immer zugespitzter. Auf der einen Seite wird die Notwendigkeit einer einheitlichen, marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei immer deutlicher; auf der anderen Seite hält der Niedergang der kommunistischen Bewegung in Deutschland an. Sie ist zersplittert, in verschiedene Parteien, Organisationen, Projekte gespalten. Politisch in ihr dominant sind nach wie vor unterschiedlichste revisionistische Konzeptionen. Verschiedene Versuche, in den letzten Jahren zu mehr Einheitlichkeit unter den zersplitterten Kommunisten zu kommen, sind kläglich gescheitert, weil sie über keine klare, marxistisch-leninistische Basis und damit auch keinerlei strategische Konzeption verfügten. Tatsache ist: verantwortlich für die anhaltende Zersplitterung, Schwäche sowie den schleichenden Niedergang der kommunistischen Bewegung (nicht nur) in Deutschland ist der Revisionismus, d.h. die Erosion der politisch-ideologischen wie auch organisatorischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus und damit der Kommunistischen Partei. Gleichzeitig wird jedoch der Wunsch nach Einheit unter den Kommunisten stärker. Die Erfahrungen wie auch die vorhin kurz skizzierte Lage der kommunistischen Bewegung in Deutschland macht es jedoch unrealistisch, darauf zu hoffen, dass eine solche Einheit von den Organisationen herbeigeführt, getragen und umgesetzt wird.

#### **Alternative Beispiele aus dem Ausland**

Es geht jedoch auch anders, auch im imperialistischen Europa. Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) verbindet alle Elemente, die das Wesen einer lebendigen, revolutionären Kommunistischen Partei ausmachen: das prinzipielle Festhalten an allen wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, die Orientierung

*auf die revolutionäre Führung der Arbeiterklasse und deshalb die organische Verbindung mit ihr, die fundamentale Klarheit zur Schaffung aller notwendigen Voraussetzungen für einen revolutionären Sturz des imperialistischen Systems, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus. Diese Klarheit und Prinzipienfestigkeit hat die KKE zu einer Partei geschmiedet, die lebendig und den Massen zugewandt ist, deren Einfluss ständig wächst! In Österreich haben Genossinnen und Genossen die „Kommunistische Initiative“ gegründet, um KommunistInnen gegen die völlig im revisionistischen Sumpf entartete Bundes-KPÖ („Kommunistische Partei Österreichs“) zu sammeln und erfolgreich zu organisieren. Ihr langfristiges Ziel ist es dabei, eine einheitliche Kommunistische Partei in Österreich aufzubauen, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten lässt.*

### **Klarheit vor Einheit**

*Die Analyse der Rolle des Revisionismus als Basis für die Konterrevolution sowie der Spaltung, Zersplitterung und dem Niedergang der kommunistischen Bewegung wie aber auch die unterschiedlichen positiven aktuellen Erfahrungen u.a. der griechischen wie auch der österreichischen Genossen halten uns deutlich vor Augen, dass Klarheit das Fundament jeder kommunistischer Politik und Organisation sein muss, will sie nicht ihren Charakter verlieren. Diese Klarheit muss im Wesentlichen aus drei Elementen bestehen, die durch den wissenschaftlichen Sozialismus deutlich formuliert werden:*

*- das Anerkennen ALLER wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, so besonders der Gültigkeit der Leninschen Imperialismus-, Staats-, Revolutions- und Parteitheorie, des proletarischen Internationalismus sowie auch der heroischen Geschichte der kommunistischen Bewegung als notwendige Antwort auf die reformistische Versumpfung und den Klassenverrat der Sozialdemokratie;*

*- das Anerkennen der Rolle der sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion und der DDR als größter Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Der Sozialismus, für den wir im imperialistischen Deutschland kämpfen, wird vom revolutionären Erbe der DDR, des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden, geprägt sein. Damit wird das klare und eindeutige Verhältnis zur DDR zum Prüfstein für jeden deutschen Kommunisten, gerade und insbesondere auch heute!*

*- das Anerkennen der Notwendigkeit des Kampfes der Kommunistischen Partei gegen jede Form des Revisionismus und Reformismus, denn der Revisionismus war und ist die Hauptbasis für den zeitweiligen Sieg der Konterrevolution in Europa, die Spaltung, Zersplitterung und Schwächung der kommunistischen Bewegung!*



*Nach Lenin steht Klarheit hinsichtlich dieser politisch-ideologischen Basis vor Einheit. Für diese Klarheit soll auch die „Kommunistische Initiative“ in Deutschland stehen.*

***Die Möglichkeiten einer „Kommunistischen Initiative“ in Deutschland***

*Sie eröffnet die Perspektive für eine von uns angestrebte Sammlung und Organisation von Genossinnen und Genossen. Zunächst wollen wir deshalb mit diesem Aufruf alle ansprechen, die für die Einheit der Kommunisten auf marxistisch-leninistischer Grundlage in Deutschland eintreten. Wir wollen damit die Unterstützerinnen und Unterstützer dieses Aufrufs zunächst einmal sammeln. Dafür haben wir ein Koordinierungsgremium ins Leben gerufen, dessen Aufgabe es ist, in engem Kontakt mit den Unterstützerinnen und Unterstützern die nächsten organisatorischen Schritte für die Gründung der „Kommunistischen Initiative“ in Deutschland als eines organisierten Sammelbeckens aller marxistisch-leninistischen Kräfte vorzubereiten. Damit öffnet die „Kommunistische Initiative“ in Deutschland zugleich den Horizont für eine langfristig anzustrebende Formierung einer einheitlichen, marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei.*

*Wir wendet uns daher an alle in Deutschland, die sich als Kommunisten verstehen - ob organisiert, unorganisiert oder nicht mehr organisiert sowie an alle - besonders junge Arbeiter, Schüler und Studenten -, die nach einem revolutionären Bruch mit dem imperialistischen System streben: diskutiert die Lage! Nehmt Kontakt zum Koordinierungsgremium der „Kommunistischen Initiative“ auf! Propagiert und schafft gemeinsam mit uns eine „Kommunistische Initiative“, die willens und in der Lage ist, in einem längerfristigen Prozess die Bedingungen für die Formierung einer einheitlichen, marxistisch-leninistischen Partei in Deutschland zu schaffen!*

*Diese Partei wird uns nicht geschenkt werden, WIR müssen die Formierung der Kommunistischen Partei in unsere Hände legen! Ohne eine lebendige, einheitliche, marxistisch-leninistische Kommunistische Partei wird es keinen revolutionären Bruch mit diesem imperialistischen System, kein Ende der Barbarei, keinen Sozialismus und Kommunismus geben!*

*Gehen wir deshalb mit klaren Positionen und revolutionären Visionen einen Schritt vorwärts: Schaffen wir DESHALB die „Kommunistische Initiative“!*

*Sozialismus oder Barbarei!*

So weit der Aufruf.

Es meldeten sich mehrere Hundert Interessierte, ein Ansturm, der die das Ganze organisierenden Genossen fast überforderte.

Wir hatten zwischendurch Pläne, die geplante Sammlungsbewegung in Regionalgruppen zusammenzufassen, dabei niemanden aus seinen bisherigen Strukturen herausberechnen zu wollen, sondern ein zusätzlicher, klärender und auf Grundlage der Klärung vereinigender Faktor zu sein. Wir wollten ein möglichst regelmäßig erscheinendes Print-Organ, die „Einheit“ schaffen, wir wollten eine breit angelegte interne Schulungsaktivität entfalten, die mit der Kaderschulung begann, wir hatten einen recht gut funktionierenden Internet-Auftritt und ein hervorragend gemachtes monatliches KI-Info als Internet-Zeitung.

Nun, Anfang 2013, stehen wir am Ende dieses Projektes.

Im ersten Drittel des vergangenen Jahres schieden wir, also Anna und Frank, aus der KI aus. Die mit einem unglaublichen Wagenburgdenken verbundene rüde Form der Kritik nach innen und die ebenso rüde Abgrenzungspraxis nach außen, dazu die innere, informelle Machtstruktur, die jedes gewählte Organ aushebelte und eine wachsende Anzahl nicht mehr diskutierbarer Wertungen und Entscheidungen hervorbrachte, ließen uns persönlich keine andere Möglichkeit mehr. Die darauf folgenden Überlegungen und Verhandlungen über eine mögliche Übergabe der offen-siv an die führenden Kader der KI - wir wollten ja keinen endgültigen, offenen, für alle sichtbaren Bruch - scheiterten dann im Sommer 2012. Daraufhin mussten wir nicht nur persönlich, sondern nun auch öffentlich und politisch, nämlich für die offen-siv einen organisatorischen Trennungsstrich ziehen und das bisherige Herausbergremium, den „Verein zur Förderung demokratischer Publizistik“, der inzwischen mehrheitlich aus KI-Mitgliedern bestand, auflösen<sup>75</sup>.

Seit September 2012 ist die Homepage der KI nicht mehr aktualisiert worden, es erschien seitdem kein KI-Info mehr, vorher schon ist die Kaderschulung abgebrochen worden zugunsten eines inneren Klärungsprozesses, dieser jedoch ist schon vor seiner Umsetzung stecken geblieben. Ein Exekutivkomitee nach dem anderen hat sich als

---

<sup>75</sup> Wie richtig diese Entscheidung war, zeigt ein kleines Beispiel: Das Vereinsrecht schreibt vor, dass bei einer Vereinsauflösung das Vereinsvermögen liquidiert werden muss, die Mitglieder also vor der Auflösung entscheiden müssen, was damit geschehen soll. Die Mehrheit der KI-Mitglieder in unserem Herausbergremium sorgte dafür, dass das vorhandene Vereinsvermögen, das sich aus den Mitgliedsbeiträgen angesammelt hatte, komplett - wir hatten 50% vorge schlagen - an die KI überwiesen wurde. Mit einem sich solcherart gebärdenden Herausbergremium wäre die Zukunft der offen-siv sicherlich nicht gestaltbar gewesen. Deshalb sind wir froh, den Schritt der organisatorischen Trennung vollzogen zu haben.

nicht handlungsfähig erwiesen oder wurde dafür erklärt, so dass regelmäßig andere Genossinnen und Genossen einspringen mussten. Immer mehr Genossinnen und Genossen verstummen, wurden inaktiv, zogen sich zurück, so dass in einem internen Rundbrief der Vorsitzenden der KI Anfang Dezember 2012 feststellen muss, dass die KI nicht mehr in der Lage ist, eine jährliche Mitgliederversammlung zu organisieren (so, wie sie in der Satzung der KI festgeschrieben ist), weil die Kaderdecke zu dünn und die Führungsgremien inaktiv und handlungsunfähig seien. Da es sich um einen internen Rundbrief handelt, kann er hier nicht abgedruckt oder in den gesamten Inhalten wiedergegeben werden. Es soll deshalb nur noch eine Äußerung erwähnt sein: Der Vorsitzende der KI stellt das Scheitern des Gründungsaufrufs der KI fest. Originalton: *„Zudem war der Ur-Gedanke, die „Einheit“ der Kommunisten in der BRD auf diese Art und Weise herbeizuführen, ersichtlich gescheitert. Große organisierte ML-Zirkel in den revisionistischen Parteien gibt es nun nach mehreren Prüfungen in der Praxis nicht und damit auch keine Grundlage für den Aufruf der KI in dieser Art.“* Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob er den Aufruf falsch verstanden hat oder nicht. Eins aber ist deutlich: das ist das Ende, auch wenn sich die KI nicht formell aufgelöst hat.

Damit entsteht eine neue Situation, was die kommunistische Bewegung bzw. das, was von ihr übrig geblieben ist, angeht.

Ein kurzer Überblick:

Wir haben schon viele Analysen über den Weg und den Charakter der DKP gebracht. Im letzten Jahr hat sich nichts wesentliches verändert, die DKP ist noch immer eine Partei mit einem revisionistischen Programm - insofern eine revisionistische Partei - , in der offen revisionistische, reformistische, anti-leninistische Kräfte die Führung stellen und große Teile der Politik bestimmen – und in der es eine Minderheitsströmung, die so genannte „DKP-Linke“ gibt, die vorgibt, den Marxismus-Leninismus zu verteidigen, aber dann, wenn es darauf ankommt, jede revisionistische Kröte schluckt, weil die Einheit der Partei nicht gefährdet werden dürfe. Somit verhält sie sich zentristisch.

Apropos Zentrismus<sup>76</sup>: Es scheint sich – vor allem in Berlin und auf dem Territorium der früheren DDR – so eine Art zentristischer Block herauszubilden, der aus Personen aus der PDL (um Hans Modrow), aus der KPF, aus dem Marxistischen Forum, aus

---

<sup>76</sup> Der Begriff besagt, dass man die Koexistenz von Revisionismus und Marxismus-Leninismus in einer politischen Organisation für möglich hält, damit die Einheit grundsätzlich widersprüchlicher Klassenlinien postuliert und dem Revisionismus in der kommunistischen Partei ein Daseinsrecht zuspricht, das alles, ohne selbst auf offen revisionistische Positionen überzugehen. Gerade letzteres Verhalten macht den Zentrismus so schwer durchschaubar.

der DKP, aus dem RotFuchs, aus der Tageszeitung junge Welt („Wir sind eine multiplurale linke Zeitung“, so Peter Wolter als Begründung für die Ablehnung eines Artikels) sowie aus den ostdeutschen Verbänden besteht. Der RotFuchs hat in diesem Formierungsprozess eine herausragende Rolle, wie das Referat von Götz Dieckmann in Rostock belegt. Die politisch-ideologische Ausrichtung leitet unter dem Deckmantel eines immer aggressiver werdenden „Antistalinismus“ den Abschied von leninistischen Positionen ein - wie Parteitheorie, Imperialismustheorie, Planwirtschaft als aufzubauende Wirtschaftsform des Sozialismus usw. Gleichzeitig wird in diesem Block ein DDR-Bild kultiviert, das sehr oberflächlich eine gewisse DDR-(N)ostalgie fördert. Natürlich ist der Prüfstein für jeden Kommunisten in der imperialistischen BRD sein Verhältnis zur DDR als größter Errungenschaft der Arbeiterbewegung in Deutschland. Der skizzierte Block (und insbesondere der RotFuchs) beschränken sich jedoch auf Oberflächenaspekte. Sie betonen nicht, sondern lassen ganz im Gegenteil unter den Tisch fallen, dass wegen der Verwirklichung von Grundpositionen der Kommunisten (Diktatur des Proletariats, Entwicklung der SED zur Partei Neuen Typs, Planwirtschaft) die Verteidigung der DDR vor allem als Orientierung und Kompass in die Zukunft weist. Auch verschweigt der Block die Rolle des Revisionismus wie auch seiner herausragenden Figuren (wie z.B. Hans Modrow, Egon Krenz, die Brie-Brüder, Mischa Wolf, Gregor Gysi, Ellen Brombacher usw.) als notwendiges Fundament für die schließlich siegreiche Konterrevolution. Verständlich, denn verschiedene genannte revisionistische Persönlichkeiten spielen wichtige Rollen innerhalb des Blocks, der sich natürlich durch ganz besondere Aggressivität bei der Bekämpfung marxistisch-leninistischer Kräfte auszeichnet.

Und was bewegt sich „links“ davon, also auf Positionen des Marxismus-Leninismus? Da gibt es unorganisierte Genossen/innen, einzelne Genossen/innen der DKP, da gibt es (noch) die KPD, bei der man allerdings Angst haben muss vor einer Anpassung an den skizzierten Block, denn die KPD tut fast alles für eine Anerkennung ihrer selbst durch die oben genannten Kräfte und hat deshalb die Kritik am Revisionismus fast gänzlich eingestellt. Da gibt es die offen-siv, und da gab es die KI.

Das Ende bzw. die Agonie der KI lässt eine dramatische Situation entstehen, weil nach ihrem Scheitern – mal wieder – keine selbstbewusste Kraft zu erkennen ist, die das Spektrum des Marxismus-Leninismus zusammenfassen und organisieren könnte. Die Gegenkräfte gegen den Revisionismus sind wesentlich geschwächt, damit wird sich der Zentrismus noch weiter ausbreiten können. Nach solchen Katastrophen wie der der Agonie der KI ist der Boden meistens für einige Zeit verbrannt.

Die Lage der kommunistischen Bewegung in der BRD wird in Zukunft also noch schwieriger werden. Die offen-siv ist von der Situation stark in Mitleidenschaft gezogen, wir haben in den letzten beiden Jahren langsam, aber stetig und auf die Länge

nicht unwesentlich viele Abonnenten/innen verloren und im Gegenzug nur sehr, sehr langsam neue Leser/innen gewinnen können. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2012 spricht Bände...

Um so mehr müssen wir uns anstrengen, um der Funktion, die die offen-siv schon immer hatte, aufrecht zu erhalten, nämlich im tiefen Tal dieser seit nun schon rund 25 Jahren anhaltenden Epoche der Konterrevolution die Flamme der Revolution, des Marxismus-Leninismus, der Befreiung der Menschheit von Unterdrückung, Ausbeutung, Imperialismus und Krieg nicht erlöschen bzw. von linkssozialdemokratischen und revisionistischen Kräften ersticken zu lassen, sondern sie weiter zu tragen bis in bessere Zeiten. Zugegeben, das ist ein sehr bescheidener Anspruch, der wenig von Mobilisierungs- und Organisationskraft, Einmischen in die Kämpfe und Widerstandsentwicklung spricht.

Aber leider zwingt uns die Situation der offen-siv zu solcher Bescheidenheit: wir wären zur Zeit weder in der Lage, solche Großveranstaltungen wie die zum 50. und 60. Jahrestag der Gründung der DDR 1999 bzw. 2009 oder die Imperialismus-Veranstaltung im Jahr 2000, Veranstaltungen wie die Lesung mit Harpal Brar und Kurt Gossweiler in Berlin, die beiden Lesereisen mit Harpal Brar zum Thema Imperialismus und zum Thema Gorbatschowismus/Perestroika durch West- und Ostdeutschland (alles Anfang der 2000er Jahre) oder ein marxistisch-leninistisches Fernstudium, wie wir es in mehreren Durchgängen während der Jahre 2006 - 2009 organisiert haben, durchzuführen.

Dazu fehlen uns im Moment sowohl die finanziellen als auch die personellen Möglichkeiten.

Die Brötchen, die wir jetzt backen müssen, sind viel kleiner: es geht darum, ob die offen-siv die entstandene Katastrophe überlebt oder nicht.

Anna C. Heinrich, Frank Flegel

offen-siv-Rechenschaftsbericht
--------------------------------

***Redaktion offen-siv: Rechenschaftsbericht 2012***

**Publizistik:**

Realisiert wurden 9 Hefte.

1-2012:	Reader: „Anti-imperialistischer Widerstand“ - Texte und Dokumente	244 S.	Auflage: 900
2-2012:	Ausgabe Januar-Februar 2012	60 S.	Auflage: 600
3-2012:	Sonderheft „Lehren aus Niederlagen“ von Hermann Jacobs	56 S.	Auflage: 600
4-2012:	Ausgabe März-April 2012	60 S.	Auflage: 600
5-2012:	Ausgabe Mai-Juni 2012	60 S.	Auflage: 600
6-2012:	Sonderheft „1945 fiel in Italien die Revolution aus“ von Gerhard Feldbauer	60 S.	Auflage: 1.200
7-2012:	Ausgabe Juli-August 2012	60 S.	Auflage: 600
8-2012:	Ausgabe September-Oktober 2012	72 S.	Auflage: 600
9-2012:	Ausgabe November-Dezember 2012	48 S.	Auflage: 600

Insgesamt 720 Druckseiten von folgenden Autorinnen und Autoren:

Mahmud Ahmadinedschad, Yassir Arafat, Asphalt – Hannoversche Obdachlosenzeitung, Beirut International Forum for Resistance-Anti-Imperialism-Solidarity between Peoples-and Alternatives, Erich Buchholz, Hugo Chávez, China Dayly, Michel Chossudovsky, Séan Costello, Martin Hurson Cuman, Gerhard Feldbauer, Frank Flegel, Teddy John Frank, Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba - Regionalgruppe Essen, Hans Fricke, Geheim-Magazin, German-Foreign-Policy, Dominik Gläsner, Joachim Gouilliard, Ute Grothusen, Alan Hart, Abou Hassan, Evelyn Hecht-Galinski, Anna C. Heinrich, Günter Herzog, INKOTA Netzwerk, Iran German Radio, Hermann Jacobs, Dieter Junge, KKE (ZK), Kommunistische Initiative, Kommunistische Internationale (Programm und IV. Weltkongress), Kommunistische Partei Schwedens, Benjamin L., Stephen Lendmann, W. I. Lenin, Robert Medernach, Klaus Meyer, Thierry Meyssan, Netzwerk Cuba, Michael Opperskalski, Palästinensische Widerstandsbewegung (erster Kongress), Palästinensischer Nationalrat (3. und 12.), Phil Ramcke, George Rashmawi, Redaktion offen-siv, Reinhold Schramm, Hansjörg Schupp, Hamid Soltanpour, J. W. Stalin, Thomas Immanuel Steinberg, Webster Tarpley, Kaspar Trümpy, Boris V., Netzwerk Voltaire, Zeng Wenhui.

## **Finanzen 2012**

**Als erstes: Herzlichen Dank an alle, die uns finanziell unterstützt haben! Ohne Euch wären wir pleite!**

Aktiva:

Guthaben aus dem Jahr 2011:	2.456,49 €
Spendenaufkommen im Jahr 2012 <sup>77</sup> :	8.812,00 €
<u>Summe Aktiva:</u>	<u>11.268,49 €</u>

Passiva:

Porto:	3.386,55 €
Werbung:	529,40 €
Büro:	893,01 €
Druck:	7.961,50 €
<u>Summe Passiva:</u>	<u>12.770,46 €</u>

Saldo: - 1.511,97 €

511,97 € kann unser Freundeskreises auffangen, mehr aber nicht.

Wir schließen das Jahr 2012 mit einem Minus von 1.000,- € ab. Diese Summe tragen Anna und Frank aus ihrer Haushaltskasse. 1.000,- € wirken wie ein noch überschaubares Minus. Wenn man die Zahlen näher untersucht, zeigt sich aber, dass dabei der Überschuss von 2.456,49 € aus den vorherigen Jahren aufgezehrt und 511,97 € vom Freundeskreis zugeschossen wurde. Die tatsächliche Fehlsumme beträgt in 2012:

Ausgaben:	12.770,36 €
minus tatsächlicher Einnahmen:	8.812,00 €

**Fehl: 3.958,36 €!!!**

Unsere Rücklagen sind aufgebraucht. Wir müssen das Jahr 2013 für die offen-siv zumindest halbwegs kostendeckend gestalten können, sonst wird es eng. Deshalb bitten wir Euch eindringlich um Unterstützung.

Redaktion offen-siv

---

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**

---

<sup>77</sup> Zum Vergleich: In 2011 lag das Spendenaufkommen noch bei 10.275,53 € bei niedrigeren Druck- und Portokosten, denn wir haben keine Broschüre und insgesamt nur sieben Hefte realisiert.

